

Befehlen. Als er auf dem Bahndamm stand, sei von der Fabrik aus auf die dort befindlichen Personen geschossen worden. Diese Aussage bestätigt sich, denn es wurde durch die Zeugenerhebung festgestellt, daß mehrere Schreibeislinge vom Dach der Fabrik aus auf die dort stehenden Arbeiter geschossen hatten. Aufschuß will dann auf die Straße zurückgelehrt sein, dort habe ihn dann ein Gendarm in die Fabrik eingelassen und ihn den gefesselten Täter gezeigt. Er habe sich dann noch unter der Menge aufgehoben, aber an der Ausschreitung, die von Kindern und halbwilligen Vandalen verübt wurden, keinen Anteil genommen.

Der Angeklagte Kugel hatte zuvor auf dem „Sultan“ Arbeit gefunden und war auf einem Spaziergang in die Menge geraten. Er habe sich zwar auch in ihr aufgehalten aber nichts verübt. Geschossen habe er nicht, er habe auch wie einen Revolver befehlen.

Unter nahezu 50 vernommenen Zeugen beklundeten nur die beiden Arbeitswilligen Brellentzin und Hoppe, daß sie bestimmt wüßten, daß die Angeschlagenen geschossen hätten. Brellentzin will gesehen haben, daß Aufschuß vom Bahndamm aus auf ihn geschossen habe, die Kugel sei dicht über ihm in die Wand eingeschlagen. Er habe deutlich die noch rauchende Waffe in der Hand des Angeschlagenen gesehen, der häufig Streifpistolen gefunden habe und den er an seinem Wollbart genau wiedererkannt habe. Kugel wurde von den beiden Arbeitswilligen bezeugt, er habe von der Straße aus in den Speisesaal der Fabrik geschossen. Sie seien beide sofort ans Fenster gesprungen und hätten auch in Kugels Hand den noch rauchenden Revolver gesehen. Der Angeklagte Kugel sei ihnen durch einen Klumpfuß unter der Menge aufgefallen; auch habe schon vor dem Schuß eine Arbeitswillige gesagt, daß er mit einem Revolver umherhantierte. Die letztere konnte nicht vernommen werden, weil sie im Wochenbett lag; ihr Name jedoch hat diese Versicherung nicht gehört, seine Frau habe ihm auch nie etwas Derartiges erzählt, trotzdem sie oft über den Vorfall gesprochen haben. Unterstützt wurden die Aussagen der beiden Arbeitswilligen nur durch einen Gendarm, der erzählte, Aufschuß habe ihn, als er mit erobertem Revolver die Menge von dem eingedrungenen Tor zurücktreiben wollte, zugerufen: „Wir haben dieselben Waffen wie Sie, ich habe auch schon zwei Schiffe abgegeben.“ Aufschuß bestritt natürlich, sich derartig selbst bezeugt zu haben. Weiterens hatte der Gendarm in der Voruntersuchung ausgesagt, die Worte seien ihm zugerufen worden, er wisse aber nicht, von wem!

Nach fast allen anderen Zeugen beklundeten auf das bestimmteste, daß sie nicht gesehen haben, daß die Angeschlagenen gewaltsam vorgegangen seien, und von den Ortspolizeibeamten wurde ihnen das Zeugnis ausgestellt, daß sie ruhige, ordentliche Arbeiter seien. Das geht auch daraus hervor, daß beide vor dem Streik lange Jahre, Aufschuß 12 Jahre, in der Fabrik gearbeitet hatten, und der letztere auch nach Beendigung desselben dort Arbeit fand.

Die Zeugen Hoppe und Brellentzin dagegen sind, wie schon mitgeteilt, sehr wenig glaubwürdige Personen. Hoppe hatte selbst der Untersuchungsrichter das Zeugnis ausgestellt, und Brellentzin ist wegen Unmündigkeit, Unterschlagung, Körperverletzung, Beleidigung, Sachbeschädigung und Betrug im ganzen neunmal vorbestraft, so daß ihn der Verteidiger Kugels mit Recht einen Gewohnheitsverbrecher nennen konnte.

In fast allen früheren Prozessen, die aus dem Frauendorfer Streik resultieren, haben beide schon erkennen lassen, daß sie es mit ihrem Zeugnis nicht sehr genau nehmen. In einem Prozeß, in dem am 1. Dezember allein auf ihr Zeugnis hin der Angeklagte Aufschuß wegen eines Streikvergehens zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde, obwohl 12 einwandfreie Zeugen bezeugten, er habe zur gleichen Zeit weit entfernt vom Tatort gewohnt, hatten sie bezeugt, Aufschuß habe sich vier Tage nach dem 17. Mai seinen Wollbart abschneiden lassen. Diesmal bezeugten sie, er habe den Bart noch am 5. Juni gehabt. Als sie zur Rede gestellt wurden, meinten sie, der Bart sei inzwischen wieder gewachsen gewesen. In einem Termin vor dem Schöffengericht schworen sie, der Streikleiter Thieme habe sie an einem Tage auf einem Fahrrad verfolgt, während Thieme sich in der Tat in Dresden befand! Am 1. Dezember hatte Brellentzin, nach seinen Vorstrafen gefragt, diese auf 2 (statt 9) angegeben, und am ersten Verhandlungstag schwor er Stein und Wein, er wisse nicht, wer aus der Fabrik geschossen habe; eine Stunde später jedoch erzählte er in einer Verhandlungspause im Zeugenzimmer, die Schreiber hätten es in seiner Gegenwart getan! Der „Klumpfuß“ des Kugel, an dem sie ihn aus der Menschenmenge heraus erkannt haben wollten, ist ein leichter Fehler, den man selbst im Gerichtssaal nur erkennen konnte, als darauf aufmerksam gemacht wurde.

Trotzdem gälten Staatsanwalt, Gericht und Geschworene diese beiden Zeugen als so zuverlässig, daß man auf ihre Aussage hin die Angeklagten des schweren Landfriedensbruchs schuldig sprach und das bereits gemeldete Urteil fällte, das Aufschuß auf 1 Jahr, Kugel auf 1 1/2 Jahre hinter die Gefängnismauern verbannt!

Der Staatsanwalt Hensen hielt eine Anklagerede, wie sie ein Schärfer nicht schlimmer hätte halten können. Er forderte die bürgerlichen Geschworenen, die diesmal meist Unternehmer und hohe Betriebsbeamte waren, auf, durch ihr Urteil die heutige Ordnung aufrecht zu erhalten zu helfen. Wenn die Angeklagten diese Ordnung auch nicht anerkennen wollten, so müßten sie dazu gezwungen werden.

So kam denn ein Urteil zustande, das harmlose Arbeiter zu schwerer Freiheitsstrafe verurteilt, während der Mörder und Urheber der Ereignisse frei umhergeht!

Politische Ueberblick.

Eine Herde der Ostelbier.

Herr Glard v. Oldenburg-Januschau hat in Marienburg wieder eine sehr bekannte unwürdigen Reden gehalten, und zwar auf einer Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte. Da er als echter westfälischer Junker aus seinem Herzen keine Wörderung macht, sondern frisch drauf los redet, sind seine Reden immer mit niedlichen Ausfällen gegen die Parteien der Linken und die Bethmannsche Regierung gespickt, und auch diesmal hat er sich wieder manche wunderbare Tülpeln geliebt.

Katholisch begann er mit Zäbern:

„Ich glaube“, sagte er nach dem Bericht der „Post“, daß wir allen Grund haben, laut und entschieden, wo es auch sei, dagegen zu protestieren, daß die dreizehntägige Majorität des Reichstages mit ihren Anschauungen und ihrem Verhalten willkürlich auch die Majorität des deutschen Volkes repräsentiert. (Sehr richtig!) Ich habe die feste Ueberzeugung und weis, daß ich in weiten Kreisen damit auf Zustimmung rechnen kann, wenn ich sage: Der Kern des staatsverhaltenden monarchischen deutschen und preussischen Volkes sieht lieber eine Nacht ungeschuldet im Pandurenkeller, als daß er ein Versagen der Kaiserlichen Regierung erlebt. (Beifalliges Bravo und Mäuschen.) Napoleon I. hat gesagt: Die Schwäche der Regierung ist das größte Unglück für die Völker. (Sehr richtig!), und die Schwäche einer Regierung wird auch das größte Unglück für die Eliten-Völkeringer sein und für uns alle.

Ich habe eigentlich gar keinen Begriff dafür gehabt, daß der Herr Reichskanzler und der Herr Staatsminister des Innern, unser früherer Oberpräsident Delbrück, als der Reichstag sich vor Jahres-

frist das Recht der „Meinen Anträge“ und das Mißtrauensvotum beilegte, daß diese Herren nicht demoralisiert seien: Erlauben Sie mal, ich bin der Reichskanzler des Kaisers! Sie haben ja kein Recht dazu. Sie haben hier Redefreiheit, aber was soll mir ein offizielles Mißtrauensvotum? Das ist mir ganz Wurst (Gelächter).“

Dann sprach er von einer Reichstagsauflösung, Druck, Verfassungbruch, Energielosigkeit der Regierung, Konfliktischen usw., und forderte ein schnelles Auftreten des Reichskanzlers gegen die Demokratie:

„Der Herr Reichskanzler hat neulich, wie ich in der Zeitung gelesen habe (und ich habe mich gefreut, daß er trotz aller Geschäfte noch die Zeit dazu gefunden hat, einen so langen Brief zu schreiben), an einen Professor einen Brief geschrieben, in dem er in sehr geistreicher Weise sich darüber äußerte, daß man von der Gewalt auf die Dauer nicht erwarten kann. Meine Herren, ich glaube, der Herr Reichskanzler befindet sich im Irrtum, unsere Verhältnisse in Deutschland erwarten in ihrem Endeffekt alles von der Regierungsgewalt. Nur so ist überhaupt das allgemeine Wahlrecht denkbar und erklärlich. In keinem Staat der Welt — das habe ich schon so oft ausgesprochen, man kann es nicht oft genug sagen — ist der Zustand wie bei uns, daß dem allgemeinen Wahlrecht, auf dem sich der Reichstag aufbaut, kein Oberhaus gegenübersteht. Und wenn nun die Regierung nicht regiert, wenn sie das Regiment so aufsieht, daß sie sich regieren läßt, dann wird Wohlstand Blage. Es ist einfach ein unmöglicher Zustand, wenn die Regierungsgewalt versagt, und sie nicht entschlossen ist, ihre Macht durchzusetzen, unter Umständen auch mit Gewalt. (Bravo!)“

Und an diesen Sermon schloß sich dann ein ellenlanges Loblied auf die glorreiche Armee, das schließlich in eine furiose Hymne auf die Heldentaten der Zaberner Garnison ausklang.

Der Krupp-Prozeß vor dem Oberkriegsgericht.

Der Prozeß gegen die Hauptoffiziere Tillian und Genossen wird in der Berufungsinstanz Mitte Januar, wahrscheinlich am 10., vor dem Oberkriegsgericht der Berliner Kommandantur beginnen und mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Ein zu Kreuze gekrochener Pastor.

Pastor Heydorn in Hamburg, der in jüngster Zeit durch seine Fehde mit der Kirchenbehörde von sich reden machte und, indem er deren Vorladungen zur Rechtfertigung nicht nachkam, etwas mehr Mühsal zu zeigen schien, ist elend zu Kreuze gekrochen. Die Presse, die pastoralen Erhebungsversuchen unerbittliche Beachtung schenkt, muß jetzt kleinlaut melden, daß ihr hoffnungsvoller Streiter sowohl aus dem Monistenbunde ausgeschieden wie auch sein Lehramt in diesem Verein aufgeben will. Vorläufig heißt es schamhaft — bis sich die geistlichen Behörden eine richtigere Auffassung vom Wesen des Monismus zu eigen gemacht hätten. Unter dieser Voraussetzung wird dem einst streitbaren und nun friedfertigen Pastor der Austritt in den Monistenbund geistlich vollkommen eripart werden, selbst wenn er das ehrwürdige Alter des seligen Methusalem erreichen sollte. Diese Einschränkung, die seinen Rückzug beschönigen soll, ist eine ebenso leere Ausrede, wie die Berufung auf seine früheren Standpunkt billigen, die aber seinen Austritt aus der Kirche zurzeit nicht begreifen könnten.

Warum solche Spitzfindigkeiten? Pfarrer Heydorn befragt nur von neuem, daß es um die Ueberzeugungstreue und Standhaftigkeit der Christen ziemlich übel bestellt ist, daß sie gewöhnlich die sichere Brände vorziehen, daß also von ihnen eine gründliche Reform der Staatskirche nicht zu erwarten ist, daß vielmehr auch hier die Soldatmassen selbst eingreifen müssen. Am wirksamsten dadurch, daß sie ihr den Rücken kehren.

Ueber die militärische Aufwandsentschädigung

meldet die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 18. Dezember: „In dem Gesetz, betreffend die Feststellung eines Nachtrages zum Reichshaushaltsetat für die Rechnungsjahre 1913 ist bekanntlich die Zahlung von Aufwandsentschädigungen an solche Familien vorgesehene, von denen bereits drei Söhne ihrer gebliebenen zwei- oder dreijährigen Dienstpflicht im Reichsheer oder in der Marine als Unteroffiziere oder Gemeine genügt haben oder noch genügen, und zwar in Höhe von 240 M. für das Jahr während der gleichen gesetzlichen Dienstzeit eines jeden weiteren Sohnes in denselben Dienstgraden. Zurzeit sind die beteiligten Ressorts mit der Ausarbeitung der erforderlichen Ausführungsbestimmungen beschäftigt. Ueber die zahlreichen Anträge, die auf Grund der neuen Bestimmungen an die zuständigen Reichs- und Staatsbehörden gerichtet werden, kann daher augenblicklich noch nicht entschieden werden. Es steht indes soviel fest, daß die Beträge nachträglich in Halbjahresraten gezahlt werden sollen. Da die Vorschrift über die Zahlung von Aufwandsentschädigungen gleichzeitig mit der neuen Wehrrücklage am 1. Oktober 1913 in Kraft getreten ist, wird die erste Halbjahresrate im Betrage von 120 M. Anfang April 1914 zur Auszahlung gelangen.“

Parlamentarische Sprittour nach Ostafrika.

Vor einiger Zeit sind an die Fraktionen des Reichstags Einladungen zum Besuch der deutsch-ostafrikanischen Landesausstellung, die 1914 in Daresalam stattfinden soll, ergangen. Der geschäftsführende Vorstand der Ausstellung erzählt jetzt näheres darüber, wie diese Spritour der Reichstagsabgeordneten gedacht ist. Die Fahrt soll auf einem Extradampfer der Reichspostlinie gemacht werden. Der Aufenthalt in Deutsch-Ostafrika soll 14 Tage dauern. Während dieser Zeit kann der Dampfer als Wohnschiff benutzt werden. Ganz umsonst wird die Geschichte nicht sein, in den Mitteilungen ist nur die Rede von einer Fahrpreisermäßigung von mindestens 20 Prozent. Welcher Art die Informationen sein sollen, die der „Deutsche Reichsbote“ zu geben gedenkt, das geht aus folgendem hervor:

„Freunden des Jagdsports wird Gelegenheit zu Jagdausflügen in die wildreichsten Gebiete der Kolonie geboten werden. Außer kürzeren Ausflügen mit einer Dauer von 5–8 Tagen ist auch eine größere Expedition in Aussicht genommen mit ungefähr folgendem Programm: Per Dampfer von Daresalam nach Salale (Dauer 3 Tage). Von Salale im Einbaum bis zu den Schnellen des Rufibi (10 Tage). Jagdgelegenheit: Krotobie, Flußpferde, Wasserbock, Niddbock, Elefantantilopen, Elefanten und Büffel. Von den Schnellen des Rufibi zu Fuß den großen Ruaha aufwärts bis zur Straße Mahenge-Rilissa (zirka 6 Tage). Von Rilissa per Bahn nach Tura und von dort Marsch über Sehenke, Mitalama, Rangati, Ufome, Arudua und Mochi (Dauer zirka 31 Tage). Jagdgelegenheit auf alle Wildarten des Schutzgebietes, einschließlich Elefanten und Nashörner. Rückkehr mit der Bahn nach Tanga.“

Die Gesamtdauer der Reise würde sich ohne Jagdausenthalt auf 2 Monate bei sehr bequemer Ansführung, mit hinreichendem Jagdausenthalt auf 4 Monate belaufen.“

Kardinal Rampolla.

In Rom ist gestern Kardinal Mariano Rampolla gestorben, wohl der begabteste und bedeutendste in der Schar der Kardinäle. Bereits im Sommer zeigten sich bei ihm die Symptome von Angina pectoris, die absolute Ruhe erbeizigten. Seit kurzem klagte der Kardinal über Kältegefühl

und Frösteln. Am Montag machte er noch seinen gewohnten Spaziergang. Dienstag früh fühlte er sich nicht wohl und las die Messe nicht mehr; am Nachmittag fand jedoch der Arzt noch keine ernstlichen Symptome. Als der Kardinal sich abends zu Bett gelegt hatte, trat Atemnot ein; der sofort herbeigekommene Arzt fand den Kardinal bereits tot infolge eines Anfalls von Angina.

Die Leiche ist mit dem Kardinalsornat bekleidet; seine Verwandten, sein Sekretär und sein Kammerdiener halten die Leichenwache. Der päpstliche Zeremonienmeister Monsignore Ricci übernahm die Leiche, die bis zum Begräbnistage öffentlich aufgebahrt werden wird.

Mariano Rampolla Marchese del Tindaro wurde 1843 als Sproß eines sizilianischen Adelsgeschlechts geboren und studierte an der Academia dei Nobili ecclesiastici in Rom. Schon 1869, mit 26 Jahren, wurde er von Pius IX. zum Hilfsarbeiter im Sekretariat für kirchliche Angelegenheiten ernannt. Sechs Jahre später wurde er Legationstrat an der Nuntiatur zu Madrid, wo er nach dem Tode Antonellis und der Ernennung des Madrider Nuntius Simeoni zum Staatssekretär einige Zeit die Nuntiaturgeschäfte selbständig leitete. — Am Jahre 1877 kehrte Rampolla nach Rom zurück, wurde Sekretär der Propaganda, darauf 1880 Sekretär der Kongregation für die außerordentlichen geistlichen Angelegenheiten und 1882 Nuntius in Madrid. Nach dem Tode des Kardinal-Staatssekretärs Jacobini wurde er 1887 zum Staatssekretär des St. Stuhls ernannt und leitete als solcher 16 Jahre lang die Politik des Vatikans.

Als 1903 Leo XIII. starb, übten er die größte Aussicht zu haben, zum Papst gewählt zu werden; aber der Einspruch Oesterreichs und Spaniens sowie die Befürchtung der Kardinäle, daß er ein allzu herrischer Papst sein würde, verhinderten seine Wahl. Es wurde ihm der geistig unbedeutende Patriarch von Venedig, Giuseppe Sarto, vorgezogen.

Die Hegäischen Inseln.

London, 17. Dezember. Wie das Reutersche Bureau erfährt, ist die britische Zirkularnote über Albanien und die Hegäischen Inseln den Mächten am Sonnabend überreicht worden. Sir Edward Grey's Absicht hierbei war nicht, neue Fragen, die mit den Ergebnissen der letzten Balkankonferenz in Verbindung ständen, aufzuwerfen, sondern nur, den auf der Balkankonferenz vereinbarten Regierungen konkrete Vorschläge für eine unparteiische und schnelle Abwicklung der noch nicht entschiedenen Einzelheiten zu machen, die zu Reibungen und weiteren Schwierigkeiten führen könnten, wenn sie unerledigt blieben. Die britische Note umfaßt zehn Paragraphen, die unter drei Rubriken fallen: 1. Epirus und die Isthm, innerhalb deren die Griechen die an Albanien fallenden Gebiete zu räumen haben; 2. die Hegäischen Inseln, die von Griechenland okkupiert sind; 3. die von Italien okkupierten Inseln. Was die Hegäischen Inseln betrifft, die von Griechenland okkupiert sind, so weist die Note darauf hin, daß die Konventionen, die von Griechenland mit Bezug auf Epirus verlangt wurden, durch eine Kompensation in den Hegäischen Inseln ausgeglichen werden sollten. Der frühere Vorschlag, daß Griechenland Chios und Mytilene aufgeben geben solle, wird jetzt fallen gelassen, und es wird nur eine Garantie dafür verlangt, daß Griechenland auf den Inseln keine Befestigungen und keine Flottenstationen aufzuführen soll, und ferner eine Garantie gegen Kontrabande von der gegenüberliegenden Küste. Mit Ausnahme von Zimbros und Tenedos sollen alle diese Inseln in griechischem Besitz bleiben. Mit Bezug auf die Hegäischen Inseln, die von Italien okkupiert sind, wird vorgeschlagen, daß sie der Türkei zurückgegeben werden sollen, wenn der Friedensvertrag von Lausanne ausgeführt ist, und die Inseln sollen dann eine gewisse Selbstregierung unter dem Sultan erhalten.

Oesterreich.

Hege gegen eine Reform.

Die Sozialreaktion läßt alle Rinnen springeln, um die in zweiter Lesung mit einer Stimme Mehrheit auf unseren Antrag beschlossene Hinaufführung der Einkommensteuergrenze von 1200 auf 1600 Kronen (1300 Mark) in der dritten Lesung zunichte zu machen. Am lautesten schreien die Christlichsozialen, die das einmal selbst feierlich verlangt haben, und die Nationalverbände, die behaupten, daß bei Aufrechterhaltung dieses Beschlusses die Dienstpragmatik der Staatsbeamten gefährdet sei. Aber die Regierung hat erklärt, daß die Pragmatik unter allen Umständen am 1. Januar 1914 in Kraft trete. Schließlich könnte es doch mal recht gefährlich werden, wenn man die Beamten gegen das arbeitende Volk auspielen wollte. . . .

Abrechnung mit Verchtold in der österreichischen Delegation.

In der letzten Sitzung der österreichischen Delegation wurde die auswärtige Politik des Grafen Verchtold in eingehender Weise kritisiert, wie das bisher noch nie der Fall war. Insbesondere unsere Genossen Leutner und Dr. Ellenbogen, sowie die tschechischen Sozialdemokraten Wanjel und Klemenz und der italienische Genosse Tittoni prüften die Balkanpolitik Verchtolds und kamen zu den vernichtendsten Urteilen über diese Staatskunst, die Oesterreich-Ungarn in die schwerste Krise gestürzt hat. Auch die bürgerlichen Politiker bielten mit ihrer Mißstimmung nicht zurück. Volle Billigung fand Verchtold nur bei den 20 Vertretern, die das Herrenhaus in die Delegation entsandte. Zum Schluß wurde über den Dispositionsfonds abgestimmt, wobei immer das Vertrauen oder Mißtrauen zum Leiter der äußeren Politik zum Ausdruck kommt. Der Dispositionsfonds wurde zwar mit 35 gegen 16 Stimmen bewilligt, aber es ist bemerkenswert, daß ohne das geschlossene Eintreten der Herrenhäuser Verchtold ein Mißtrauensvotum oder im letzten Falle eine gleiche Zahl von Ja und Nein erhalten haben würde. Besonders scharf hatte Leutner den berühmten Brodasla-Schwindel gekennzeichnet, der seinerzeit besonders auch in der „Bösischen Zeitung“ von Wien aus betrieben worden war, und der die ganze Welt mit der Eigenmar alarmierte, daß der österreichische Konjunkturalist von den Serben ertrorbet worden sei. Verchtold entschuldigte sich mit verlegenen Ausreden, daß sein literarisches Bureau mit diesen Kartennachrichten und der anstößigen Kriegspropaganda nichts zu tun gehabt habe. Es steht aber fest, daß diese Lügen vom auswärtigen Amt nicht niedergelegt worden sind.

Belgien.

Gegen das kirchliche Schulgesetz.

Man schreibt uns aus Brüssel: Belgien ist ein Land, in dem es noch so etwas wie lebendigen Liberalismus gibt — das heißt: wo sich hinter dem Namen noch ein starkes politisches Bewußtsein birgt, das sich im Bezirk bestimmter Interessen noch in Kampf und Tat

umsetzen kann. Mag sein, daß das weniger sein eigenes Verdienst als das der historischen Entwicklung ist: denn im Gegensatz zum Liberalismus in anderen Ländern haben die belgischen Liberalen ihre Zukunft noch vor sich... und der zähe Merkantilismus gestattet ihnen ohne viel Mühe eine demokratische Frontentstellung, die, auch wieder begünstigt durch historische Momente, doch nicht ganz auf leeres anti-Merkantiles Wortgeleit ausgeht, sondern, wie jetzt im Schulkampfe, sich auf Positives richtet.

Die wohl endgültige Befestigung der liberal-sozialistischen Kartellpolitik hat bewirkt, daß auch im Schulkampfe haben und drüben der Kampf separat geführt wird. Diese Taktik hat, nebenbei für beide Teile, wie die Gegner der Bundespolitik stets prophezeit haben, nur ihr Gutes. Der Kampf gegen das Merkantile Schulgesetz hat hier wie dort sehr zu seinem Vorteil seine eigene aufrichtige Grundfarbe und sein charakteristisches Gepräge. Das ist so im Parlament wie außerhalb bei den Demonstrationen, wo jede Partei separat ihren Kampf führt.

Wir haben seinerzeit über die große Manifestation der Brüsseler Partei berichtet — diesen Sonntag war die Reihe an den Liberalen, die hier noch auf die Straße steigen und stundenlang manifestieren. Die diesmalige Manifestation hat nicht weniger als fünf Stunden in Anspruch genommen. Es gab einen Umzug durch die Stadt, Aufstellung vor dem Rathaus, Reden im Rathaus und schließlich ein Massenmeeting. So ziemlich alle Mandatäre der liberalen Partei — man schätzte auf 2500, darunter 250 Bürgermeister — nahmen an der Manifestation teil. Die vom Bürgermeister Nag empfangene Deputation setzte sich aus den liberalen Senatoren, Bürgermeistern und Deputierten zusammen. Der Brüsseler Bürgermeister hielt eine Ansprache, in der er die Gefahren des Merkantilen Schulgesetzes in einer für deutsche Begriffe immerhin scharfen Form darlegte und die liberale Partei zu weiterem Kampfe aufforderte. Der Umzug, an dessen Spitze die Bürgermeister der liberalen Kommunen, die Deputierten, Senatoren, Provinzialräte und Deputationen marschierten, machte mit den vielen Fahnen, Standarden und Inschriften, die sich alle auf den Schulkampf bezogen, und schließlich durch die Masse der Teilnehmer an sich, großen Eindruck.

Italien.

Die Sozialisten gegen die Kolonialausgaben.

Rom, 15. Dezember. (Eig. Ber.) Seit vier Tagen führt die sozialistische Parlamentsfraktion einen ununterbrochenen Kampf gegen die Kammermehrheit. Zunächst hat sie sich gegen die Bestätigung der Wahlen von Rom I und von Varese gewendet, in denen der Nationalist Federzoni und der Radikale, Unterstaatssekretär Pavia, sich zahlreicher Bestechungen schuldig gemacht hatten. Unsere Fraktion hat sich durch mehrere Reden und durch vier namentliche Abstimmungen der ungeschilderten Bestätigung widersetzt, ist aber schließlich der Mehrheit unterlegen. Dann sprang der Kampf von den Fragen der Wahlprüfung auf die Kolonialausgaben über. Während ein königliches Dekret vom 13. d. M. dem Kriegsminister neue 30 Millionen für die laufenden Ausgaben in der Kolonie zur Verfügung stellt, wurde am 14. d. M. der Kammer ein Gesetzentwurf vorgelegt, der den dem Kolonialminister eröffneten offenen Kredit für Kolonialausgaben auf einen Zeitraum von 4 Monaten verlängert. Es handelt sich also um eine neue Millionenforderung, die der vorherigen Bewilligung durch die Kammer ganz entzogen wird, und über deren Verwendung das Parlament erst nach der Veranschlagung unterrichtet wird. Natürlich war es Pflicht unserer Fraktion, sich gegen die Forderung zu wehren, und zwar beantragte Genosse Turati, den Gesetzentwurf nicht der Budgetkommission sondern den Ausschüssen der Kammer zur Vorprüfung zu überweisen, welche Forderung in namentlicher Abstimmung unterlag. Die Sozialisten wollten die Budgetkommission deshalb umgehen, weil in ihr durch einen Teil der Mehrheit jede sozialistische Vertretung ausgeschlossen wurde.

In dieser für unsere Fraktion so ersten Stunde haben sich die sozialistischen Abgeordneten mit einem Aufruf an die Arbeiterschaft gewendet, in dem sie die parlamentarische Situation darlegen und die Massen auffordern, durch Massenkundgebungen den parlamentarischen Kampf zu unterstützen. In dem Aufruf heißt es, daß der Fraktion zunächst zwei wichtige Aufgaben zufallen: von der Regierung Rechenschaft für die Wahlvergewaltigung zu fordern und das Parlament wieder in seine Rechte der Budgetbewilligung, auch für die Kolonial- und Kriegsausgaben, einzusetzen. Nicht die sozialistische Partei durch ihre heftigen Angriffe schädige das Prestige des Parlaments, sondern die Regierung und ihre Mehrheit, die die Volksvertretung an ihrer Quelle gefälscht haben und sie um ihre vornehmsten Rechte verkränken will.

Unsere Fraktion verfolgt unzweifelhaft den Zweck, Giolitti entweder zum Rücktritt zu bewegen oder von ihm Zugeständnisse in bezug auf die libyschen Ausgaben zu erzwingen.

Aus der Partei.

Das Internationale Bureau.

In Ergänzung unserer Telegramme geben wir noch folgenden ausführlichen Bericht über die Verhandlungen zur Einigung der russischen Sozialdemokratie.

Die deutsche Delegation hatte zu diesem Punkte eine Resolution eingereicht, die, nachdem einige kleine Änderungen vorgenommen worden waren, in folgender Gestalt Annahme fand:

„Das Internationale Bureau erinnert an die Resolution des Internationalen Kongresses von Amsterdam, die ausspricht:

„Um der Arbeiterklasse ihre volle Kraft in dem Kampfe gegen den Kapitalismus zu verleihen, ist es notwendig, daß es in jedem Lande gegenüber den bürgerlichen Parteien nur eine sozialistische Partei gebe, wie es nur ein Proletariat gibt. Darum haben alle Genossen und sozialistischen Organisationen die gebieterische Pflicht, sich mit aller Kraft zu bemühen, diese Einheitslichkeit auf Grund der von den Internationalen Kongressen bestimmten Prinzipien herbeizuführen; diese Einheitslichkeit, die notwendig ist im Interesse des Proletariats, dem gegenüber sie für die verhängnisvollen Folgen der Fortdauer der Spaltungen verantwortlich ist.“

Um dieses Ziel erreichen zu helfen, werden sowohl das Internationale Sozialistische Bureau, wie alle Parteien der Länder, in denen diese Einheitslichkeit besteht, bereitwillig ihre guten Dienste zur Verfügung stellen.“

Vorliegende Resolution der Internationale dort, wo die Einigkeit der Partei noch fehlt, zur Durchführung zu bringen, wird immer wichtiger, je mehr sich unsere Gegner zur Wiederherstellung des Proletariats zusammenschließen. Nirgends jedoch ist die Einigung der sozialistischen Kräfte mehr geboten, als im Lande des zähen Merkantilismus. Nirgends wird das Proletariat grausamer und brutaler mißhandelt als dort, nirgends mehr aller

Lebensmöglichkeiten beraubt — und gleichzeitig wird dieses selbe Proletariat von der anderen Seite geschwächt durch wechselnden inneren Zwist, der seine besten Kräfte verzehrt und lähmt. Seinen Höhepunkt hat dieser betrübende Zustand durch die Spaltung der Demofraktion erreicht.

Das Internationale Bureau hält es daher für die dringende Pflicht aller Fraktionen der Sozialdemokratie Rußlands, den ersten und lokalen Versuch zu machen, sich über die Wiederherstellung einer einheitlichen Organisation der Partei zu verständigen und dem jetzigen verberblichen und entmutigenden Zustand der Zersplitterung ein Ende zu machen.

Das Internationale Bureau stellt gemäß der Amsterdamer Resolution gern den russischen Genossen seine Dienste als Vermittler zur Verfügung und es beauftragt sein Exekutivkomitee, sich unverzüglich mit sämtlichen Fraktionen der Arbeiterbewegung innerhalb des russischen Reiches, Rußisch-Polen unbegriffen, die das Programm der Sozialdemokratie Rußlands anerkennen, ins Einvernehmen zu setzen, um ihre gemeinsame Aussprache über die trennenden Punkte herbeizuführen.

Das Internationale Bureau lehnt es ab, die Differenzen der Vergangenheit der russischen Sozialdemokratie zu unteruchen und zu prüfen. Nicht aus der Verurteilung etwaiger Fehler der Vergangenheit, sondern nur aus der Verständigung über die Aufgaben der Gegenwart und Zukunft kann der Sozialdemokratie Rußlands jene Kraft und Entschlossenheit erwachsen, deren sie bedarf, soll sie ihren schweren und historischen Aufgaben gerecht werden.

A. Kautsky. (Eig. Ber. Moskauer.)

Zur Erläuterung der vorstehenden Resolution führte Kautsky aus, daß sich die russischen Genossen seit zehn Jahren heftig bekämpfen und daß dieser Kampf mehr Haß und Mißtrauen hervorgerufen habe, als ähnliche Differenzen in irgendeinem anderen Lande erzeugt hätten. Die Einigung könne nur aus Rußland selbst kommen: die öffentliche Meinung der Arbeiterklasse müsse dafür sein; sie werde stark genug sein, alle Widerstände zu überwinden. Um nun einmal Klarheit über die russische Lage zu schaffen, müsse man alle die einladen, die sich als Sozialdemokraten betrachteten, vor einem unparteiischen Forum zu erscheinen. Die einzuberufende Konferenz hätte keine Beschlüsse zu fassen. Was könne durch sie erreicht werden? Entweder würde es sich herausstellen, wie er selbst zu glauben geneigt sei, daß die Differenzen zwischen den russischen Genossen nur klein seien. Abdann könne das Internationale Bureau weitere Schritte zur Herstellung der Einigung tun; oder es könne sich auch erweisen, daß die Streitigkeiten sehr wesentliche Bedeutung hätten; dann könne der Kongreß, wie es schon in einem anderen Falle geschehen, sein Urteil fällen. Schließlich wäre es möglich, daß Personen an dem Streite schuld seien. Sollte sich das herausstellen, dann würde die Arbeiterschaft in ihrer Entrüstung über diese Personen hinweg zur Tagesordnung übergehen.

Kautsky erklärte sich mit der Resolution und den Ausführungen des Vorredners vollkommen einverstanden und bittet die Resolution einstimmig anzunehmen. Lugeburg polemisiert gegen einzelne Wendungen der Resolution. Die Schwierigkeiten der Einigung begännen erst dort, wo die praktischen Vorschläge angingen. Es gelte in Rußland die alte einzige Partei wieder herzustellen. Man dürfe nicht versuchen, aus dem Chaos etwas ganz Neues zu schaffen. Das Bureau sollte sich mit den Vertretern der russischen Sozialdemokratie im Internationalen Bureau in Verbindung setzen. Anstatt alle, die sich als Sozialdemokraten betrachteten, zu einer Konferenz zusammenzubekommen, müsse man versuchen, die alte Partei aus ihren Trümmern wiederherzustellen. Gesetze dies nicht, so könnten die Einigungsbemühungen mit einem Fiasko enden. Sie schlage daher vor, den Passus, der nach den Worten „beauftragt sein Exekutivkomitee“ folgt, durch folgenden zu ersetzen: „... sich mit den Vertretern der russischen Sozialdemokratie und der Rußisch-Polen zu verständigen über die Bedingungen für die Einberufung einer allgemeinen russischen sozialdemokratischen Einigungskonferenz, die die Wiederherstellung der einzigen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußland zu verwirklichen hätte.“

Jaurès bedauert, daß dem Bureau kein Erfolg über die russischen Verhältnisse unterbreitet worden ist. Wäre das geschehen, so hätte man die öffentliche Meinung aufklären können und der moralische Druck der Internationale hätte zum Ausdruck kommen können.

Kautsky lehnt das Amendement Lugeburgs ab. Er erklärt, die alte Partei sei verschwunden, zwar hätten sich noch die alten Namen erhalten, die aber im Laufe der Jahre einen neuen Inhalt bekommen hätten. Man könne nicht ohne weiteres alte Genossen ausfinden, nur weil ihre Partei nicht den alten Namen führe. In bezug auf den kritisierten Passus wolle er eine Konzeption machen: an die Stelle des ursprünglichen Textes „die sich als Sozialdemokraten betrachteten“ könnten die Worte „das Programm der Sozialdemokratie Rußlands anerkennen“ erscheinen. (Dieser Vorschlag war von Lapinski gemacht worden.) Nach einigen Worten von russischen Delegierten erklärte Lugeburg, Kautskys Ausdruck, die russische Partei sei tot, sei ein unbedachtes Wort. Man müsse sich auf den legalen Boden stellen. Rubanowitsch meint, daß es sich hier nur um die Einigung der russischen Sozialdemokratie handle. Plechanow habe aber im Jahre 1912 erklärt, daß die Zeit bald kommen werde, in der sich die Einigung der russischen Sozialdemokratie mit der Sozialrevolutionären Partei vollziehen werde. Die Sozialrevolutionäre Partei werde sich der Entscheidung des russischen Proletariats unterwerfen. Er werde für die deutsche Resolution stimmen. Kautsky verwahrt sich dagegen, gesagt zu haben, die russische Sozialdemokratie sei tot. Er habe nur ausgesprochen, daß die alten Formen zerbrochen und daß man eine neue Form schaffen müsse.

Nach persönlicher Bemerkung Lugeburgs zieht diese ihr Amendement zurück. Die Resolution Kautskys wird darauf unter großem Beifall einstimmig angenommen.

Genosse Plechanow hat sein Mandat im Bureau niedergelegt; das Mandat wird einem Mitglied des Organisationskomitees (einer Vertretung eines Teils der russischen Sozialdemokratie sowie des sibirischen Arbeiterbundes) eingeräumt.

Aus der italienischen Partei.

Rom, 15. Dezember. (Eig. Ber.) In italienischen Parteikreisen herrscht einiges Befremden über das Verhalten des in Gallipoli in Apulien zum Abgeordneten gewählten Genossen Senape. Diesem Abgeordneten ist in der Kammer vom dem Nationalist Federzoni der Vorwurf gemacht worden, im Wahlkampf an das religiöse Gefühl des Landvolks appelliert zu haben. In der Tat trug der Wahlzettel Senapes als Abzeichen ein rotes Kreuz. Es sollen nun Flugblätter verteilt worden sein, in denen die Landarbeiter gewarnt werden, für den ungläubigen Gegner, den bürgerlichen Radikalen De Sisti De Marco zu stimmen, und man sie auffordert, das Kreuzzeichen zu lassen, ehe sie den Wahlzettel abgeben. Auf diese Anschuldigungen hin erklärte die Parteifraktion, den Abgeordneten zu desavouieren, falls sie auf Richtigkeit beruhten. Senape hat darauf in der Kammer unter seinem Ehrenwort erklärt, daß er an das christliche Gefühl der Landarbeiter nicht appelliert habe, und daß die angezogenen Flugblätter von gegnerischer Seite und nach dem Wahlkampf gedruckt worden sind. Er habe das rote Kreuz als Symbol menschlicher Solidarität gewählt. Diese Erklärungen schienen zufriedenstellend, sobald man den Fall für erledigt hielt. Der „Avanti“ vom 14. d. M. wirft nun aber den Abgeordneten von Gallipoli einfach über Bord. Er bezichtigt die Wahl des Kreuzes als Abzeichen, als opportunistischen Wahrtick: viele andere Symbole, so der Hammer, die Fackel, die Art, hätten den Sozialisten näher liegen müssen. Das Zentralorgan fordert Senape auf, sich klar zu machen, daß in der sozialistischen Parlamentsfraktion seines Weibens nicht ist. In Tagen wie den heutigen könne man keine Toten im Hause behalten und auch keine Kranken und Verdächtigen. Jedes kleine Zugeständnis sei eine große Feigheit. Nach dieser Stellungnahme des „Avanti“ dürfte sich auch der Parteivorstand mit der

Sache beschäftigen müssen. Der unterlegene Radikale seinerseits erklärt, beweisen zu können, daß die Flugblätter schon während des Wahlkampfes zur Verteilung gelangten. Die bürgerliche Presse tritt natürlich die ganze Affäre mit Genugtuung breit. Beweisen ist bis jetzt nur die Tatsache, daß Senape das rote Kreuz, das in Apulien aus den Cholerazeiten her für das Landvolk als ein Symbol der Hilfsleistung ist, als Abzeichen seines Wahlzettels gewählt hat.

Aus Industrie und Handel.

Von den Siemens-Schudert-Werken.

Die zum Siemens-Konzern gehörigen Elektrizitätsgesellschaften haben von einer Erhöhung der Dividende für das abgelaufene Geschäftsjahr 1912/13 abgesehen. Aus den Geschäftsberichten ergibt sich aber, daß die Umsätze und Gewinne erheblich gestiegen sind. Nur mit Rücksicht auf die stetig wachsenden Kapitalbedürfnisse des Konzerns hat man die Gewinne nicht zur Verteilung gebracht, sondern für den Ausbau der Unternehmungen verwendet. Die Siemens u. Halske A.-G. äußert sich über die Geschäftslage: „Die aufstrebende Linie, welche der Geschäftsgang während der vorangegangenen Jahre zeigte, hat auch in der Berichtsperiode wieder ihre Fortsetzung gefunden, und zwar nicht nur in unseem engeren und eigentlichen Arbeitszweigen, sondern auch auf dem ganzen elektrischen Fabrikationsgebiet, in dessen Mittel wir stehen. Die Anzahl der angestellten unseres Gesamtunternehmens ist von etwa 77 000 im Vorjahr auf 81 235 Personen zu Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres gestiegen. Diese Steigerung wird aber noch wesentlich übertroffen durch die auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder erreichte Erhöhung der Umsätze.“

Unsere Schwachstromverhältnisse am Roonendamm, jetzt Siemensstadt, haben im abgelaufenen Geschäftsjahr Erweiterungen erfahren und werden auch demnächst wieder weitere Neuanlagen erfordern. In der Schwachstromtechnik haben die letzten Jahre eine beträchtliche Ausdehnung und auf manchen Gebieten eine nicht vorausgesehene Entwicklung gezeigt. Dieser Ausdehnung der Schwachstromtechnik hat später eingeleitet als bei der Starkstromtechnik, welche zeitweilig die Kräfte vorzugsweise in Anspruch genommen hatte. Die neuere Entwicklung auf dem Gebiete der Telegraphie, der Telephonie, des Signalfachsens, der Elektromechanik und der elektrischen Instrumente läßt aber erkennen, daß auch auf diesem Gebiete neue Richtungen zum Durchbruch gekommen sind, welche uns zu reicher technischer Neuarbeit Gelegenheit geboten haben. Die Einführung der automatischen und halbautomatischen Fernsprechanlagen machte gute Fortschritte, und die Anlagen haben sich in allen Fällen aufs Beste bewährt. Das fünfzigjährige Fernsprechnetz nach dem Pupinplan zwischen Berlin und Magdeburg, welches uns von der Reichspostverwaltung in Auftrag gegeben war, ist mit gutem Erfolge vollendet und seine Verlängerung in Ausführung begriffen.“

Die Elektrizitäts-A.-G. vormals Schudert u. Co. ist das Finanzierungsunternehmen des Konzerns. Eigene Produktionsanlagen unterhält es nur in geringem Umfange; dagegen besitzt es Anteile aller zum Konzern gehörigen Gesellschaften und ist auch mittelbar durch Herabgabe von Darlehen an ihnen beteiligt. So verzeichnet die Bilanz nur 1½ Millionen Mark an Zentralen in eigener Verwaltung. Daneben finden sich aber an Werten: Stammkapital der Siemens-Schudert 3 Millionen, Darlehen an Siemens-Schudert 3 Millionen, Besitz an Aktien und Obligationen (Schuldpapieren) von Elektrizitätsunternehmen 87 Millionen. Die Tochtergesellschaften arbeiten nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen größeren Staaten Europas.

Die Hauptfabrikationsgesellschaft des Konzerns sind die Siemens-Schudert-Werke G. m. b. H. Ihr Geschäftsbericht äußert sich präzisierend als der von der Siemens u. Halske A.-G. über den ausgedehnten Geschäftsumfang in der Elektroindustrie: Unter den Bemühungen, die der Verkauf der Ballanereignisse mit sich brachte, verminderte sich die Unternehmungslust in Deutschland und im Ausland. Auch in unserer Industrie machte sich daher mit Beginn des Frühjahr eine Abwärtsbewegung des lebhaften Verkehrs bemerkbar. Diese hat auch bis in das neue Geschäftsjahr hinein andauert, während zurzeit wieder eine Wendung zum Besseren zu verzeichnen ist. Ueber die allgemeine Entwicklung der Elektroindustrie teilt auch dieses Unternehmen sehr hoffnungsfreudig: Naturgemäß hängt die Periode der Entwicklung in unserer Industrie mit den in der allgemeinen Volkswirtschaft auftretenden zusammen. Die Beurteilung der weiteren Zukunft hängt sich unabhängig davon auch auf die Tatsache, daß die elektrische Energieversorgung vielfach noch in unvollkommener Weise durchgeführt ist und teilweise überhaupt noch aussteht. Während die Technik wegen der einheitlichen Versorgung großer Ländergebiete mit elektrischer Energie noch manche Aufgabe zu lösen hat, wird die weitere Entwicklung doch wesentlich davon abhängen, in welcher Weise Staat, Gemeinden und Private hier zusammen wirken werden. Für die Ausdehnung des elektrischen Betriebes auf den Volkshaus ist es von Bedeutung, daß der preussische Landtag im Prinzip der Einführung desselben auf der Berliner Stadt- und Ringbahn zugestimmt und einen Teil der dafür erforderlichen Mittel bewilligt hat. Für die hierfür in Aussicht genommenen weiteren Versuche ist uns die elektrische Anrufung zu einem Probezug bestellt worden; eine größere Anzahl von Lokomotiven für Volkshausbetrieb befindet sich in unseren Werkstätten in Arbeit. Daneben waren wir mit Aufträgen versehen für die D. O. H. und Untergrundbahnen in Berlin und Hamburg sowie für zahlreiche Straßenbahnbetriebe, Straßen- und Grubenbahnen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, hat die Anwendung elektrischer Antriebe und Einrichtungen in der Industrie weitere Fortschritte gemacht. Auch unsere Beschäftigung auf diesem Gebiete erfährt eine Steigerung. Mit der Ausbreitung der Verwendung elektrischen Stromes für Licht und Kraftzwecke hat auch die Nachfrage nach elektrischen Bedarfsartikeln bedeutend zugenommen und die weitere Ausbildung der Massenfabrikation gefördert.

Letzte Nachrichten.

Nachspiel zur Zaberer Affäre.

Wien, 17. Dezember. (S. B.) Als Nachspiel zur Zaberer Affäre bringt heute der „Vorwärts“ die Mitteilung, daß der Straßburger Universitätsprofessor Martin Spahn infolge der Stellungnahme des „Erfasser“ in der Zaberer Affäre seine Demission als Mitglied des Aufsichtsrates des „Erfasser“ gegeben hat.

Schwerer Unfall in einer Maschinenfabrik.

Wodum, 17. Dezember. In der Maschinenfabrik Klotzmann u. Co. in Rieneck ereignete sich bei Montagearbeiten ein schwerer Unfall. In der Siegereiabteilung des Werkes waren 20 Arbeiter einer dortmunder Firma damit beschäftigt, eine schwere eiserne Tür niederzulassen. Die Tür konnte von einigen Arbeitern nicht mehr gehalten werden, geriet ins Wanken und begrub zwei Arbeiter und einen Lehrling unter sich. Die Arbeiter erlitten schwere, der Lehrling lebensgefährliche Verletzungen.

Schmiergelder beim Bau des Panamakanals.

New York, 17. Dezember. (S. B.) Das Kriegsamt in Washington untersucht gegenwärtig die angeblichen Schmiergeldzahlungen deutscher und englischer Lieferanten beim Panamakanal.

Für Weihnachten 1913

Kulturbilder

Geschichtswerke

Wider die Pfaffenherrschaft Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und des 17. Jahrhunderts. Von Emil Rosenow und Heinrich Ströbel. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten.

Die Hohenzollern-Legende Kulturbilder aus der preussischen Geschichte vom 12. bis zum 20. Jahrhundert. Von Dr. M. Maurenbrecher. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit.

Blut und Eisen Krieg und Kriegertum in alter und neuerer Zeit. Von Hugo Schulz. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit, darunter viele ganzseitige Illustrationen sowie auch zwei farbige Kunstbeilagen.

Geschichte der Revolutionen Vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution. Von Dr. A. Conrady. Illustriert mit zahlreichen Bildern und Dokumenten.

Die Deutsche Revolution Geschichte der deutschen Bewegung der Jahre 1848 und 1849. Von Wilhelm Bloß. Mit vielen Porträts und historischen Bildern.

Die Französische Revolution Vollständige Darstellung der Ereignisse und Zustände in Frankreich von 1789 bis 1804. Von Wilhelm Bloß. Mit vielen Porträts und historischen Bildern.

Geschichte der Französischen Revolution von 1848 und der zweiten Republik. In vollstündlicher Darstellung von Louis Heritier. Mit einem Nachtrag: Vom zweiten Kaiserreich bis zur dritten Republik. Von Ed. Bernstein. Illustriert.

Großer Deutscher Bauernkrieg Von Dr. W. Zimmermann. Billige Volksausgabe, herausgegeben von Wilhelm Bloß. Illustriert.

Jeder Band ist für sich abgeschlossen und kann daher einzeln bezogen werden. Jedes Werk in zwei Bänden in Leinen nur 14,- M., in Halbfranz 16,- M.

Jedes dieser Geschichtswerke kostet gut gebunden 4,- M.

Vorwärts-Bibliothek

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk.
Jeder Band gut gebunden 1,- M.

Erweckt Ein Roman aus dem Proletarierleben von A. Ger.

Der Ausweg Eine Erzählung von Preczang.

Das Land der Zukunft Reisebeschreibungen von Leo Kolisch. Mit einer Einleitung von Paul Göhre.

Berschrobenes Volk Von R. Grösch.

Der Prinzipienreiter Eine Erzählung aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Bloß.

In den Tod getrieben Zwei Erzählungen von Ernst Preczang.

Der Pariser Garten und Anderes. Von Minna Kautsky.

Mutter Ein Frauenschicksal. Von J. Ferch.

Der Morgen graut Erzählungen aus dem Proletarierleben. Von M. Andersen-Nerö.

1000 Mark Belohnung Kriminal-Roman von Hans Hyan.

Schauinsland Ein Wanderbuch von Anton Fendrich. Erster Teil: Kinder-Kämpfer - Käuze. Zweiter Teil: Welten - Wälder - Wege. Geheftet 6,- M., gebunden 7,50 M.

Vorwärts-Klassiker

Goethes Werke Mit einer Einführung in die Werke des Dichters von Diederich.

Schillers Werke Herausgeg. u. mit einer biographisch. Einleitung von F. Mehring.

Heines Werke Biographische Einleitung von Franz Mehring.

Reuters Werke Einführung in das Leben und die Werke des Dichters von E. Krause.

Jedes Werk 3 Bände :: Preis 4,- Mark

Sämtliche anderen Klassiker jederzeit durch uns erhältlich!

Die Frau und der Sozialismus von August Bebel. 140. Tausend. Nach der Jubiläumsausgabe unverändert. Geb. 3,- Mark.

Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil erläutert von Karl Kautsky. Gebunden 2,- Mark.

Der Ursprung des Christentums Eine historische Untersuchung von Karl Kautsky. Gebunden 5,75 Mark.

Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats von Friedrich Engels. Gebunden 1,50 Mark.

Sechzehn Jahre in Sibirien Erinnerungen eines russischen Revolutionärs von Leo Deutsch. Gebunden 3,50 Mark.

Viermal entflohen von Leo Deutsch. Gebunden 2,- Mark.

Die Gesundheitspflege des Weibes von Dr. F. Simon. Mit 35 Abbildungen. Gebunden 2,50 Mark.

Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters. Ein Leitfadens für Lehrende und Lernende von Franz Mehring. Gut gebunden 2,50 Mark.

Der Hochverratsprozess wider Liebknecht, Bebel und Mehring vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 10. bis 26. März 1872. Mit einer Einleitung von Wilhelm Liebknecht und einem Anhang. Nach der zweiten Auflage unveränderter Nachdruck. 94 Seiten. Preis gut gebunden 4,- Mark.

Unterm Brennglas Berliner politische Satire, Revolutionsgeist und menschliche Komödie von Adolf Schlagbrenner. Ausgewählt und eingeleitet von Franz Diederich. Mit 117 Bildern. Preis 3,- Mark, gebunden 4,- Mark.

Bibliothek des Wissens

Unter diesem Gesamt-Titel erscheint eine Reihe guter und populär-wissenschaftlicher Bücher verschiedenartiger Wissensgebiete.
Jeder Leinenband kostet 1,- M.

Entwicklungsgeschichte der Erde. Von Georg Engelbert Graf. 47 Abb. und Anhang: Geologische Profile und Erklärungen geologischer Fachausdrücke.

Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturentwicklung. Führung durch die Geschichte, Politik und Literatur der Sozialdemokratie. Von P. Kampffmeyer.

Völkerschlächten und Klassenkämpfe. Ueber die Beiträge zur Jahrhundertfeier, gesammelt von Dr. A. Conrady. 2 Teile.

Nach zehn Jahren Material u. Glossen zur Geschichte des Sozialistengesetzes. Von Ignaz Auer. Gebunden 3,- M.

Volksfremdwörterbuch Von Wilhelm Liebknecht. 13. Auflage, neu bearbeitet, berichtigt und vermehrt. Gebunden 3,20 M.

Taschenbuch für Gartenfreunde Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Tier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Dessbrenner. Mit 137 Textabbildungen. Gebunden 3,50 M.

Eine Reise nach Island und den Westmännerinseln Reisebriefe und Tagebuchblätter von E. Sonnemann (Jürgen Brand). — Der durch sein „Menbrook“ bekannte Verfasser weiß, daß Kinder gern Reisebeschreibungen lesen. Darum hat er diese Reisebriefe und Tagebuchblätter an Kinder geschrieben. Preis gebunden 2,50 M.

Ein neues Buch der Freiheit! „Von unten auf“ Gesammelt und gefaltet von Dr. Fr. Diederich. — Mit 26 künstlerisch bedeutenden sozialen revolutionären Bildern und Bildwerken. Das Werk ist von der Presse glänzend besprochen worden. Inhalt und Ausstattung lassen es besonders als Weihnachtsgeschenk geeignet erscheinen. In einem Leinenband gebunden 5,- M., in zwei Leinenbänden gebunden 6,- M.

Naudes Lustreise und andere Wunderlichkeiten Geschichten für Arbeiterkinder. Von Robert Grösch. Illustriert. Kartoniert 1,- M.

Im Strom der Zeit Gedichte von Ernst Preczang. Kartoniert 1,50 M., gebunden 2,- M.

Muz der Riese Ein heiteres Abenteuermärchen von Robert Grösch. Gebunden 2,- M.

Unser Wald Von Curt Grottelin, herausgegeben von W. Bölsche. Mit zahlreichen Abbildungen. Dieses Buch hat bei den bedeutendsten Pädagogen wie in der Presse begeisterte Aufnahme gefunden. Broschiert 2,50 M., in dauerhaftem Leinenband 3,- M.

Im Reiche der Technik Geschichten für Arbeiterkinder. Von Richard Woldt. Illustriert. Gebunden 1,50 M.

Allenbrook Briefe aus der Heide an meine jungen Freunde von J. Brand. Durch jeden einzelnen dieser zwölf Briefe lernen die Leser ein besonderes Kapitel der Natur kennen und schätzen. Mit Buchschmuck versehen. Geschmacksvoll gebunden 1,50 M.

Sonntage eines Großstädtlers in der Natur Von Curt Grottelin. Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche. Vierte Auflage. Ausgestattet mit Buchschmuck und einem Porträt des Verfassers. — Preis gut gebunden 1,- M.

Gedichte von Clara Müller-Jahnke. Herausgegeben und reich illustriert von Oskar Jahnke. Mit einem Vorwort von Julius Hart. Das Buch gibt eine auserlesene Sammlung der besten Gedichte aus der Feder der leider zu früh verstorbenen Schriftstellerin. Die reichhaltige Illustration und vornehme Ausstattung läßt das vortreffliche Werk besonders zu Weihnachtsgeschenken geeignet sein. Preis 3,50 M., gut gebunden 4,50 M.

Bilderbücher aller Art auch (unzerreißbar auf Pappe), vorzügliche Auswahl, in Preislagen von 20 Pf. bis 6,- M.

August Bebel

Ein Lebensbild für deutsche Arbeiter von Herm. Wendel

Mit einem Porträt in Vierfarbendruck. Preis 1,- M., Vereinsausgabe 50 Pfennig. — Dieses Gedächtnisbuch gehört auf den Weihnachtstisch jeder Arbeiterfamilie.

Bebel-Büste modelliert vom Bildhauer Julius Obß. Berlin. 4 verschiedene Größen. Preis 2,50, 3,-, 15,- u. 20,- M. — Die Büsten zum Preise von 2,50 u. 3,- M. sind besonders als Wohnungschmuck gedacht.

Bebel-Porträt nach einem Gemälde von Erönnier-Hannover (kunstvoll in 5 Farben ausgeführt). Preis 1,- M. — Das Bebel-Porträt ist auch geschmacksvoll gerahmt von 2,- M. an zu haben.

Aus meinem Leben von August Bebel. 1. Teil geb. 2,- M., 2. Teil geb. 3,- M.

Die Modellierbogen fordern vom Kinde nur mechanische Arbeit mit Schere und Kleister; das andere hat der Künstler schon im voraus besorgt. Es gibt keine Veränderung und Umformung, kein Einreißfen und Wiederaufbauen mehr. Die Modelle des Spielbuchs dagegen gefalteten dem Willen und der Phantasie des Kindes den größten Spielraum.

Alle empfohlenen Schriften werden auch durch die Zeitungs-Ausgaben des „Vorwärts“ geliefert.

Buchhandlung Vorwärts *** Lindenstraße 69

Die vom „Bildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ empfohlenen Bücher sind sämtlich auch durch uns zu beziehen

Gewerkschaftliches.

Ein Streikbrecheragent als Mörder und Betrüger.

Vor dem Schwurgericht zu Essen wird am 18., 19. und 20. Dezember gegen den „Kaufmann“ Artur Mann wegen Mordes und Betruges verhandelt werden. Der aus Wfornheim stammende frühere Graveur Mann erwürgte in der Nacht vom 5. zum 6. Juli in einer Parkanlage zu Essen seine frühere Braut, die 23jährige Modistin Emilie Seiermann. Die Begleitumstände und das auffallende Schweigen der Essener Lokalpresse über die Verbrechen der Sache ein besonderes Interesse. Die „Essener Arbeiter-Zeitung“ war in der Lage, den Schleier etwas zu lüften. Sie konnte zunächst mitteilen, daß der Mörder, der sich seiner Entlassung aus der Kruppischen Fabrik in den verschiedensten Geschäften verjagt, in letzter Zeit das ehrbare Handwerk der Streikbrecherermittlung betrieben hatte und daß er der Polizei in Essen sehr wohl bekannt war, so zwar, daß, als die Mutter der Ermordeten die Polizei bat, Nachforschungen nach ihrer verschwundenen Tochter anzustellen, wobei sie der triftigen Vermutung Ausdruck gab, daß Mann seine früher geäußerte Drohung, das Mädchen erschließen zu wollen, wahr machen könnte, ihr der Kommissar antwortete: „Den kennen wir gut, der tut ihr nichts zuleide!“ Dabei hatte Mann bereits schon einmal einen Giftmordversuch an der Seiermann verübt, weil sie ihm aus begründeter Eifersucht Vorhaltungen gemacht. Nur weil Mann später, als er unter der Anklage des Betrugs in Untersuchungshaft lag, in rührenden Heubriefen um den Beistand des Mädchens gebittelt, hatte das in den Monaten rettungslos verliebt gewesene Mädchen ihm schließlich verziehen. Als das Mädchen später, nicht lange vor der Mordtat, das Verlöbniß endgültig löste, weil Mann wieder anderen Verkehr nebenbei unterhielt, markierte er den Eifersüchtigen und lauerte dem Mädchen auf. So gelang es ihm eines Abends, als das Mädchen aus dem Geschäft kam, es zu bestimmen, mit ihm zu gehen. Er fuhr mit ihm in einem Auto nach Düsseldorf und später nach Köln. Das Mädchen, das den Führer des Menschen kannte und wußte, daß er stets einen Revolver bei sich trug, hat wohl nicht gewagt, sich ihm zu entziehen.

Als es am 4. Juli spät abends in der elterlichen Wohnung wieder anlangte, war es total erschöpft und aufgeregter. Es hat seine Mutter, gegen Mann nichts zu unternehmen, was ihn reizen könne. Er habe ihr versprochen, sie freizugeben, doch wolle er ihr zuvor die Anwendungen erstatten, die er von ihr während der Jahre erhalte, wenn er Gelderlegenheit vorgebildet hatte. Das sollte am anderen Abend geschehen, wo er eine größere Summe für Streikbrecherermittlung bekommt. Am anderen Abend blieb das Mädchen aber vom Geschäft lange aus. In der Nacht brachten zwei Arbeiter den Eltern das erwürgte Mädchen ins Haus. Mann hatte es ihnen unter der Angabe übergeben, es habe Sturzkrampf, er wolle davor nach einem Arzt laufen. In Wirklichkeit ging er in ein Hotel, wo er ein Zimmer für sich und das Mädchen bestellt gehabt, spendierte dort und fuhr nachher mit einem Gleichfalls der Polizei bekannten Freunde im Auto in die Nähe der elterlichen Wohnung, wo er von der inzwischen requirierten Polizei verhaftet wurde. Er hat die Tat noch in selbiger Nacht eingestanden. In dem Hotelzimmer wurden Gift und ein Revolver gefunden.

Doch der Mörder ist ein Gemütsmenschen. Aus dem Untersuchungsgefängnis heraus bestellte er einen Strauß und ließ ihn auf dem Grabe seines Opfers niederlegen. Namens der empörten Angehörigen besichtigte der Bruder der Ermordeten sich darüber bei dem Justizminister. Er erhielt vom Oberstaatsanwalt in Hamm die Antwort, daß er keinen Anlaß

habe, einzuschreiten. Die Ermittlung habe ergeben, daß die Angestellte eines Blumengeschäftes bei der Gefängnisfeste die Bezahlung eines Blumenstraußes verlangt habe und daß dieser Betrag „mit ausdrücklichem Genehmigen des allein zur Entscheidung berechtigten Untersuchungsrichters“ ausbezahlt worden sei. Was mit dem Blumenstrauß geschehen sei und gesehen sollte, entzog sich der Kenntnis der Gefängnisverwaltung. — Merkwürdig. Die Auftragerichtung für den Strauß und seine Niederlegung am Grabe steht doch voraus, daß auch dies nur mit Genehmigung des Untersuchungsrichters geschehen ist. Uebriqens ist dem Gemütsmenschen auch vom Untersuchungsrichter gestattet worden, zu rauchen. Ueber seine Behandlung als Untersuchungsgefangener kann er sich also jedenfalls nicht beklagen.

Die Verhandlung sollte bereits vor einigen Wochen stattfinden. Der Abschluß der Untersuchung, die wegen der mehrfachen an den Tag gekommenen Betrügereien sich verzögert hatte, erfuhr jedoch noch im letzten Augenblick eine weitere Komplikation. Es tauchte die Frage auf, ob eine junge Frau aus Steele, mit der Mann bereits intim verkehrt haben soll, als sie noch Mädchen war, an der Tat in irgend einer Weise beteiligt gewesen sei.

Berlin und Umgegend.

Kündigung des Steinarbeitertarifs.

Die Sektion I des Steinarbeiterverbandes (Grabstein- und Bauhandwerk) beschloß am Dienstag, den bis 1. März 1914 laufenden Tarifvertrag zu kündigen. Zur Begründung dieser Maßnahme wurde ausgeführt, daß die Kündigung trotz der ungünstigen Konjunktur notwendig sei, denn seit drei Jahren seien keine Verbesserungen der Löhne eingetreten. Es sei dringend erforderlich, daß die neunstündige Arbeitszeit verkürzt und der Stundenlohn, der bis jetzt 90 Pf. beträgt, mindestens so weit erhöht werde, daß durch eine Verkürzung der Arbeitszeit der Verdienst nicht geschmälert werde. Ferner solle die Entschädigung des Jahrgeldes, Anrechnung längerer Fahrzeit und Erhöhung des Montaggeldes gefordert werden. Bei Ausbesserungen müsse ein höherer Lohn als bei dauernder Arbeit gezahlt werden. Der bestehende Tarif sei gegenstandslos geworden, weil meist in Lohn gearbeitet werde. Deshalb müsse der Tarifvertrag entweder beseitigt oder erhöht werden. — Die Verhandlung setzte eine Kommission ein, die eine Tarifvorlage ausarbeiten soll.

Ferner wurde beschlossen, den arbeitslosen und kranken Mitgliedern eine besondere Weihnachtsunterstützung zu gewähren und zwar erhalten die bezugsberechtigten Mitglieder einen einmaligen Zuschuß von 5 M. zur statutenmäßigen Unterstützung. Die Ausgesicherten erhalten 10 M. und die noch nicht bezugsberechtigten Arbeitslosen, soweit sie seit dem 1. Mai Mitglied sind, 15 M. Weihnachtsunterstützung. — In den von der Gewerkschaftskommission veranfalteten Sammlungen leistet die Drittlasse einen Beitrag von 300 M.

Die Aussperrung der Glaskleifer, Polierer und Beleger.

Zu den Firmen, welche ihre Arbeiter ausgesperrt haben, gehört auch die Firma Röder, Meyer u. Co. in Hohenschönhausen. Der Direktor dieser Firma, Franz Pfeiffer ist kein Name, stammt aus Böhmen. Noch vor einigen Jahren war er Glaskleifer. Er war als solcher einer der schärfsten Gegner der Unternehmer. Als Glaskleifer konnte er sich keine Reichtümer erwerben, in vielen Betrieben mußte er einsehen, daß er nicht genügend leisten konnte; er floh ebenso oft, wie er jetzt die Arbeiter fliegen ließ. Im Jahre 1908 hatte er das Glück, bei der Firma Röder, Meyer u. Co. angestellt zu werden und zwar als Betriebsleiter. Schließlich wurde er im vorigen Jahre Direktor. Nun ist er mit einem Male der größte Scharfmacher. Er soll ein Gehalt von 10 000 M. beziehen; dafür leistet er aber auch, was wohl ein aus dem Unternehmerstande hervorgegangener Direktor kaum zu leisten imstande wäre. Er kennt die Arbeiter durch und durch und weiß alle Schliche, ihnen gehörig beizukommen. Einen solchen Mann braucht das Unternehmertum. In der Fabrik ließ er Plakate aushängen, auf welchen er bekannt gibt, er zahle jedem Arbeiter 10 M., der ihn Arbeiter aus seinem Betriebe bekannt gibt, welche

mit den Streikenden sprechen. Wenn Ausbruch des Streiks wütheten bei dem in der Viegerei als Heizer tätigen Arbeiter Lache zwei streikende junge Leute, als er davon Kenntnis erhielt, forderte Direktor Pfeiffer den Lache auf, die Leute auf die Straße zu legen und erbot sich, eine Entschädigung dafür zu zahlen. Die Entschädigung sollte, damit es die Buchhalter nicht erübrigen, nicht im ganzen ausgezahlt werden. Aber alle Wochen sollte Lache 2 M. erhalten. Auch versprach der Direktor, ihm einen Arbeitswilligen in Schlafstelle zu geben. Der Rot gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, kam Lache der Aufforderung nach und erhielt auch einen Arbeitswilligen aus Böhmen zugewiesen. Als dann Herr Pfeiffer jedoch erfuhr, daß die beiden streikenden Glaskleifer Lache hin und wieder besuchten, traf diesen die Rage des Direktors. Lache wurde entlassen zum Lohn für seine Opferwilligkeit. Ihm wurde mitgeteilt, daß er seine Schuldigkeit nicht getan hätte. Zugleich mußte der bei Lache wohnende Arbeitswillige auf Befehl Pfeiffers die Schlafstelle aufgeben. Zahlung konnte Lache nur erhalten, indem er dem Böhmen die Sachen einbehielt. Auch durch die Polizeibehörde ließ Lache sich in Verfolgung seiner Ansprüche nicht einschüchtern. Polizei und Unternehmer arbeiten wie üblich Hand in Hand. Herr Pfeiffer ersieh im „Hohenschönhauser Tageblatt“ folgendes Interjekt:

„Achtung! Wir machen hiermit darauf aufmerksam, daß die Meinung, bei uns würde noch gestreikt, jedenfalls böswillig verbreitet wird. Wir sind seit langer Zeit wieder vollständig im Betriebe und mit Arbeitkräften besetzt, sobald von einem Streik keine Rede sein kann.“

Berlin-Kamerader Spiegel-Manufaktur Röder, Meyer u. Co.“

Gleichzeitig gab merkwürdigerweise der Hohenschönhauser Arbeitsvorsteher eine Verfügung heraus, daß das Streikpostensieben verboten sei. Es wird nun eine wahre Hejragd auf die Streikposten ausgeführt, sie werden nicht nur von der Freientwaller Straße verjagt, sondern aus ganz Hohenschönhausen. Gegen diese Verfügung hat der Zentralverband der Glasarbeiter bei dem Arbeitsvorsteher Beschwerde eingelegt, worauf er mit der Begründung zurückgewiesen wurde, daß die Firma R. M. u. Co. bekannt gegeben hätte, daß bei ihr nicht gestreikt werde, somit bleibt das Streikpostensieben verboten! Gegen diese Verfügung ist weiter Beschwerde beim Landrat erhoben worden. Herr Pfeiffer behandelt übrigens die Polizeibeamten nicht anders als „feine“ Leute. Wenn die Streikenden einen Arbeitswilligen bewegen hatten, sich mit ihnen solidarisch zu erklären, so paute der Herr Direktor die Polizeibeamten gehörig ab. Was würde wohl einem Streikenden geschehen, wenn er ein Gleiches täte? Die Unterstützung der Unternehmer durch die Polizei ist um so ungehöriger, als die Arbeiter nicht die Angreifer sind. Die Herren haben selbst erklärt, sie hätten jetzt den Zeitpunkt für gekommen, um der so verhassten Organisation den Garaus zu machen. Angerechnet in der Zeit, wo Staat und Kommunen sich mit der ungenügenden Arbeitslosigkeit beschäftigen müssen, sperrt der Herr Direktor Pfeiffer 40 arbeitsame Leute aus, welche meist Familienväter sind und von denen etliche 20 Jahre und länger in dem Betriebe geschuftet haben. Dafür zieht er Leute von fernher, sogar aus dem Auslande heran, und die Polizei unterstützt ihn dabei! Ein Herr Hartmann, der bei der Firma beschäftigt ist, zieht Leute aus Bayern heran, die er bei sich in Schlafstelle nimmt, während in seiner Wohnung aus Stube und Küche schon sieben Personen zusammenwohnen. Darum kümmert sich die Polizei nicht. Es ist dies im Hause Bernensener Str. 2, Bernensener Straße 1 bei Gebel sollen ebenfalls so viel einquartiert sein. Der Streik dauert trotz der Erklärung der Direktion ununterbrochen fort. Im Betriebe sieht es böse aus. Natürlich ist er nicht voll besetzt. Die Firma läßt in Kasten viel Arbeit machen, in Leipzig ebenfalls bei ihren Zweignämern. Zum größten Teil sind ungenutzte Leute beschäftigt. Einige wirkliche Glaskleifer darunter sind von Herrn Pfeiffer früher schon wegen ungenügender Leistung entlassen; als Arbeitswillige sind sie ihm jetzt willkommen. Von den Streikenden ist kein einziger zum Verräter geworden; sie halten geschlossen zusammen. Der Betrieb gilt nach wie vor gesperrt.

Deutsches Reich.

Eine fachtechnische Zeitschrift für Textilarbeiter.

Die Zentralverbände betrachten es mit als eine ihrer Aufgaben, auch für die fachtechnische Fortbildung ihrer Mitglieder zu wirken. In den Gewerkschaftsblättern erschienen hier und da fachtechnische Artikel, oder es wurden den Zeitungen zu bestimmten Zeiten fach-

Da die Mehrzahl der auf dem nach künstlerischen Grundrissen zusammengestellten Programmen vertretene Chöre bereits früher zu Gehör kamen, so begnüge ich mich mit der Feststellung, daß im ganzen erhebliche Fortschritte zu verzeichnen sind.

Die „Kreuzberger Harmonie“, einer der bewährtesten Vereine, brachte mit Paul Bütners „Ritt zur Freiheit“ (Text von Franz Dieberich) eine Gabe von besonderer Art. Allerdings hat sie ihre fachtechnischen Schwierigkeiten. Es kommt da auf sicheres Empfinden des wechselnden Akkords an, zumal bei den Veränderungen des Takts und Triologängen. Dem säkrischen Allegro vermochte sich noch nicht durchgängig die wünschenswerte Deutlichkeit der Textaussprache anzuschließen. Die Geschmeidigkeit des Stimmkörpers trat hingegen oft zugute. Streng gefällte Belegungen — in Bezug auf künstlerischen Vortrag vielleicht die besten — bot der Männerchor „Ramenlos“ mit Radmers „Hymne an die Luft“ und mit dem wunderbaren russischen „Vespergefang“ in der Bearbeitung von Karl Kämpf. Auch der Soubrettechor „Ruhe, schönes Glück“ usw. wurde vom Kreuzberger Männerchor im großen ganzen tollkühn. Einschnüdelnder mühten nur noch manche Melodiezüge kommen, in denen gerade der gemütsliche Lyriker sich ausdrückt. Als eine neue Erscheinung ist die Mitwirkung des Frauenchors Kreis 11 hervorzuhelien. Seit seinem ersten Eigentonzert hat dieser Chor recht fleißig gearbeitet.

Zwischenein ließen sich zwei Künstler von Auf solistisch vernehmen: Marie Loebensohn, der treffliche Violoncellist, den die Berliner Arbeiter ja schon oft gehört haben, und Kammerjänger Gold. Ein Dirigent oder ungewöhnlich strahlendem Klang der Stimme in allen Registern! Vom nächsten Jahre ab werden wir Gelegenheit haben, dem Sänger als Darsteller wagnerischer Gestalten im Deutschen Opernhaus öfter zu begegnen. Schließlich noch eine Anregung. Wie wäre es, wenn künftig Arbeitergefängnisse immer wenigstens mit einem spezifischen Arbeitermassenchor eröffnet oder geschlossen würden?

Notizen.

— Keine Subvention für Paris! Der Arnberger städtische Theaterauschuss lehnte die von der Direktion des Stadttheaters erbetene Subvention von 26 000 M. zur Aufführung des „Parifal“ ab.

— Die wiedergefundene Mona Lisa soll nach den Versicherungen eines holländischen Antiquitätenhändlers eine gefälschte Kopie sein, die ihm schon einmal von London aus angeboten, aber als solche erkannt sei. Dagegen hat die Florentiner Kommission sie als unzweifelhaft echt anerkannt. Es wäre eine hübsche Ironie, wenn schließlich doch — eine unechte Mona Lisa nach Paris zurückkehrte! Denn das Kunstgelehrte sich täuschen, davon gibt's genug Beispiel.

— Die Polizei sucht immer noch Komplizen des Diebes und findet keine. (Sie will sich auch nur damit trösten lassen.)

— Mundens „Fram“, die als erstes Schiff den Panamakanal durchfahren sollte, hat die Fahrt nach dem nördlichen Stillen Ozean über die Magellanstraße angetreten. Das Schiff konnte die Eröffnung des Kanals nicht abwarten, da es sonst für seine arttische Fahrt im nächsten Sommer zu spät geworden wäre.

Kleines feuilleton.

Der Kaiser A. B. Diesenbach ist im Alter von 62 Jahren in Capri gestorben. Der eigenartige Künstler, der auch in seiner Lebensführung besondere Wege ging, hat sich dank unglücklicher Verhältnisse nicht voll entfalten können. Während er noch die Münchener Akademie besuchte — er kamte aus dem heftigen Städtchen Sadosar — verlor er Eltern und materiellen Zuspruch und kam nun als junger Künstler mit gänzlichen Plänen in tiefste Not. Er wurde nun Vegetarier und Lebensreformer. Und weil er aus seinem Herzen keine Röbergrube machte, kam dem Volkstanzwiegler die Polizei auf den Hals. Er schlüchete in die Wildnis, d. h. er siedelte sich in einsamer Gegend an. Mit seinem Schüler Jibus (Söppener), der sein treuester Gefolgsmann und das wichtigste Mitglied seiner Kolonie wurde, hat er in München große Feste entworfen, in denen ein schöner Sinn für Rhythmus und ein feines Gefühl für die Anmut des nackten, besonders des kindlichen Körpers lebendig sind. Diese gewiß bedeutenden und reizvollen Feste (von denen bei Teubner Reproduktionen erschienen sind) fanden nicht die Anerkennung, die sie verdienen. Diesenbach pilgerte weiter, aber er fand weder in Wien noch in Ägypten noch in Capri den rechten Wirkungsort und die nötige materielle Unterlage zur künstlerischen Sammlung. Aus dem Künstler wurde immer ein Apostel, der in seinem Mönchsgewande — barhäuptig und mit Sandalen an den bloßen Füßen — den guten Bürgern gar beschämlich vorkam. Der Sonderling war schließlich eine Seelenswürdigkeit Capris, dem das Reifepublikum aus der Heimat manchmal ein Bildchen ablauschte. Ein Künstler, der um Eigenes zu sagen hatte, war an der Wiser des Lebens gescheitert.

Amor mit und ohne Hosen. Aus Christiania wird uns geschrieben: Die norwegische Schriftstellerin Barbara Ring hat unlangst ein Buch veröffentlicht, das den Titel trägt: „Die Liebe“. Den Umschlag des Buches zierte ein kleiner, ungebildeter, aber selbstverständlich nackter Amor, eine Zeichnung Bryngulff Larfens. Der kleine Liebesgott hat aber in Norwegen und auch in den anderen nordischen Ländern großen Ankoth erregt und über seine Nacktheit sind heilige Kontroversen entbrannt. Schließlich wandten sich die Buchhändler an den Verlag und machten ihn darauf aufmerksam, daß das Werk mit dem nackten Amor als Titelbild schweulich auf einen großen Käuferkreis rechnen könne. Der Verlag hat denn auch die zweite Auflage des Buches mit einem hosenbekleideten kleinen Liebesgott zierte lassen, der auch das prädestinierte Gemüt nicht verletzen kann. Die zweite Ausgabe hat denn auch schon glänzenden Absatz gefunden. Allerdings stellen sich nun überraschend viele Leute ein, die ein Werk mit dem nackten Amor als Titelbild verlangen. Je nach dem persönlichen Geschmack und der Religion kann man den Amor mit und ohne Hosen bekommen, da der Verlag fortan zwei Ausgaben des Buches, die eine mit einem nackten, die andere mit einem hosenbekleideten Amor geziert, herausbringen wird. Höchst amüsant soll sich die Verfasserin haben, die die Hosenaffäre des kleinen Liebesgott Amor als die beste Wessame für ihr neuestes Werk ansieht.

Ein Seemannsbiß auf der Osterinsel. Qualen und Entbehrenungen wie aus der Hölle und irdische Freuden in einem irdischen Paradies — das waren die romantischen Gegenstände, die die Mannhaftigkeit des viermännigen Schoners „Eldorado“ im südlichen Ozean durchlebte. Der Kapitän des Schiffes, der mit zwei Matrosen in San Francisco landete, gab eine ausführliche Schilderung der Abenteuer, die die Phantasie eines Romandichters in den Schatten stellt. Die Leute des „Eldorado“ waren am 13. Juni gezwungen, das Schiff, das in einem furchtbaren Sturm led geworden war, zu verlassen, und retteten sich mit geringem Probant in ein Boot. Es waren 10 Leute mit dem Kapitän an der Spitze; ihre einzige Hoffnung bestand daran, daß sie die fast 1500 Kilometer westlich gelegene Osterinsel erreichen könnten. So lange noch Speise und Trank reichlich, waren sie guter Dinge. Aber als dann das graufige Gespenst des Hungers sie immer grimmiger packte, als die Hoffnung, die Osterinsel zu erreichen, nur noch als ein ungewisses Verlicht vor ihren Augen stand, da ergriß sie allmählich dumpfe Verzweiflung. Beim Tage verbrachten sie in dem Boot, allen Umfilden des Wetters ausgeleiert. Da endlich kam die Osterinsel in Sicht. Sie waren alle so schwach, so zermüdet, fast stimmlos, Hände und Füße vom Meerwasser geschwollen, daß sie sich nicht mehr auf den Füßen halten konnten.

Aber nun wandelte sich mit einem Schlage die Szene. Ein blühendes, glückliches Land nahm sie auf, und die 200 malaiischen Eingeborenen der Insel beglückten und pflegten sie. „Ich muß sagen“, so erzählte der Kapitän, „daß wohl Gott niemals bessere Herzen in menschliche Wesen gesenkt hat, als in diese braunen Männer und Frauen, die uns mit ihren Oehlen auf ihren alten Hülfskarren wie verlorenere Kinder in ihr Vaterland brachten und uns pflegten, wie nur Mütter ihre Babys. Die Osterinsel wurde für sie zu einem Seemannsbiß, in dem sie 101 Tage in Freude und Wärme verbrachten. Nicht nur der Körper, auch das Herz fand Erquickung, die braunen Frauen lernten den rauhen Seebären ihre Liebe; auch von ihnen betrateten und die anderen verlobten sich; sie beschloffen, nie mehr ihr Geschick den trügerischen Wellen anzuvertrauen, sondern in diesem Paradies heimlich zu werden. Siedem haben dies Gelübde gehalten und sind heute glückliche Bewohner und Familienväter der Osterinsel.“

Musik.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund. Das diesjährige Stiftungsfest war, zum angenehmen Unterschied von seinen meist allzu überladenen Vorgängen, in einem kleineren Rahmen gefest. Lieben Chöre, und zwar der Wilmersberger Männerchor und die Charlottenburger Liedertafel (Chormeister Triffert), „Reu erwaßt“ (Chormeister Bleil), „Gesundbrunnen Harmonie“ (Chormeister Schullen), „Kreuzberger Harmonie“ (Chormeister Wotke), „Ramenlos“ (Chormeister Thilo) sowie der Männer- und Frauenchor Kreis 11 (Chormeister Bleil) beteiligten sich am Gesangswettbewerb. Ein solcher soll es doch sein, so oft mehrere Chöre gemeinsam ein Konzert geben? Und wir wollen es auch so gehalten wissen, selbst wenn die ungleiche Zusammenfassung der einzelnen Chöre ungleichwertige Leistungen zur Folge hat. Noch ein Reiz mehr wäre es, wenn die Zeitung bei künftigen Stiftungsfesten den Schwerpunkt auf den Vortrag noch nicht vorher bekannt gemachter, also geistreicheren, neuer Gesänge verlegte.

technische Zeitschriften beigegeben. Einige Verbände gingen in den letzten Jahren weiter, sie schufen gesonderte fachtechnische Zeitschriften, unter denen die der Solararbeiter in Form und Inhalt wohl die vollkommenste ist. Jetzt ist auch der Textilarbeiterverband diesem Beispiel gefolgt. Mit dem 1. Januar 1914 gibt er eine fachtechnische Zeitschrift heraus, die monatlich erscheint, zwölf Großquartseiten Umfang hat und 30 Pfennige kostet. Gerade im Textilgewerbe mit seiner den Konsumtenanprüchen angepaßten, sehr verbesserten Fabrikationsart ist eine gute technische Ausbildung des Arbeiters und der Arbeiterin und eine genaue Kenntnis der oft komplizierten Maschinensysteme durchaus von Nöten. Zwar fehlte es auch in der Textilindustrie bisher nicht an Fachliteratur; aber sie ist für den Arbeiter zu teuer, vielfach auch zu schwer verständlich, so daß aus ihr wenig oder gar keine Nutzenanwendung für den praktischen Teil des Arbeitsprozesses gewonnen werden kann. Die vom Textilarbeiterverband herausgegebene Zeitschrift, die „Textil-Praxis“, wird es deshalb als ihre Aufgabe betrachten, bei billigem Preise in leichtverständlicher Form die praktischen Erfahrungen, die beim Produktionsprozeß gesammelt werden, den Textilarbeitern und Arbeiterinnen zur Anwendung zu bringen; sie will über die Mängel bei der Verarbeitung und Vorbereitung des Materials, über das fehlerhafte Bedienen bzw. Funktionieren der Maschinen unterrichten. Auch der Materiallehre, die besonders in der Textilindustrie eine große Rolle spielt, soll in der Zeitschrift Raum gewährt werden, es soll gezeigt werden, welche Eigenschaften die Rohmaterialien besitzen und wie diese Eigenschaften beachtet werden müssen, um eine gute und vorzuziehendere Verwendung zu ermöglichen.

Neue Kampfanzeige der „Berlin-Trierer“ gegen die „Christlichen“ Gewerkschaften.

Es war zu erwarten, daß die Erklärungen der christlichen Gewerkschaftsführer Stegerwald, Wieder und Imbusch auf dem christlich-nationalen Kongress in Berlin, die die Auslegung der Gewerkschafts-Empfehlen des Papstes und die Selbständigkeit der christlichen Gewerkschaften betrafen, bei den katholischen Arbeiterverbänden Berlin-Trierer Richtung ein lebhaftes Echo finden würden. Am Sonntag tagte in Trier die Generalversammlung des katholischen Arbeitervereins, in der sich der bekannte Domkapitular Stein, die rechte Hand Rorus, in schärfster Weise gegen die Reden und Beschlüsse auf dem Berliner Kongress wandte. Die katholischen Vereine, so führte er aus, hätten die „höchste Billigung“, die kommen könne. Wenn die Anträge des katholischen Verbandes von den christlichen Gewerkschaften abgelehnt worden seien, weil sie von einem „anderen grundsätzlichen und sittlichen Standpunkt“ ausgehen, so sei also ihr Standpunkt nicht der katholische, von der Kirche, vom Papsi und den Bischöfen geforderte. Das gestanden sie jetzt offen ein!

Der Arbeitersekretär Bull-Kattowich erhob ähnliche Vorwürfe. Die Vertreter des katholischen Verbandes seien verpflichtet gewesen, ihren Standpunkt darzulegen, da nur die katholischen Organisationen nach der Entscheidung des Heiligen Vaters gefördert werden sollten. Während man es ihnen verübelt hätte, daß sie die Engherzigkeit angezogen hätten, konnten sich die evangelischen Teilnehmer ungehindert auf „kirchliche Autoritäten“, wie Stöcker und Mümm (!), berufen. — Bei der Verteilung seiner Weltanschauung leistete sich Herr Bull folgenden biblischen Satz:

„Dem kranken Gesellschaftskörper müsse gesundes Blut zugeführt werden. Dieses gesunde Blut seien die Grundtugenden der Kirche, nicht die Grundzüge einer sogenannten Humanität, sondern die der wahren Gerechtigkeit und christlichen Nächstenliebe.“

Die Grundtugenden der „sogenannten Humanität“ und die der Kirche betrugen sich allerdings nicht besonders; das hat Herr Bull ganz richtig erfaßt.

Auf der Generalversammlung der christlichen Gewerkschaften in Trier, die vor acht Tagen stattfand, ist es übrigens zu recht heftigen Auseinandersetzungen über die Verhandlungen des Berliner Kongresses gekommen. Die Diskussion dauerte drei Stunden. Die kirchliche Presse Triers unterschlug die christliche Generalversammlung vollständig.

Jugendpflege.

Der Vorsitzende des Vereins für Jugendwohlfahrt in Schleswig-Holstein, Herr Sierds, hat ein Buch herausgegeben über Jugendpflege. Er setzt darin die Notwendigkeit der (bürgerlichen naturlichen) Jugendpflege auseinander. Er schildert uns das moderne Großstadtleben oder richtiger das Großstadtleben. Hierbei kommt er aber zu etwas sonderbaren und sehr einseitigen Schlüssen. In einem Kapitel über den Einfluß der sozialen Lage sagt er nämlich: „Wenn auch auf dem Lande in geschlechtlichen Dingen vielfach sehr naive Ansichten herrschen, so ist doch die eigentliche Prostitution ein Lafter der Städte, das nach tausendfältigen Feststellungen auf Seiten des weiblichen Geschlechts fast immer auf Arbeitslosigkeit, Genußsucht und Alkoholismus direkt oder indirekt zurückzuführen läßt.“ Herr Sierds kommt zu diesem Schluß, obwohl er selbst ein paar Zeilen weiter zugeben muß: „Und die Jugend ist diesen Einwirkungen um so eher zugänglich, wenn sie auch noch in einer Wohnung aufwächst, die ein menschenwürdiges Dasein kaum möglich macht.“ Er belegt seine Darlegung mit einer Reihe von Zahlen, wie sie im letzten Jahre anlässlich der Wohnungsnotversammlungen bekannt geworden sind. Dann schildert er das damit zusammenhängende Schlafloswerden. Und trotz alledem...

Der „Vorsitzende des Vereins für Jugendwohlfahrt in Schleswig-Holstein“ widerlegt sich dann noch einmal selbst, indem er folgende Stelle aus einem Werk von Prof. Philippovich anführt:

„Man kann Wohnung für Wohnung abschreiten, ohne mehr zu erblicken, als die notwendigsten Einrichtungsgegenstände und das geringstmögliche Maß von Kleidungsstücken. Von der Fülle der Produktion auf allen Gebieten des Hausrats dringt nichts in diese Schichten der Bevölkerung. Sie haben nur im Gebrauch, was zum Leben unentbehrlich ist, und das nicht immer in ausreichendem Maße. Keine Spur eines Schmuckes, einer Mode, eines Gegenstandes, der nur der Freude und dem Vergnügen dienen soll. Die Wohnung ist eine Schutzdecke vor den Anbitten der Witterung, ein Nachtlager, das bei der Enge, in der sich die Menschen drängen, bei dem Mangel an Ruhe, an Luft, an Reinlichkeit, nur dem erschöpften Körper zur Ruhe dienen kann. Zwischen ihr und Arbeit und Sorge schwankt das Leben dieser Bevölkerungsklassen hin und her. Es fehlt alles, was wir zur Grundlage gefunden bürgerlichen Lebens anzusehen gewohnt sind. Die selbständige Erziehung der Familie, die besondere Fürsorge für die Grundbedürfnisse des täglichen Lebens, für die Entkräfteten und Pflegebedürftigen, die Wahrung der Schamhaftigkeit durch Trennung der Geschlechter, Verhüllung des Geschlechtslebens der Eltern vor den Kindern, die erzieherische Fürsorge der Eltern für die Kinder in Stunden der Ruhe und Erholung. Diese Wohnungen bieten keine Begegnung und keine Ermüdung, sie haben keinen Reiz für den von der Arbeit Abgemühten. Wer in sie hinabsinken und hinein geboren wurde, muß körperlich und geistig verkümmern und nermellen oder verwildern.“

Wenn der Verfasser trotz all dieser Feststellungen, die er sich selbst zugeben macht, noch seine obigen Behauptungen aufstellt, so muß man ihn mit seinen eigenen Waffen schlagen.

Das letzte und eigentliche Ziel aller bürgerlichen Jugendpflege wird von Herrn Sierds mit aller nur wünschenswerten Offenheit zugegeben:

„Am schwersten liegt diese Frage in den national gefährdeten Gegenden unseres Vaterlandes, in den fremdsprachigen

Gebieten des nördlichen Schleswig und der Dänemarken. Wie dort die Dänen, so sind es hier die Polen, die die Jugend auch über die Schulzeit hinaus unter ihren Einfluß festzuhalten suchen und sie mit antinationalen Gesinnungen erfüllen. Ueberall führt man hier den Haß gegen alles, was deutsch heißt und nährt in der Jugend die Hoffnung auf einen für Deutschland ungünstig verlaufenden Krieg, der die „ Befreiung von dem deutschen Joch“ bringen soll. Um so mehr haben wir darauf bedacht zu sein, unsere Wehrkraft zu stärken.“

Nun wissen wir es, wenn wir es sonst noch nicht gewußt hätten, worauf dieser ganze Jugendpflege-Nummel hinausläuft. — In diesen Auseinandersetzungen spielt auch der Franzose Guzet eine Rolle, und zwar die eines Popanzes, der dem furchtsamen deutschen Michel vorgehalten wird. Dieser „Guzet“ hat seinen Landsleuten triumphierend verübelt, daß von dem heutigen Deutschland nichts zu befürchten sei, da es seine Jugend verkümmern lasse.

Nach alledem ist man einigermaßen gespannt auf den Inhalt des Kapitels über die „sozialdemokratische Jugendpflege“. Man glaubt, mit wieviel Sachkenntnis hier dozieren wird. Da heißt es: „Am bedeutungsvollsten für die ganze Bewegung war der Parteitag in Nürnberg 1906, wo das Programm der ganzen Bewegung bis ins einzelne festgelegt und ein neues Organ, „Die Arbeiterjugend“, begründet wurde, die noch jetzt von Dr. Frank im Auftrage der Zentralstelle herausgegeben wird.“ So unterrichtet ist der Verfasser von dem Inhalt unseres Blattes, daß er led folgende Behauptung vom Stapel läßt:

„Indes scheinen diese Bestrebungen doch nicht den gewünschten Erfolg zu haben, was uns angesichts des mangelnden methodischen und pädagogischen Geschicks für die Belehrung der Jugend in der „Arbeiterjugend“ zutage tritt.“ Die Frage ist wohl berechtigt, ob der Verfasser auch wohl mal eine Nummer unseres Blattes gelesen hat.

Daß es nicht richtig ist, wenn unsere Genossen die bürgerliche Jugendpflege, wie es hier und da geschieht, unterschätzen, zeigen ein paar Zahlen:

Im Jahre 1911 wurden abgehalten in den verschiedenen Teilen der Monarchie 906 Kurse mit 14 465 Teilnehmern (darunter 10 260 Lehrer) und im Jahre 1912 434 Kurse mit insgesamt 22 139 Teilnehmern (darunter 11 786 Lehrer). Außerdem wurden von 1905 bis 1910 in den von den kaiserlichen Regierungen veranlaßten Turn- und Spieldürfen 61 975 Personen wenigstens für die Leibesübungen ausgebildet.

Das sind nur einige Ziffern aus der neuesten staatlichen Jugendpflege. Doch aber auch außerhalb dieser staatlichen Bestrebungen nach wie vor tüchtig gearbeitet wird, zeigen uns folgende Zahlen: Der Weltbund der christlichen Junglingsvereine unterhält allein in Deutschland 172 eigene Vereinshäuser, die einen Wert von 12 000 000 Fr. repräsentieren. Und nicht weniger als 223 fest angestellte Berufsarbeiter sind im Sinne der evangelischen Junglingsvereine tätig. Allein in Rheinland-Westfalen bestehen 63 eigene Vereinshäuser. Fest angestellte Kräfte sind dort 61 tätig.

Das sind wohl Zahlen, die uns zu denken geben sollten.

Soziales.

Aus dem Gewerbegericht.

(Dr. Verthold.)

1. Fallen Abzüge vom Trinkgeld unter das Lohnbeschlagnahmegesetz?

Ein Hausdiener forderte gestern von der Firma Kiehn zu Unrecht einbehaltenen 23,75 M.

Die beklagte Firma machte geltend, es seien durch Verschulden des Klägers Lebensmittel in obigem Betrage abhandeln gekommen. Der Kläger habe zwar gegen die Abzüge protestiert, da sie aber an den Trinkgeldern vorgenommen wurden, kämen die Vorschriften des Lohnbeschlagnahmegesetzes nicht in Betracht.

Das Gericht sprach dem Kläger durch Urteil den geforderten Betrag zu. Das Trinkgeld, so wurde dem Gesetz entsprechend ausgeführt, sei als Teil des Lohnes anzusehen, um so mehr, als dem Kläger bei seinem Eintritt außer dem Wochenlohn von 20 M. Trinkgeld zugesichert war und er die Stelle nicht angetreten haben würde, wenn dies nicht der Fall war.

2. Unberechtigter Entlassung.

Eine noch fortbildungspflichtige gewerbliche Arbeiterin klagte wegen ungerechtfertigter Entlassung gegen die Firma Sozialhygiene auf Zahlung von 50 M. für zwei Monate.

Vereinbart war eine Kündigungsfrist von vier Wochen zu jedem Monatsverdienst zulässig. Die Klägerin war mehrfach rechtzeitig aus dem Geschäft weggegangen, um die Schule zu besuchen. Das tat sie jedoch nicht. Als dann vom Schulleiter eine Anfrage an das Geschäft gelangte, gab sie an, sie sei krank geworden. Daraufhin erhielt sie sofort ihre Entlassung.

Das Gericht verurteilte die Beklagte zur Zahlung. Einer der im § 123 der Gewerbeordnung angeführten Gründe zur sofortigen Entlassung liege nicht vor. Auch ein wichtiger Grund nach § 124 könne bei dem jugendlichen Alter der Klägerin nicht angenommen werden. Anders läge es nach § 123 G.O., wenn sie wiederholt verwarnt worden wäre.

Die sexuelle Erziehung in Elternhaus und Schule.

Wien, 16. Dezember 1913.

In einer stark besuchten Versammlung der österreichischen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, der auch der Unterrichtsminister Dr. v. Sussarek beiwohnte, sprach Dr. M. Choben aus Breslau über „Sexuelle Erziehung in Elternhaus und Schule“. Er führte aus, daß die Erziehung einer planmäßigen sexuellen Erziehung eine Pflicht des Elternhauses sei, die durch die Veranstaltung von Elternabenden durch Staats- und Gemeindebehörden gefördert werden sollte, wo die Eltern von Pädagogen und Aerzten auf die Notwendigkeit einer solchen Erziehung hingewiesen und dazu angeleitet werden. Die Schule soll zwar bis zum 14. Lebensjahr im Massenunterricht niemals menschliche sexuelle Vorgänge erörtern, aber sie soll durch die Naturkunde zu sinnlichkeitsfreiem Denken und Reden über Fortpflanzung anleiten und durch indirekte sittliche Beeinflussung den Wert der Keuschheit und die Bedeutung des Verantwortungsbegriffs auch schon in der Kindesseele sich fest verankern lassen. In der zweiten Schulperiode soll durch vertiefte biologische Unterweisung und ethische Betrachtungen eine ethische Charakterbildung angebahnt werden. Eine direkte sexuelle Beeinflussung kann in die Fortbildungsschule verlegt werden. Für Mädchen, die beim Hinaustrreten aus der Volksschule in das Berufsleben weit mehr gefährdet sind als Knaben, sind sexualethische und ethische Erziehungsbefehlungen einzurichten. Auf der höheren Schule sollen die 16- bis 20-jährigen Jünglinge durch philosophisch-psychologische Erörterungen zu einer erhebenden und beruhigenden Auffassung des Triebmens geführt werden, vorläufig sollte den Abiturienten und den zum Einjährigendienst Berechtigten eine zwanglose Entlassungsbelehrung mit allerhöchster Zustimmung erteilt werden. In den Hochschulen sind sexualethische Vorlesungen für Studierende aller Fakultäten einzurichten, für Biologen und Theologen eine besondere Vorlesung über Sexualpädagogik, auch an den Lehrerseminaren gelehrt werden soll, damit die späteren Lehrer und Geistlichen ihren Aufgaben nach dieser Richtung hin gerecht werden können.

Im Anschluß hieran versicherte der Unterrichtsminister, daß er auf Grund der empfangenen Anregungen die so überaus wichtige Frage der sexuellen Erziehung in seinem Verwaltungsbereich nach jeder Richtung hin fördern werde.

Widervereinerung.

Das Zentrum kann alles und macht alles. Es gibt sich arbeiterfreundlich und handelt gegen die Interessen der Arbeiter. Es markiert Mittelstandsfreundlichkeit und fñhrt die Mittelstñndler hinter's

Licht. Es donnert zuweilen gegen Kapitalismus und Ausbeutung und es ist dabei die eifrigste Förderin kapitalistischer und ausbeuterischer Bestrebungen. Das Zentrum gründete Gewerkschaften, den Streikbruch kultivieren müssen. Es gründete Arbeiterkonsumgenossenschaften und verspricht den Mittelständlern Rettung und Hilfe durch gesetzliche Maßnahmen gegen Konsumvereine und Warenhäuser. Den Mittelständler umgarmelt es mit dem alten zünftlerischen Requisit des Befähigungsnachweises und der Konzeptionspflicht für verschiedene Gewerbe und es fördert die großindustrielle Entwicklung durch Hochschulzulassung auf Rohmaterialien. Dem Volke sichert es die Wahrung seiner Interessen zu und greift es mit dem Brotucherarif.

Jetzt plant der vollständig unter Einfluss des Zentrums stehende Rheinische Bauernverein einen neuen Fischzug. Die Milch ist für die in der näheren Umgebung der großen Städte wohnenden Viehhalter schon eine sehr ergiebige Einnahmequelle geworden. Aber sie soll noch reichlicher fließen. Zu diesem Zweck möchte man den Milchhandel monopolisieren, ihn vollständig in Abhängigkeit von den Produzenten bringen. Als Mittel dazu soll die Konzeptionspflicht des Milchhandels dienen. Zunächst hat man die Milchhändler für den Plan geködert. Man kennt ja die Mittelchen. Man redet den Leuten vor: Konzeptionierung bedeutet eine Einschränkung der Konkurrenz, daher für den Konzeptionierten größere Einnahmen, die noch durch Preissteigerungen gehoben werden könnten. Es gelang auch, die Milchhändler einzufangen. Auf seiner letzten Tagung erklärte sich der Reichsverband der Milchhändlervereine für die Konzeptionierung.

Nun erscheinen die Produzenten auf der Bildfläche. Der Vorstand des Rheinischen Bauernvereins stimmt der Forderung geneigtest zu. Dann berief man eine Versammlung der rheinischen Milchproduzenten auf den 15. Dezember d. J. nach Köln ein. 800 Interessenten erschienen dort. Herr v. Loeb präsiidierte. Die Versammlung stimmte selbstverständlich der Forderung auf Konzeptionierung des Milchhandels zu. Diesen will man für wenige Unternehmer und die Landwirte selbst monopolisieren. Selbstverständlich wollen die Landwirte bei der Konzeptionserteilung mitreden. Wohin die Reise gehen soll, das beriet der Referent, Generalsekretär Kerp. Er führte nach der „Köln. Volkszeitung“ aus: „Von Standpunkt der Produzenten sei u. a., zu fordern, daß den Ausschüssen, die über den Befähigungsnachweis entscheiden, auch Landwirte angehören, und daß der Nachweis einer gewissen Kapitalkraft für die Erteilung der Konzeption Voraussetzung sein soll. Dagegen sei für die Landwirte, die nebenher den Milchhandel betreiben, ein Befähigungsnachweis nicht nötig, es sei denn, daß sie Milch in großen Mengen zukaufen und dann in erster Linie Milchhändler seien.“

Glückte der Plan, dann wären die Konsumenten vollständig der Willkür der Produzenten und einiger von ihnen abhängigen oder mit ihnen auf Gedeih und Verderb verbundenen Milchhändler ausgeliefert. Und der Plan ist in der Ausführung begriffen: Der Verband der Rheinischen Milchproduzenten hat gestern gemeinschaftlich mit dem Verband rheinischer Milchhändler eine Organisation gegründet, die ihren Sitz in Essen hat. Der Zweck der Organisation geht auf Beeinflussung der Preisgestaltung des Milchmarktes. Ähnliche Versuche sind bislang infolge der Disharmonie der Interessen der Produzenten und der Händler gescheitert. Auch dem neuen Verbände müge ein ähnliches Ende durch den Kampf beider Interessentengruppen um die Höhe des Profits beschieden sein.

Gerichts-Zeitung.

„Som Kampf gegen die Polen.“

Gemälde zeigen zu Gewalttätigkeiten, zum mindesten sind sie dessen dringend verdächtig, wenn es polnische Schlachtengemälde sind. Das ist die neueste Rechtsnorm, die das Reichsgericht am Dienstag gegenüber einer verständigen Freisprechung ausstellte.

Vor der Strafkammer des Amtsgerichts Kratochwil hatten sich am 4. Juni d. J. der Buchhändler Franz Strzeleznak aus Kratochwil und der Kaufmann Karl Rzepcki aus Posen wegen Vergehens gegen § 130 des Strafgesetzbuches (Aufreizung verschiedener Klassen zu Gewalttätigkeiten) zu verantworten. Der Angeklagte R. hatte im Jahre 1912 von einer Firma in Prag Reproduktionen eines Schlachtengemäldes des polnischen Malers Rossal, darstellend die Schlacht von Oradowen aus dem polnischen Aufstand von 1830/31, sowie 500 Postkarten, welche die Reproduktion des Gemäldes darstellten, gekauft und zum Teil an den Angeklagten St. in Kratochwil weiter verkauft. Dieser hat in seinem Geschäft eines der Gemälde im Dezember v. J. ausgestellt. Dieses wurde am 3. Dezember v. J. beschlagnahmt, da es gerade zu jener Zeit, da sich die ganze polnische Bevölkerung zur bevorstehenden Polenfeier vorbereitete und Protestversammlungen stattfanden, geeignet gewesen sei, unter der polnischen Bevölkerung schürend und zum Klassenkampf aufreizend zu wirken. Das Gericht hat inessen beide Angeklagte freigesprochen, da der Maler R. mit dem Bilde lediglich ein Kunstwerk geschaffen habe und auch Reproduktionen desselben nicht als Aufreizungsmittel zum Klassenkampf angesehen werden könnten. — Gegen das freisprechende Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. — Der Reichsanwalt beantragte, der Revision infoweit stattzugeben, als nicht auf Einziehung des gefährlichen Gemäldes erkannt war. Es hätte geprüft werden müssen, ob nicht objektiv das Bild als Aufreizungsmittel verschiedener Klassen zu Gewalttätigkeiten zu erachten sei. — Das Reichsgericht folgte dem Antrage. Es hob das Urteil auf und wies die Sache zur Verhandlung an das Landgericht Ostrowo, damit dieses prüfe, ob nicht das Bild einzuziehen sei. — Sind in Preußen, wie es die Befassung behauptet, alle Preußen vor dem Gesetz gleich, so mühte nun ein gemeinsamer Feldzug gegen alle Schlachtengemälde stattfinden. Oder sind nicht polnische Gemälde so schlecht gemalt, daß nicht auch sie „objektiv zu Gewalttätigkeiten“ anreizen könnten? Es gibt Leute mit psychologischen Kenntnissen, die da meinen, solche Gerichtsurteile reizen weit mehr auf als irgend ein Schlachtengemälde aufreizen könnte. Freilich sind Gerichtsurteile „objektiv“ keine „Kunstwerke“.

Prosch Roghen.

Die neue Verhandlung gegen den russischen Zigarettenhändler Roghen aus Riew und Genossen begann gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Baumgarten. Der seit 1½ Jahren in Untersuchungshaft sitzende Kaufmann Aron Roghen steht unter der Anklage des fortgesetzten Betruges; den Mitangeklagten Kaufmann Josef Jacobowitz und Kaufmann Marcus Gelbern wird gleichfalls Betrug zur Last gelegt. Vor Eintritt in die Verhandlung bittet Landgerichtsdirektor Dr. Baumgarten die Prozessbeteiligten dahin mitzuwirken, daß die Verhandlung wenn irgendmöglich bis Weihnachten beendet werden könne. Bei gutem Willen würde dies möglich sein.

Die drei Angeklagten bestreiten ihre Schuld, insbesondere behauptet Roghen, daß er im besten Glauben gehandelt habe und imstande sei, mit Hilfe seiner Mutter alle seine Schulden zu bezahlen.

Die Vorgerichte dieses Prozesses ist in der vorigen Verhandlung ausgiebig erörtert. Roghen, der hier mit großem Tamtam in der Friedlichstraße ein „hochmodernes“ Zigarettengeschäft eröffnet hat, soll es verstanden haben, in raffinierter Weise und unter der Maske eines reichen Erben viele Personen in betrügerischer Weise um hohe Beträge, die die Summe von 400 000 M. erreicht haben sollen, zu schädigen.

Jeder das Ergebnis der Verhandlungen werden wir berichten.

Wöchnerinnenasyle.

Lebensliche Gebärhauer, Wöchnerinnenheime, sind eine der dringendsten sozialhygienischen Forderungen der Gegenwart. Im ganzen Deutschen Reich zählte man im Jahre 1907 64 öffentliche, 80 private Entbindungsanstalten und 22 zu Universitätslehrzwecken eingerichtete. Davon kommen für die Proletarierinnen nur die erst- und letztgenannten mit rund 40 000 Entbindungen im Jahre in Betracht. Die zu Universitätslehrzwecken dienenden Anstalten werden erfahrungsgemäß nur in der äußersten Not und fast nur von unehelichen Schwangeren aufgesucht. Wie sehr es an Entbindungsanstalten für die große Masse der unbemittelten Mütter fehlt, das berichten uns die erschütternden Zahlen über die tödlich endenden Krankheiten des Kindbettes — 7000 bis 8000 pro Jahr im Reich —, das könnten uns die 40 000 Frauen sagen, die nach ärztlicher Schätzung Jahr für Jahr an den Folgen schlecht abgewarteter Wochenbetten dahinscheiden, davon erzählen die vielen Tausende von Gräbern kleiner Kinder, die in den ersten Tagen nach der Geburt aus Mangel an sachverständiger Pflege zugrunde gehen. Professor Franquès-Gieken schätzt die Zahl der Frauen, für die Anstaltsentbindungen unbedingt nötig wäre, auf mindestens 200 000, also auf das Fünffache der heute wirklich in Gebärhauseinrichtungen zugehenden, — und auch diese Zahl erscheint uns noch viel zu niedrig. In gut geleiteten Wöchnerinnenasyle hat man die Todesfälle im Wochenbett auf ein winziges Minimum herabgedrückt, während sie in der Hauspflege Jahr für Jahr Tausende von Opfern fordern. Insbesondere ist die Sterblichkeit der Wöchnerinnen nach operativen Eingriffen in der Hauslichkeit drei- bis viermal so hoch als in den Anstalten.

Seit der Wiener Assistenzärztin Semmelweis vor bald 70 Jahren die Entdeckung gemacht hatte, daß die tödlichsten Kindbettfeber nicht anderes seien als Wundinfektionskrankheiten, hervorgerufen durch Unreinlichkeit bei der Behandlung der Wöchnerin, sieht im Mittelpunkt der Geburts- und Wochenbetthygiene die Antiseptik, die Kunst, durch Anwendung säurewidriger Mittel bei der Entbindung und während des Wochenbettes alles was mit der Wöchnerin in Verbindung kommt, von Antiseptikfeimen freizuhalten. Die Antiseptik läßt sich heute außerhalb der Anstalten nur in wohlhabenden Kreisen vollkommen durchführen, in den Wochenstuben der Armen begegnet sie schon bei dem Kostfort in Bezug auf reichlichen Wascheverbrauch, dieser ersten Bedingung einer erfolgreichen Wirkung, im allgemeinen den größten Schwierigkeiten. Jeder Arzt, der überdies die tröstlichen Wohnumstände der Armen kennt, muß zugeben, daß es in den überfüllten Wohnungen der Großstädte fast unmöglich ist, auch bei größter Gewissenhaftigkeit den Forderungen der Wissenschaft in Bezug auf ein gesundes Gebärbett zu entsprechen. Auch der heutige Gebirgsmann vermag den Forderungen der Wissenschaft wegen seiner höchst mangelhaften Auswahl, Vor- und Ausbildung vielfach nicht zu genügen.

Es sei ferner an die amtlich berichtete Tatsache erinnert, daß im Jahre 1911 in Preußen allein rund 100 000 Entbindungen ohne jeden sachverständigen Beistand vor sich gingen. Besonders in dem kulturell arg zurückgebliebenen Osten Deutschlands ist in diesen dünnbesiedelten Gegenden der Ärzte- und Hebammenmangel so groß, fehlt es so sehr an Anstalten für Schwangere und Wöchnerinnen, daß die Frauen der Armen auf den Beistand von Pfuscherinnen in ihrer schweren Stunde angewiesen sind. Zu diesen Umständen kommt noch, daß selbst in geordneten Verhältnissen lebende Proletarier ihren Frauen die nötige Ruhe und Schonung für die sechs Wochen, die zur Ausbildung der Geschlechtsorgane und zur normalen Wundheilung nötig sind, sehr oft nicht gewähren können. Die ohnehin großen Ausgaben anlässlich der Geburt gestalten nicht das Einsteilen einer begabten Kraft in den Haushalt, nicht nur die Mutter, auch Mann und Kinder leiden Not, und so steht die Wöchnerin oft schon wenige Tage nach der Niederkunft wieder am Kochherd und Waschtisch. Langwierige Krankheiten des Unterleibes, vorzeitiges Verblühen der Frauen sind die gewöhnlichen Folgen solcher Zustände. Die Ärzte führen mehr als ein Fünftel aller Frauenkrankheiten auf die unzulängliche Pflege und Schonung im Wochenbett zurück.

Um diesen trübsamen Verhältnissen entgegenzuwirken, fordert die Sozialdemokratie die weitgehendste Fürsorge der Gesellschaft für die wirtschaftlich Schwachen, vor allem: Unterstellung aller Frauen und Mädchen, deren Familieneinkommen 5000 M. nicht übersteigt, unter die Krankenversicherung, freie Geburtshilfe als Pflichtleistung der Krankenkassen, einschließlich freier ärztlicher Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden, Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung in der Höhe des Tagelohns für je 8 Wochen vor und nach der Entbindung, Stützgeld für die Dauer von 20 Wochen, außerdem Errichtung von Entbindungsanstalten, Schwangeren-, Wöchnerinnen- und Säuglingsheimen, Hauspflege, Mütterberatungsstellen u. dergl.

Einsichtige Ärzte unterstützen die Forderungen der organisierten Arbeiterchaft und weisen unserer von den engstirnigsten fiskalischen Interessen beherrschten Regierung Wege, die aus dem geburtsärztlichen Stand unserer Zeit herausführen zu Zuständen, die sich dem von der Wissenschaft erstrebten Ideal nähern. Es stehen hier nur die Geburtshelfer Professoren A. Martin-Berlin, Stumpf-Kölnchen, von Franquès-Gieken, Beckum-Breslau, Leopold-Dresden genannt, die besonders die Notwendigkeit der Errichtung von Wöchnerinnenasyle betonen. Neuerdings hat der Regierungs- und Medizinalrat Dr. Springfeld ein weitläufiges geburtsärztliches Reformprogramm ausgearbeitet. Die Hebammen sollen nicht mehr dem Gewinn nachjagende Gewerbetreibende, sondern Beamte im Dienste der Hygiene sein; vor allem wünscht er, daß Behörden, Ärzte, Hebammen, Wöchnerinnen- und Säuglingsheime und Hebammen-Lehranstalten als Räder einer eng arbeitenden Maschine ineinandergreifen. Springfelds Forderungen deuten sich zu einem großen Teil mit den Reformvorschlügen des Geheimen Sanitätsrates Dr. Brenneke in Magdeburg, der schon seit 30 Jahren für sein Programm eintritt, die Wöchnerinnenasyle zu Zentren einer geburtsärztlich-sozialen Organisation auf geselliger Grundlage zu gestalten. Wöchnerinnenasyle sollen in großer Zahl über das ganze Land verbreitet werden, jeder Frau zugänglich und ihr an Stelle des oft ungeeigneten Heims eine allen Anforderungen der Antiseptik und geburtsärztlichen Technik entsprechende Zufluchtstätte gewähren. Eine organisierte Frauenhilfe soll durch Vermittlung des Anstalts den verlassensten Haushalt und die Familien der in den Anstalten Schutz suchenden Frauen mit Hauspflege versorgen, damit die Wöchnerinnen auch die zur Genesung nötige feilische Ruhe finden können. Je länger der Aufenthalt der Wöchnerinnen mit ihren Säuglingen im Anstalt möglich sein wird, um so mehr wird das Anstalt nicht nur im Dienste der Geburt- und Wochenbetthygiene sein, sondern auch im Dienste der Säuglingshygiene, da die Mütter um so nachhaltiger zum Selbstnähen der Säuglinge angehalten und um so gründlicher in der Pflege und Behandlung der Kinder unterwiesen werden können. Unehelic Mütter wünschen Brenneke einen mindestens dreimonatigen Anstaltsaufenthalt zu ermöglichen. Selbstverständlich ist eine in Wöchnerinnenasyle zentralisierte Pflege auch hinsichtlich des Kostenpunktes rationeller als die häusliche Wochenpflege mit ihrer Kräfteverteilung. Von den Wöchnerinnenasyle aus sollen bedürftige Frauen, die ihre Hauslichkeit nicht verlassen wollen, durch „Wanderkörbe“ teilweise mit Leib- und Bettwärme für die Zeit der Geburt und des Wochenbettes versehen werden. Auch Brenneke wünscht wie Springfeld und viele seiner Kollegen an die Stelle der heute wenig vertrauenswürdigen, in wildem Konkurrenzkampf einander unterbietenden Hebammen sozial, wirtschaftlich und intellektuell gehobene Geburtshelferinnen in beamteteter Stellung zu setzen, von denen man volles Vertrauen für die Antiseptik verlangen kann. Die Wöchnerinnenasyle aber sollen die Stützpunkte und Mutterhäuser für die Geburtshelferinnen nicht nur, sondern auch für die Hebammen- und Säuglingspflegerinnen sein. Von dieser Zentralstelle aus empfangen sie ihre Ausbildung und später

ihre Fortbildung, von hier aus werden sie nach allen Orten, wo man ihrer bedarf, entsandt. Alle nur denkbare, der Geburtshilfe, Wochen- und Säuglingspflege dienenden Kräfte sollen im Zusammenhang mit den Kreis- und Kommunalverwaltungen einen großen, planvoll zusammenarbeitenden Organismus bilden, dem eine staatliche Mutterchaftsversicherung das sozialpolitische Rückgrat zu geben hätte. So weit, so gut. Mit seinem Vorstoß, die gesetzliche Wahrung der Fraueninteressen einer besonderen „Frauenkammer“, gewählt aus den Frauen der oberen Volksschichten, zu übertragen, findet Brenneke jedoch keine Gegenliebe bei uns. Das Frauenwohl, wie wir es für alle gesetzgebenden Körperschaften erstreben, bietet allein die Garantie einer gerechten, unverfälschten Vertretung der Forderungen, die die Frauen im Interesse der Volkswohlfaht in der Mütter- und Säuglingsfürsorge zu stellen haben.

Hieran abgesehen ist uns jedes Erfolge versprechende Mittel zur Veseitigung der aller Kultur Hohn sprechenden Zustände auf dem Gebiete der Geburtshilfe recht. Unsere Regierung aber, die sich gegenwärtig den Kopf darüber zerbricht, wie dem vielbeslagten Geburtenrückgang gesteuert werden könne, müssen wir mit allen Mitteln zu zwingen suchen, daß sie zuerst einmal der sinnlosen Vergewaltigung von Frauen- und Kinderleben ein Ende macht, die sie durch ihre Verwahrlosung der Geburtshilfe verschuldet. Gangbare Wege sind ihr gewiesen: Hic Rhodus, hic salta! Hier ist die Gelegenheit zu zeigen, was Tu kannst!

M. K.

Was schenken wir unseren Kindern?

Die Zeit ist gekommen, wo diese Frage für Eltern, die Kinder haben, zu einer Brenndecke wird. Sie ist des reiflichen Ueberlegens wert, denn in ihrer Lösung entscheidet sich ein Stück Pädagogik, Erziehung. Kurzsichtige, gedankenlose Eltern, besonders wenn sie über ausreichende Geldmittel verfügen, zerbrechen sich hierüber nicht gar zu sehr den Kopf. Wozu denn auch! Recht in diesen Tagen durch die Geschäftskrisen, so sehr ihr unter den vielen, mit allem Raffinement ausgestattetsten Kaufleuten auch nicht wenige, die ausschließlich der Kinderwelt gewidmet sind. Was Phantasie und Technik, Geschmack und Geschmackslosigkeit erfinden und erzeugen haben, hier liegt es aufgeführt in reicher Auswahl. Eltern, die ihren Verstand als Erzieher nicht als das auflassen, was er ist: der schwierigste, beständige und verantwortungsvollste, brauchen nur einzutreten und der Geschäftsinhaber oder Verkäufer wird ihnen schon das — nach seiner Meinung — richtige und passende aussuchen. Es gibt dann wieder andere Eltern, die sich einzig und allein von den Wünschen oder Launen ihrer Kinder leiten lassen und blindlings diesen oder jenen Gegenstand kaufen, weil Freigeld oder Gäh es „durchaus haben will“. Beide Eltern handeln unrecht und sind sich des Fehlers nicht bewußt, den sie hierbei begehen.

Gerade weil die Arbeiter ihre paar Groschen so teuer erwerben und so mühsam zusammenhalten müssen, ist es eine dringende Notwendigkeit, bei der Wahl der Geschenke für die Kinder äußerst sorgfältig und bedachtig zu sein. Und nicht allein darum, weil auch in der Wahl der Spielachen ein Stück Weltanschauung, ein Stück Ueberzeugung zum Ausdruck kommen kann und muß!

Geschenke sollen dem Alter und Verständnis, der Begabung und Veranlagung des Kindes angepaßt sein. Sie sollen nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck sein, sollen zum Denken anregen, auf die Ideenwelt des Kindes befruchtend wirken, sollen schöpferische Tätigkeit auslösen. Sie sollen, wo es die Eigenart des Spielzeugs zuläßt, dauerhaft und insande sein, das Interesse des Kindes länger als nur wenige Stunden oder Tage zu fesseln. Werkzeuge, Gartengeräte, Ras- und Baukästen, Regel- und Ballspiele (nebst Buppen, richtigen Puppen und nicht die neueste Errungenschaft der „Charakterpuppe“), Geduldspiele, Anekdote zum Modellieren und Formen usw. sind alles Dinge, die man mit gutem Gewissen empfehlen kann. Kauft auch Wagen und Pferdchen — aber nimmermehr eine Peltische! Sie ist das Symbol der Mißhandlung, der Entwürdigung, Vergewaltigung und Unterdrückung, sie verleitet leicht zur Roheit und Grausamkeit.

Was aber dringend zu empfehlen ist, das sind Bücher, Lesebücher und Bilderbücher. Was wir aber einleitend gesagt haben, trifft auf Bücher in vollstem Maße zu: Vorsicht! Hier heißt es, aufpassen. Der von Arbeiteltern heute Bücher irgendwelcher Art zu kaufen hat und nicht selbst genug geschult und belesen ist, der erhält schlagemäße Anlehnung und Aufrührung in den alljährlich von berufener Seite veranstalteten Jugendbüchereiausstellungen, die sich zum Grundsatz gemacht haben: das Beste ist gerade gut genug für Arbeiterkinder!

Es braucht sich also niemand greulichen Schand für gutes Geld in die Hände drücken zu lassen, wie er vielfach oder meistens in den Geschäften zu Weihnachts ausgeben wird.

Und aber können wir den Arbeitereltern nicht dringend genug an Herz legen: Kauft keine Säbel, Flinten, Uniformen! Pflanz nicht schon die blöde Militarität in die zarte, empfindliche Kindesseele. Wer das tut, verläßt sich auf seinem Klasseninteresse, an der Kultur, an der Menschlichkeit. Die Eltern mögen sich der Tatsache bewußt sein, daß Jugendleidenschaft oft nachhaltig auf das spätere Leben einwirken. Darum: hinaus aus dem Hause, aus dem Militarismus mit dem Nordwerkzeug! Denkt daran, daß der Militarismus die härteste Säule des Klassenstaates, die letzte verweilte Zuversicht der Arbeiterfeinde, der grimmigste Feind des aufsteigenden Volkes ist! Denkt an die blutige Schmach von Ransfeld, wo die Bajonette und Maschinengewehre sich auf die freilebenden und hungernden Vergleute richteten. Denkt daran, daß bei allen Arbeiterdemonstrationen das Militär mit scharfen Patronen ausgerüstet und marschbereit in den Kasernen stand. Und Jafern! Mit Deutlichkeit hat sich gerade hier gezeigt, welche Gefahren der Militarismus für das Volk in sich birgt. Die Vorgänge in Jafern sollten dem letzten Arbeiter die Augen geöffnet haben.

Du sollst auf Vater und Mutter, auf Bruder und Schwester schießen, wenn ich es befehle! lautet das Gebot der Herrschenden. Wir halten es aber in diesem Falle mit der Bibel, die da sagt, daß die Kinder Vater und Mutter ehren sollen.

In diesem Grundsatz sollen aber auch die Eltern ihre Kinder erziehen. Sie tun es, wenn sie das Nordwerkzeug aus ihrer Wohnung verbannen!

Frauenberufe.

Professorenehrlichkeit. Vor kurzem hat Lily Braun in Köln vor einer großen Frauenversammlung gesprochen. Ihre Rede hat einen Pommer Professor Kumpf so gequält, daß er in der „Kölnischen Zeitung“ einen mehrspaltigen Artikel gegen die sozialistische Frauenbewegung niederlegen mußte. Nur um zu zeigen, mit welcher Gedankenlosigkeit heute noch ein deutscher Professor in einem sogenannten Weibblatt über die Frauenfrage urteilen darf, seien einige Blätter der professoralen Predigt hier festgehalten:

Aber was treibt denn die jungen Mädchen in die Fabrikarbeit? Die Not zwingt sie sicher nicht dazu. Als Dienstmädchen in der Stadt und auf dem Lande ist ihnen viel besser Gelegenheit gegeben, bei guter Ernährung und guter Luft, den Bedürfnissen ihres Körpers gerecht zu werden, als bei einer Tätigkeit, welche vielfach einseitig ist und selten in frischer Luft stattfindet. Aber sie werden in die Fabriken gezogen, teils wegen des höheren Verdienstes, teils durch den Gang zu einer gewissen Freiheit, teils auch deshalb, weil sie dort mehr Gelegenheit haben, mit jungen Burchen zu schäkern und keine oder größere Liebesleiden anzunehmen. Das ist vielleicht der Gesundheit noch weniger zuträglich als die Fabrikarbeit.

Der Herr Professor glaubt also das Arbeiten in der Fabrik als eine Art Langzucht ein. Von der Warnung vor dem „gesundheitgefährlichen“ Schäkern in den Fabriken nehmen wir mit gebührender Ernste Notiz, sind aber der Meinung, daß die zahllosen sittlichen Gefahren, denen bekanntermaßen die Dienstmädchen durch die männlichen Mitglieber ihrer Herrschaft ausgeetzt sind, auch nicht

gerade gesundheitsfördernd wirken. Vielleicht erkundigt sich der schwergelehrte Professor einmal nach dem Anteil, den die Dienstmädchen zur Prostitution stellen.

Daß die freundliche Einladung kommt, die Arbeiterinnen möchten sich gefälligst als Gefolge auf die östlichen Gärten begeben, ist selbstverständlich. Weniger selbstverständlich ist, daß der Herr Professor den gewerblichen Schatz für die Frauen für zu weitgehend hält. Daß die Fabrikarbeit in der Umgebung des Grobverlebens schon mannigfach zu weit gegangen ist, werden selbst einzelne Nationalökonominnen nicht bestreiten. Hier bezeichnet also ein Professor der Medizin den Arbeitstag von zehn Stunden für Frauen als zu kurz. Offenbar hat er nie in ein Buch seiner Berufskollegen über soziale Medizin hineingeraden.

Daß Lily Braun aber auch das Stimmrecht für die Frauen forderte, das hat die Manneslehre des Herrn Professors am tiefsten gekränkt. Er beweist die Ueberlegenheit seiner politischen Schulung über die „unmündigen“ Frauen durch diese föhlichen Einwände:

Mein Einsichtiger wird heute verkennen, daß das allgemeine Stimmrecht für den Reichstag wie ein schwerer Alp auf dem deutschen Volk lastet. Wenn ich vor wenigen Jahren über den Pommer Marktplatz ging, streckte mir regelmäßig ein Dienstmann die Hand hin und bat um einen Groschen für Alkohol. Und dieser Mann soll die gleiche Stimme für den Reichstag haben wie ein ehrfamer Handwerker, der vielleicht zwei Gefellen ernährt, seine Kinder zu tüchtigen Leuten erzieht und durch seine Steuern zur Erhaltung des Staates beiträgt. Hier besteht ein schweres Mißverhältnis. Schon heute kann der Gebildete gegenüber den Auswüchsen des Parlamentarismus schwere Bedenken nicht unterdrücken, und da sollen wir dazu beitragen, daß noch mehr Unmündige und Unerfahrene die Rechte erhalten, auf die Verfassung und auf die Gestaltung des Staates einzuwirken und ihre Wünsche laut und lauter zur Geltung zu bringen.

Gefügnet sei der Dienstmann auf dem Marktplatz zu Bonn! So sehr er auch schwanken mag, er ist die feste Stütze des Herrn Professor Kumpf gegen die anstürmende Frauenbewegung. Freilich hätte der gute Herr noch bessere Vergleiche ziehen können. Ist es nicht noch viel schmächtlicher, daß verloffene, randalierende Pommer Vorrußen wenige Jahre nach ihrem „Studium“ hervorragende Kenner im Lande befeiden? Nur der Unberstand eines deutschen Professors kann diesen Parasiten die wertvollen Kräfte, die in den arbeitenden Frauen schlummern, unterordnen.

Zur Lage der Krankenpflegerinnen. Die Tatsache der Ueberlastung der Krankenpflegerinnen wird durch die Erhebungen bestätigt, die auf Grund eines Bundesratsbeschlusses vom Jahre 1908 gemacht und namentlich für Preußen bearbeitet vorliegen. Danach beträgt in Heilanstalten die durchschnittliche Arbeitszeit 14 Stunden, fast 1200 von 31 000 Pflegerinnen waren jedoch bis 18 Stunden tätig. Lassen schon diese Zahlen erkennen, daß der Tag für die Erledigung der Arbeit nicht ausreicht, so zeigen die Ziffern über den Nachdienst ein ganz trauriges Bild. 9500 Pflegerinnen mußten in 5-8 Stunden lang außer der gewöhnlichen Arbeitszeit verrichten, ohne daß nur eine Ruhepause zwischen Tag- und Nacharbeit eingetreten wäre. Selbst eine Beschäftigungszeit von 30-40 Stunden kam bei einer Reihe von Pflegerinnen ein- bis zweimal im Monat vor! Trotz dieser Ueberanstrengung, die in Industrie und Handel ganz unentbehrlich wäre, konnten 2000 Pflegerinnen, d. h. etwa 7 Proz., überhaupt keinen Urlaub. Es bedarf keiner Erwähnung, daß die Zustände in den anderen Bundesstaaten nicht günstiger liegen. Diese Zahlen beweisen, wie dringend nötig die gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse der Krankenpflegerinnen ist.

Aus der Jugendbewegung.

Die weibliche Arbeiterjugend. Neuerdings ist die staatliche Jugendpflege auch auf die weibliche Jugend ausgedehnt worden. Die Tatsache, daß in der freien Jugendbewegung schon viele Tausende junger Arbeiterinnen vereinigt sind, zwingt die Gegner zu Abwehrmaßnahmen. Es kommen bei dem Kampfe um die weibliche Jugend größere Kräfte in Betracht als die meisten ahnen.

Nach der letzten Zählung gab es im Deutschen Reich 2 443 719 weibliche Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren. Dazu kommen 577 836 Dreizehnjährige, von denen ja auch schon ein Teil erwerbstätig ist. Insgesamt waren 1 585 177 weibliche Jugendliche erwerbstätig. Auch die Gliederung nach Berufen ist interessant: 676 396 sind mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt, 328 793 gingen als Dienstmädchen, als Fabrikarbeiterinnen wurden 355 699 ermittelt. Als kaufmännische Gehilfinnen und Beamtinnen wurden 60 707 gezählt.

Die Frage, wie viele von diesen großen Scharen junger Mädchen organisiert sind, ist nur schwer zu beantworten. Die katholische Jugendzeitung „Die junge Kreudin“ rechnet folgende Zahlen heraus: 6000 Pfadfinderinnen, 1700 Bund deutscher Jugendvereine, 27 630 Deutscher Turnerschaft, 220 000 in den evangelischen Jungfrauenvereinen, 350 000 in den katholischen Jungfrauenvereinen. Der süddeutsche Verband der weiblichen katholischen Jugendvereine gibt 11 500 Mitglieder seines Verbandsorgans an. Diese Aufzählung ist keineswegs vollständig, aber es geht bei aller Ungenauigkeit der Zahlen daraus hervor, daß weit über 1/2 Million junger Mädchen, darunter die erdrückende Mehrheit Arbeiterinnen, von der gegenrührigen Jugendbewegung erfasst sind.

Wie stark die Zahl der Arbeiterinnen unter den 100 000 Mitgliedern der „Arbeiterjugend“ ist, geht aus den Veröffentlichungen leider nicht hervor. Man schätzt sie mit 25 000 bis 30 000 sicher eher zu hoch als zu niedrig.

Diese Zahlen deuten der bürgerlichen Jugendvereine gegenüberstellen, bedeutet zugleich einen Maßstab für die Pflanzarbeit, die wir noch zu leisten haben — wenn auch 10 000 junge Arbeiterinnen in der sozialistischen Schule eine andere Bedeutung haben, als die gleiche Zahl in irgendeinem christlichen Jungfrauenverein, der für die geistige Entwicklung seiner Mitglieder soviel wie nichts tut.

Mutter- und Kinderschutz.

Der Geburtenrückgang in Oesterreich. Die „Statistischen Monatshefte“ teilen mit, daß seit dem Jahre 1891 die Geburtenzahl beständig zurückgegangen ist. In diesem Jahre betrug die Zahl der Geburten noch 440, in wenigen Jahren ist sie auf 387 gesunken und 1911 betrug sie nur noch 315. Dieser Geburtenrückgang wirkt heute vor allem in den größten Städten und Bezirken, so in den nordmährischen Weiberbürgern, wo der Rückgang der Bevölkerung durch eine starke Auswanderung noch vermehrt wird. Dort gibt es Bezirke, die von Jahrzehnt zu Jahrzehnt an Menschen abnehmen. Es haben trotzdem aber die Herrschenden in Oesterreich noch immer andere Sorgen als die Vinderung dieser Not, die für die gesamte Entwicklung des Landes so überaus gefährlich ist.

Die „Deutsche Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht E. V.“ hielt am 5. d. M. ihre Generalversammlung ab. Wie die Vorsitzende Frau Francis Skarrel berichtete, sind in der Arbeit große Fortschritte zu verzeichnen. Die Zahl der bearbeiteten Einzelfälle ist auf 928 gestiegen, denen durch die über Groß-Berlin verstreuten 8 Auskunftsstellen geholfen wurde. Es handelte sich um Bekämpfung von Unter- und Nachzahlung, Arbeit, Vormundschaft, Hauspflege, Unterstufungen, Beholdungsaufenthalt, ärztliche Hilfe, Pflegestellen usw.: 353 Mütter (vor, resp. nach der Entbindung) mit 6689 Bepflegungsstagen und 220 Kinder mit 3970 Tagen konnten in das Heim „Mütterhilfe“ aufgenommen werden. Die Poliklinik für Frauen und Kinder, Dählendorfer Straße 14, wurde stark besucht. Seit März gibt die Gesellschaft eine eigene Zeitschrift heraus. Die Deutsche Vereinigung Mutter- und Säuglingschutz, Nordböhmens E. V. hat sich der „Deutschen Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht E. V.“ angeschlossen. Der Kassierer Dr. Abraham gab den Kassensbericht, der bei einem Ausgabenetat von 17 708 M. mit einem Saldo von 3588 M. abschließt. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Am 15. d. Mts. verstarb unser
Genosse, der Genosse
Karl Wolf
Suggenbagenstraße 1. Bez. 716.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag nachmittags 3 Uhr,
von der Halle des alten Sophien-
Kirchhofes in der Bergstraße aus
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Hiermit die traurige Nachricht,
dass meine liebe Frau, unsere
gute Mutter, Frau
Katharina Becker
geb. Horn
am 16. Dezember, früh 4 Uhr,
sanft entschlafen ist.
Um stille Teilnahme bittend,
zeigen dies tiefbetrübt an
Paul Becker nebst sechs Söhnen.
Die Beerdigung findet Freitag,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Halle des neuen Luisen-Kirch-
hofes, Westend, aus statt.

**Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.**
Ortsverwaltung Charlottenburg.
Den Kollegen zur Nachricht, dass
die Frau des Kollegen **Paul
Becker**
Katharina Becker
verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 19. Dezember, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Luisen-Kirch-
hofes, Westend, aus statt.
74/6 **Der Vorstand.**

Dankfagung.
Für die liebevolle Teilnahme und
die zahlreichen Kranzspenden anläß-
lich des Hinscheidens meines lieben
Mannes, des Genossen
Rudolf v. Pretschewski
sage ich allen Freunden, Gästen und
Bekanntem meinen herzlichsten Dank.
Helene v. Pretschewski.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung des
Hinterbliebenen **Edwin Krause**
sage allen herzlichsten Dank.
Am Namen der Hinterbliebenen
Emilie Krause geb. Obst.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und zahlreichen Kranz-
spenden beim Hinscheiden meiner
lieben Frau, unserer guten Mutter,
sagen wir allen Verwandten und Be-
kannnten, insbesondere den Wierern
des Hauses Gurovstr. 40 und Wangel-
straße 61, unseren tiefgefühlten Dank.
Hermann Kutter nebst Söhnen.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und Kranzspenden bei der
Beerdigung meines lieben Mannes
und guten Vaters
Karl Schulz
sagen wir allen, welche ihm die
letzte Ehre erwiesen, unseren herzlichsten
Dank.
Frau Witwe Schulz
und Kinder.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung
meines lieben Mannes
Oskar Hoffmann
sage ich hiermit allen Verwandten,
Freunden und Bekannten, seinen
Kollegen, dem Wahlverein des sechsten
Kreises, dem Metallarbeiterverband,
sowie den Sängern im Namen der
Hinterbliebenen meinen herzlichsten
Dank.
Anna Hoffmann.

Für die herzliche Teilnahme und
zahlreichen Kranzspenden anläßlich
der Bestattung unseres lieben Bruders,
Schwagers und Onkels
Ernst Zimmermann
hiermit allen Freunden, Genossen
und Kollegen unseren herzlichsten
Dank.
Am Namen der trauernden Hinter-
bliebenen
Erich Zimmermann, Eichwalde.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und Kranzspenden, ins-
besondere für die trostreichen Worte
des Stadtverordneten Herrn Geiger
bei der Bestattung unserer geliebten
einzigen Tochter und Schwester
Margarete Kalweit
sagen wir allen Beteiligten unseren
herzlichsten Dank.
**Franz Kalweit und Frau
nebst Söhnen.**
**Blumen- und Franzbinderei
von Robert Meyer,**
Zn.: P. Golletz
Narlanenstr. 2. Tel. Mpl. 346



Außerdem genießen
neue Kunden den grossen Vorteil der
Gratis-Weihnachts-Bescherung sowie **10% Rabatt**

auf die von ihnen geleistete Anzahlung. Kein Kredithaus Berlins ist auch nur
annähernd in der Lage, seinen Kunden so viele Annehmlichkeiten bieten zu können, als
die für Einkäufe auf Teilzahlung einzig und allein in Betracht kommende Firma

KREDIT-FEDER

Hauptgeschäft **Norden, Brunnenstrasse 1** Hauptgeschäft
Filiale **Frankfurter Allee 89** Filiale **Kottbuser Damm 103**
Osten: Filiale **Westen:**

Charlottenburg, Scharrenstrasse 5 am Wilhelmplatz
Der unbeschränkten Witterung wegen besonders billige Preise auf Konfektion für

Herren, Damen, Kinder

Anzüge ULSTER Kleider ULSTER
Paletots Kostüme
Hosen, Westen, Joppen Röcke, Blusen, Jupons

1 Mark Wochenrate 4 Mark Monatsrate

Pelz-Kolliers, Muffen in den einfachsten und elegantesten Pelzarten
Damenwäsche, Damenhüte Schuhwaren für Herren, Damen, Kinder

Jede Abteilung gleicht einem Spezialgeschäft
Bevor Sie anderweitig kaufen besichtigen Sie im nächsten Interesse
meine tausendfältige Auswahl, meine
prima Qualitäten und meine billigen Preise.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.

Der Weihnachtsfeiertage wegen sind die Büreaus
und Arbeitsnachweise geschlossen:
**Mittwoch, den 24. Dezember, nachmittags, Donnerst-
tag, den 25., Freitag, den 26., und Sonnabend, den
27. Dezember, den ganzen Tag, Mittwoch, 31. De-
zember, nachmittags, und Donnerstag, den 1. Januar.**

Achtung! **Achtung!**
Die **Arbeitslosen - Unterstützung,**
welche am Mittwoch, den 24. Dezember, fällig ist, wird schon am Dienstag,
den 23. Dezember, mit ausbezahlt. Die arbeitslosen Kollegen, deren
Unterstützung am Donnerstag, den 25., Freitag, den 26., und Sonn-
abend, den 27. Dezember, fällig ist, geben am Dienstag, 23. Dezember,
in den Arbeitsnachweisen Mitgliedsbuch und Arbeitslosenkarte ab und
erhalten am Mittwoch, den 24. Dezember, vormittags, in der für
Sonnabend schließlichen Reihenfolge Geld.

Achtung! **Achtung!**
Die Weihnachts-Unterstützung an Arbeitslose, die von
Partei und Gewerkschaften gezahlt wird, kommt für Verbands-
mitglieder am
Freitag, den 19., und Sonnabend, den 20. Dezember,
im Gewerkschaftshaus, Saal IV (gr. Saal), zur Auszahlung.
Quittungen zur vorherigen Ausgabe an die Mitglieder sind
in den Büreaus und Arbeitsnachweisen in Empfang zu nehmen.
Die Auszahlung erfolgt genau in der auf den Quittungen
angegebenen Reihenfolge.
Mitgliedsbuch und Arbeitslosenkarte ist mitzubringen.
Die Ortsverwaltung.

**Ortskrankenkasse
der Gürtler zu Berlin.**
Am Montag, den
22. d. Mts., abends 6 Uhr, im Ge-
werkschaftshaus (Saal I), Eng-
luster 15, stattfindenden
außerordentlichen
General-Versammlung
werden die Herren Vertreter der
Arbeitgeber und der Stammmitglieder
hiermit ergebenst eingeladen.
Tagesordnung:
1. Beschlußfassung über die neue
Krankensatzung nach § 347 RStG.
2. Verschiedenes. 301/20
Anfragen und Beschwerden, zu denen
die Ansicht der Geschäftsleiter er-
forderlich ist, sind dem Vorstande bis
zum 20. d. Mts. schriftlich zu unter-
breiten.
Die Versammlung wird pünktlich
eröffnet.
Eine Vertretung ist unzulässig.
Berlin, den 17. Dezember 1913.
Der Vorstand.
Ewald Ziesack, Vorsitzender.

Bekanntmachung.
Die durch die Generalversammlung
am 28. April 1913 beschlossene neue
Satzung der Ortskrankenkasse der
Schlosser und verwandten Gewerbe
zu Berlin nebst der Wahlordnung ist
vom Königl. Oberverwaltungsamt
Groß-Berlin unterm 22. November
dieses Jahres genehmigt worden.
Sie tritt am 1. Januar 1914 in Kraft.
Druckexemplare der Satzung wer-
den in ausreichender Zahl den ein-
zelnen Betrieben übersandt und können
sam 24. Dezember d. J. ab dort ein-
gefordert werden. 301/18
Freiwilligen Mitgliedern wird die
Satzung im Rahmenlokal, Berlin,
Tintenstr. 5, in den Stufenstunden
von 8-1 Uhr eingehändigt werden.
Berlin, den 18. Dezember 1913.
Der Vorstand
der Ortskrankenkasse der Schlosser
und verwandten Gewerbe zu Berlin.
Im Auftrage:
Walter Lubatsch, Robert Krüger,
Vorsitzender. Schriftführer.

**Allgemeine
Ortskrankenkasse
für den
Stadtbezirk Cöpenick.**
Gemäß § 8 der Wahlordnung für
die Vorstandswahlen der Allgemeinen
Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk
Cöpenick werden die wahlberechtigten
Ausgangsmitglieder hiermit benach-
richtigt, daß die eingereichten Wahl-
vor schläge geprüft und für gültig be-
stimmten worden sind.
Da sowohl auf dem für die Arbeit-
geber als auch auf dem für die Ver-
sicherten eingereichten Wahlvorschlages
im ganzen nur sozial wählbare Ge-
werber benannt worden sind, als zu
wählen waren, so gelten gemäß § 9
und 10 der Wahlordnung die vor-
geschlagenen Bewerber als gewählt.
Die zum 30. Dezember 1913 an-
gesetzten Wahltermine zwecks Vor-
nahme der Vorstandswahlen seitens
der Ausgangsmitglieder - Arbeit-
geber und Versicherte - werden
hiermit aufgehoben.
Der von den Arbeitgebern ein-
gereichte Wahlvorschlages (4 Vertreter,
8 Ersatzvertreter), eingereicht durch
das Ausgangsmitglied Herrn Wilhelm
Wahne, Gutendbergstr. 10, Stell-
vertreter Herr Richard Reiffel,
Häckerstr. 43, beginnt mit dem
Namen Richard Bauch, Kaufmann,
Schloßstr. 2.
Der seitens der Versicherten ein-
gereichte Wahlvorschlages (8 Vertreter,
16 Ersatzvertreter), eingereicht durch
das Ausgangsmitglied Herrn Wilhelm
Gudat, Remmingsstr. 20, Stell-
vertreter Herr Hermann Schulz,
Kaiser-Wilhelm-Str. 33, beginnt mit
dem Namen Otto Nidetz, Expedient,
Gutendbergstr. 20. 261/2
Die Vorschläge resp. die beiden
Listen der nummehr gewählten Vor-
standsmitglieder können im Rahmen-
lokal der Allgemeinen Ortskrankenkasse,
Berliner Str. 3 (Eingang
Gutendbergstraße) während der Zeit
von 8-1 Uhr vormittags eingesehen
werden. Etwaige Einsprüche sind
innerhalb 2 Wochen vom Tage dieser
Bekanntmachung ab gerechtfertigt bei
dem Vorstande der Allgemeinen
Ortskrankenkasse oder bei dem Ver-
sicherungsamt Cöpenick einzulegen.
Cöpenick, den 16. Dezember 1913.
Der Vorstand.
Otto Nickel, Wilhelm Plohm,
Vorsitzender. Schriftführer.

**Ortskrankenkasse
der Gürtler zu Berlin.**
Am Montag, den
22. d. Mts., abends 6 Uhr, im Ge-
werkschaftshaus (Saal I), Eng-
luster 15, stattfindenden
außerordentlichen
General-Versammlung
werden die Herren Vertreter der
Arbeitgeber und der Stammmitglieder
hiermit ergebenst eingeladen.
Tagesordnung:
1. Beschlußfassung über die neue
Krankensatzung nach § 347 RStG.
2. Verschiedenes. 301/20
Anfragen und Beschwerden, zu denen
die Ansicht der Geschäftsleiter er-
forderlich ist, sind dem Vorstande bis
zum 20. d. Mts. schriftlich zu unter-
breiten.
Die Versammlung wird pünktlich
eröffnet.
Eine Vertretung ist unzulässig.
Berlin, den 17. Dezember 1913.
Der Vorstand.
Ewald Ziesack, Vorsitzender.

**Allgemeine
Ortskrankenkasse
Berlin-Weißensee.**
Unsere Bekanntmachung vom
16. Dezember 1913 betreffend die
Vorstandswahlen wird dahin be-
richtigt:
Als ordentliches Vorstandsmitglied
ist nicht der Kaufmann Richard
Friedmann, sondern der Kaufmann
Ernst Friedmann,
Berlin-Weißensee, Viktoriusstr. 96,
als gültig gewählt anerkannt worden.
Berlin-Weißensee, 17. Dezember 1913.
Der Vorstand. 261/3
K. Fuhrmann, Vorsitzender.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Maler etc.
Reliengstr. 28. Verwaltungsstelle Berlin. Geöffnet u. 9-11 Uhr.
Freitag, den 19. Dezember 1913, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder - Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engluster 15.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1913. 2. Wichtige Mitteilungen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.
Achtung! **Bewilligte Bäckerei.** **Achtung!**
Meiner geehrten Kundenschaft und Nachbarschaft zur Kenntnis, daß die
Differenzen mit dem Vertrauensmann der Bäcker und Konditoren und
dem unterzeichneten Bäckermeister zur beiderseitigen Zufriedenheit geregelt
sind. Es ist mein Bestreben, nur gute, schmackhafte Ware zu liefern,
um das volle Vertrauen meiner wertvollen Kundenschaft dauernd zu erwerben.
3145
Bäckermeister Melletat, Zorndorfer Str. 20.
Dies bezeugt: Vertrauensmann d. Bäcker u. Konditoren Berlins u. Umg.

imit. (Klein gemusterte)
**Haargarn-(Bouclé)-
Teppiche**
grau, blau, oliv oder rot Fond
Größe 130x190 cm M. 750
zirka
• 160x225 . . 1150
• 190x290 . . 1650
Vorlag. Größe 50x100 cm 1,25
Nach ausw. per Nachnahme.
Teppich - Spezialhaus
**Emil
Lefèvre**
Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158

**1 Partierichgestickt.
Plüschdecken**
4, 6, 8, 10 M. bisher 8 bis 15 M.
**Weihnachts-
Extraliste u. Katalog**
enorm billiger Geschenkartikel
(600 Abbild.) gratis. franko
**Auch Sonntags
bis Weihnachten geöffnet.**

**Gemeinsame
Ortskrankenkasse
für
Berlin-Lichterfelde.**
Die Wahl am 16. Dezember 1913
der Vertreter zum Ausschuss der All-
gemeinen Ortskrankenkasse Berlin-
Lichterfelde (Verpflichtete) ergab folgen-
des Resultat:
Es wurden abgegeben
691 Stimmen.
Davon entfielen
auf Liste 1 . . 49 Stimmen
2 . . 332
Ungültig waren 19 Stimmen.
Es erhielt danach Liste 1. 21 Ver-
treter, laufende Nr. 1-21 und 42 Er-
satzmänner, laufende Nr. 22-63.
Liste 2 erhielt 19 Vertreter, laufende
Nr. 1-19 und 38 Ersatzmänner,
laufende Nr. 20-57.
Einsprüche gegen die Gültigkeit der
Wahl sind innerhalb einer Woche
nach Bekanntgabe des Resultats beim
Vorstand der Krankenkasse oder beim
Versicherungsamt des Kreises Teltow
einzulegen.
Berlin-Lichterfelde, den 17. Dezem-
ber 1913.
Der Vorstand.
M. Langenfeld, Vorsitzender.

**Knaben- und
Jünglings-Garderobe**
Großes Lager
In jeder Ausführung, nur eigene
Anfertigung,
zu sehr billigen Preisen.
Herren-Garderobe nach Maß
**Karl Hustadt, Koppstr. 85,
partiers.**
2 Minuten vom Schlei-Bahnhof.

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

**Miet-
Pianos**
**6
Mark**
pro Monat an unter Anrechnung
der Miete bei späterem Kauf u.
Vereinbarung.
Bei Barzahlung höchsten Rabatt.
Bei Teilzahlung kleinste Raten
ohne jede Anzahlung.
Permanente Ausstellung
von über 200 Pianos,
Flügeln u. Harmoniums.
**Pianohaus
Krause,**
Ansbacher Str. 1,
Ecke Kurfürstenstraße.

Weihnachtsbescherung für die Kinder der Arbeitslosen

am Dienstag, den 23. Dezember 1913, nachmittags präzise 8 Uhr, in folgenden Lokalen:

- Neue Welt**, Hafensp. 108/114. Eintrittskarten rote Farbe.
- Obiglio** (früher Keller), Roppenstr. 29. Eintrittskarten gelbe Farbe.
- Brauerei Friedrichshain**. Eintrittskarten grüne Farbe.
- Ballschwieder**, Vabstr. 16. Eintrittskarten braune Farbe.
- Pharus-Säle**, Müllerstr. 142. Eintrittskarten lila Farbe.
- Moabiter Gesellschaftshaus**, Bielestr. 24. Eintrittskarten weiße Farbe.
- Niples Festräume**, Dennewitzstr. 13. Eintrittskarten rosa Farbe.

Programm:

Weihnachtsansprache, Kauger, Märchenabläufe mit Lichtbildern.

Beim Betreten des Saales ist die Eintrittskarte dem Kontrolleur vorzuzeigen, worauf die Kinder, die Mütter oder Auserwählten der Kinder so viel Karten so viel Konfektstücken erhalten.

Die zweite Hälfte der Karte ist bis zum Schluß aufzubewahren, um sie beim Hinausgehen abzugeben, wofür dann das Weihnachtsgeschenk behauptet wird.

Wir bitten die Arbeitslosen, darauf zu achten, daß sie sich in dem Bureau ihrer Gewerkschaft die Eintrittskarten zur Kinderbescherung für das Lokal fordern, das ihrer Wohnung am nächsten liegt.

Bei Verwendung der Gutscheine beim Wareneinkauf ist folgendes zu beachten:

- Jeder Inhaber eines Gutscheines lese diesen genau durch.
- Die Gutscheine gelten für alle Geschäfte der Warenhäuser
- A. Wertheim, W. Wertheim, Hermann Tich, A. Jandorf und Stein**

und zwar für alle Waren ohne Unterschied. Jeder Gutschein muß im einzelnen oder im ganzen verausgabt werden.

Geld wird aus einem Gutscheine nicht herausgezahlt, dagegen fließt es jedem Inhaber frei, seine 2 resp. 4 Gutscheine auszugeben, wo er will.

Beim Betreten eines der genannten Warenhäuser löst sich der Käufer gegen Vorzeigung seines Gutscheines eine Sammelkarte oder ein Buch, um sich nach Belieben die Gegenstände auszusuchen und sie an der Sammelkasse in Empfang zu nehmen.

Warenhäuser, die im allgemeinen Rabatt gewähren, haben diesen Rabatt auch den Gutscheinhabern, wie jedem Käufer, der mit Geld bezahlt, zu geben.

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins u. Umg.
Eugen Crupi.
Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.
Alwin Rörten.

Partei-Angelegenheiten.

Trebbin. Am Sonnabend, den 20. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Schützenhaus (H. Fromm): Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kasse und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht von der Verhandlungs- Generalversammlung. 3. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes.

Bernau. Die Zentralbibliothek wird Freitag, den 19. Dezember, eröffnet. Es werden nur noch Freitag von 8-9 Uhr Bücher ausgeliehen.

Berliner Nachrichten.

Von der städtischen Allertweltanstalt.

Das städtische Obdach muß heute den verschiedensten Zwecken dienen. Untergebracht ist in den Räumen in der Feffelstraße das nächtliche Obdach — Eihl genannt — und ferner das Familienobdach, außerdem dient die Anstalt als Krankenstation, als Geschlechtskrankenhaus, selbst Sieche in dem schlimmsten Stadium befinden sich im Obdach. Beispielsweise liegt eine Frau in der Anstalt, die im höchsten Grade an der Lungenkrankheit leidet, eine andere hat die Rückenmarkschwindsucht so schlimm, daß sie bei jedem Schritt, den sie macht, zusammenbricht. Steht man sich vor, daß für diese Kranken weder die geeigneten Einrichtungen noch das Wärterpersonal vorhanden sind, so wird einem fühlenden Menschen der ganze Jammer klar werden, der in einer Anstalt herrschen muß, zu deren Aufgabe weder die Krankenpflege noch die Siechenwartung gehört. Die Krankenhäuser nehmen diese Unglücklichen nicht ab, weil — sie nicht mehr Gegenstand der Krankenpflege sind —. Die Siechenanstalten lehnen die Aufnahme ab, weil sie entweder keinen Platz haben oder erst die Garantie haben wollen, ob — die Leute unbestraft und hier unterstützungsberechtigt sind. Beides soll erst von der Armendirektion festgestellt werden. Das kostet Zeit und während dieser Zeit liegen die Kranken zwischen den Seiden, gefährden diese oder stören ihnen Entsetzen ein. Das kann man begreifen, wenn wir daran erinnern, daß z. B. ein Lupuskranker bis zu sechs Monaten unter den gesunden Hospitalisten sich befinden darf. Man kann es verstehen, wenn die Deputation des Obdaches sich mit Händen und Füßen dagegen wehrt und ferner Einspruch erhebt, etwa noch männliche Geschlechtskranken, wenn auch nur in einzelnen Fällen, dort zu behalten. Es ist nur richtig, wenn verlangt wird, daß in Fällen, in denen es der Arzt für notwendig erachtet, ohne vorherige Zustimmung der Armendirektion solche Kranke sofort der Siechenanstalt zuzuführen. Es ist zu verlangen, daß der Magistrat diesem Antrag der Deputation beitrifft.

Dringend wünschenswert ist es natürlich, daß das Obdach überhaupt von Dingen entleert wird, die mit dem Zweck des Obdaches nichts zu tun haben, sonst hätten unsere Genossen recht, die da meinten, es schalte im Obdach nur noch ein Säuglingsheim das im kleinen Maße auch schon da ist) und eine Altersberufungsanstalt für invalide Stadträte, dann wäre so ziemlich alles was man sich denken konnte im Obdach!

Vor einiger Zeit konnten wir aus dem Obdachuratorium berichten, daß die Verpflegungslage für die Insassen des Obdaches und des Arbeitshauses sowie für deren Personale heraufgehoben waren (sonst mit Rücksicht auf die Preissteigerungen; leicht war das nicht gewesen. Sachverständige, Ärzte wurden gehört und nur mit Rücksicht darauf, daß selbst die Verpflegungslage in den Gefängnissen höhere sind, gelang dies. Jetzt sind die Säge auf Anregung des Herrn Rämmerers wieder um 2-10 Pf. gekürzt worden.

Der Herr Rämmerer will sparen, und — wo wäre das wohl angebracht anzufangens als bei den Kernsten der Armen.

Die nächste Kuratoriumssitzung wird sich mit dieser Frage nochmals beschäftigen. Durch eine kleine Aufbesserung der dienstältesten Hausdiener scheint man endlich auch den Weg betreten zu wollen, erfahrenes Personal an das Obdach zu stellen.

Frauen in die Armendirektion!

In 32 deutschen Städten sitzen in der Armendirektion auch Frauen, nur in Berlin nicht. Zwar sind zahlreiche Frauen in vielen Armenkommissionen mit Erfolg tätig, aber in der Armendirektion, der Spitze des städtischen Armenwesens, fehlen Frauen. Man hat bisher in Berlin geltend gemacht, daß nach der Städteordnung Frauen in Deputationen nicht sitzen könnten, obwohl andere Städte anderer Ansicht sind. Die Armendirektion ist vor mehr dem Jahresfrist nach längerer Beratung zu dem Resultat gelangt, daß es wünschenswert sei, wenn auch Frauen in der Armendirektion mitwirken. Aus besonderem Anlaß beschloß vor einiger Zeit die Stadtverordnetenversammlung, dem Ausschuß zur Wahl unbescholtener Gemeindebeamten die Frage zur Erwägung zu überweisen, ob nicht Frauen in die Armendirektion zu wählen seien. Der Ausschuß überwies diese Frage dem Magistrat, der durch den Stadtsyndikus ein Gutachten erlangen ließ. Dieses Gutachten kommt zu dem Resultat, daß Frauen in die Armendirektion zugelassen seien. Die sozialdemokratische Fraktion schlug nunmehr eine Frau als Bürgerdeputierte vor. Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung wählte aber eine männliche Person, und zwar, wie unter der Hand gesagt wurde, nur deshalb, weil dieser Vorschlag früher schon vorgelegen habe. Um nun diese Sache auf einen festen Boden zu stellen, hat die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag eingebracht:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:
a) Den Magistrat zu ersuchen, einer Vermehrung der Armendirektion um drei durch Bürgerdeputierte zu besetzende Stellen zuzustimmen;
b) für diese drei neuen Stellen Frauen zu wählen.“

Es wird sich nun zeigen, welche Stellung die Stadtverordnetenversammlung zu der Frage endgültig einnimmt.

Der Bezug russischen Fleisches eingestellt.

Die Einfuhr russischen Fleisches hat in diesem Winter einen weit geringeren Umfang angenommen, als im vorigen Jahre. Einerseits ist die Nachfrage geringer, weil infolge der Arbeitslosigkeit gerade diejenigen Bevölkerungsschichten, welche das russische Fleisch wegen seiner Billigkeit kauften, jetzt auch noch so billiges Fleisch nicht sich leisten können. Andererseits findet diesmal das Angebot von Fleisch in weit weniger Läden statt als im Vorjahre, weil der Konsumverein nicht in der Lage war, Verkaufsstellen für Fleisch einzurichten, und zwar deshalb nicht, weil bei Beginn des winterlichen Fleischbezuges der preussische Landwirtschaftsminister die Genehmigung zur Fleischzufuhr unter Vergütung der halben Zolls und ermäßigter Fracht nicht auf die gesetzlich in Aussicht gestellte Zeit (31. März 1914) erteilt hat, sondern nur bis 31. Dezember 1913. Die Folge davon war, daß der Konsumverein mit Recht Bedenken trug, auf diese kurze Frist bis zum Schluß des Jahres 1913 Aufwendungen für den Fleischverkauf zu machen. Der preussische Landwirtschaftsminister hat denn auch mit seiner Antwort glücklich bis zum 9. Dezember geögert, an dem von unserer Seite im Reichstag die Anfrage an den Reichskanzler wegen Weitergewährung der Zollermäßigung über den 1. April 1914 hinaus zur Verantwortung stand und die Staatsberatungen begannen.

Die gemischte Deputation hat nun am Mittwoch mit allen gegen die drei Stimmen unserer Genossen beschlossen, die Einfuhr russischen Fleisches von den ersten Tagen des Januar ab vorläufig einzustellen. Schweinefleisch ist augenblicklich in Rußland teurer als in Berlin, und Rindfleisch, das dort billiger ist als bei uns, kann ohne gleichzeitigen Bezug von Schweinefleisch nicht in rentabler Weise bezogen werden, da die Spesen dann zu hoch sind.

Wir haben ja von vornherein es als eine wenig genügende Maßnahme bezeichnet, daß Reichstag und Bundesrat eine Ermäßigung des Zolls, nicht eine völlige Aufhebung zugestanden hatten. Auch konnte die nur vorübergehend gestattete Einfuhr nur zu vorübergehenden Geschäftsverbindungen der Stadt für den Fleisch- und Verkauf führen, wodurch unmöglich wurde, bei Schwankungen des ausländischen Marktpreises die erforderliche Stetigkeit des Bezuges zu sichern.

Auf jeden Fall aber hat das Vorgehen der Stadt bewiesen, daß die Versorgung mit ausländischem Fleisch zu guten Resultaten führen müßte, wenn nicht die zugunsten der Agrarier gestattete Gesetzgebung hemmend dazwischen treten würde. Sobald die Berliner Fleischpreise wieder in die Höhe gehen sollten, würde die Stadt sicherlich die ihr noch gewährte Frist bis Ende März 1914 zur weiteren Einfuhr russischen Fleisches ausnützen.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse der Maurer sendet und unter Bezugnahme auf unsere in der Nr. 323 enthaltene Notiz unter der Überschrift „Unsozial“ eine Zuschrift, die wir folgendes entnehmen:

„Die Bestellung eines Vertrauensarztes in der diesseitigen Klasse ist bereits im Jahre 1899 durch einstimmigen Beschluß der gesamten Vertreter in der Generalversammlung und des Klassenvorstandes erfolgt und ist bisher eine berechtigete Klage von den Mitgliedern — mit Ausnahme von einzelnen Personen, denen nicht jeder Wunsch erfüllt werden konnte und deren es wohl in jeder Gemeinschaft einige gibt — darüber nicht erhoben.“

Der seit Bestehen der Einrichtung tätige Arzt ist aus der Mitte der Klassenärzte gewählt und genießt sowohl unter diesen, wie auch unter den Mitgliedern hohes Vertrauen, da er seine Tätigkeit in objektiver Weise ohne Ansehen der Person ausübt. Derselbe ist nicht bloß Vertrauensarzt der Verwaltung, sondern wird auch von den Mitgliedern aus eigenem Willen aufgesucht, um seinen Rat einzuholen und bei kleineren Beschwerden einzelne passende Mittel vorzubereiten zu bekommen.

Die so scharf kritisierte Maßnahme, daß auf dem Arzneischein der Befund des Vertrauensarztes vermerkt wird, geschieht nur bei denen, wo der Arzt trotz sorgfältigster Untersuchung nicht den geringsten objektiven Befund nachweisen kann und das Mitglied trotzdem weitere Behandlung fordert. Hierdurch soll der dann behandelnde Arzt veranlaßt werden, alsdann eine genaue Nachprüfung vorzunehmen.

Außerdem ist der jeweilige Ratgeber der Klassenverwaltung unerlässlich zur Nachprüfung von außergewöhnlichen Verordnungen bei größeren Krankheiten, Gewährung von Kurven in den Heimstätten usw., sowie der Rechnungen auswärtiger Ärzte usw. Auch die den Versicherungsanstalten und den Berufsvereinigungen gegenüber den Krankenkassen gewährten Sonderrechte zwingen die Krankenkassenverwaltungen, einen ärztlichen Rat-

geber zur Seite zu haben, um den ihnen gestellten Aufgaben gerecht werden zu können.“

Soweit die Zuschrift. An unseren Darlegungen wird dadurch nicht das mindeste geändert. Alle Personen, die nach der Klasse kommen, auch solche, die nur einen Medizinischen haben wollen, erst durch den Vertrauensarzt daraufhin prüfen zu lassen, ob sie erwerbsunfähig sind, oder aber, ob die Erwerbsunfähigkeit länger als drei Tage dauern könnte, ist ein Verfahren, welches als unsozial empfunden werden muß angesichts der Tatsache, daß diese Leute doch ohnehin zu ihrem Klassenarzte gehen müssen. Entweder man hat zum Klassenarzt Vertrauen oder nicht. Eins kann es doch nur geben. Hat man kein Vertrauen zum Klassenarzt, so bleibt lediglich die Anstellung von Vertrauensärzten übrig. Natürlich ist es Sache der Mitglieder, ob sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind. Sind sie es, so begeben sie sich allerdings des Rechts, Klage zu führen.

Die städtische Hochdeputation beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung unter dem Vorsitz des Stadtrats Roske mit den speziellen Entwürfen und den Kostenschätzungen zu dem Neubau eines Krankenhauses für Lungen- und Kehlkopfleidende in Buch. Von dem jüdischen 8 Millionen Kosten betragenden Bauprojekt werden zunächst zur Ausführung gelangen das Wohnhaus für die Direktion, zwei Pavillons für Männer und ein Pavillon für Frauen mit einer Gesamtsumme von 1 400 000 Mark. Genehmigt wurden ferner die Kostenschätzungen über die Errichtung einer Säulenhalle in der 40. Gemeindegasse, Gneisenaustr. 7 und einer weiteren Säulenhalle im Hause Naunhofer. 68 für Schülerinnen der Mädchenfortbildungsschule der städtischen Kaiserdeputation. Weitere Zustimmung erteilte die Deputation dem Entwurf und Kostenanschlag betreffend den Erweiterungsbau der 95. Gemeindegasse, Heinersdorfer Str. 18, der Errichtung von Räumen für den Zug 22 der Feuerwache 8, Panstr. 1, der Verstellung einer Kuchenhalle nebst Zubehör im Backstubegebäude der städtischen Zentrale in Buch und der Vergrößerung der Garderobe in der Turnhalle beim Humboldt-Gymnasium in der Gartenstraße.

Stadtbaurat Hoffmann unterbreitete den Anhang zum Hochbaudeckungsplan für 1914 zur Kenntnisnahme. Die angeforderte Summe in den einzelnen Verwaltungen, für welche die Hochdeputation zuständig ist, beläuft sich auf 12-14 Millionen Mark, gegen neun Millionen im letzten und elf Millionen im vorliegenden Etat. Mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit im Baugewerbe war die Deputation der einstimmigen Ansicht, daß alle Arbeiten, für die Mittel bewilligt sind, sogleich in Angriff genommen werden. Gemeint sind auch solche Arbeiten, die für den inneren Ausbau erst später in Frage kommen, die sich aber vorzeitig anfertigen lassen. Die einzelnen Bauämter sind ferner angewiesen, streng darauf zu achten, daß die Unternehmer ortsansässige Arbeiter beschäftigen und daß bei Vergebung der Arbeiten solche Arbeitgeber Berücksichtigung finden, die die tariflich festgelegten Löhne zahlen.

Für ruhebedürftige Kranke. Das Haus Johannisstraße 14/15 beherbergt mehrere private Heilanstalten, darunter eine für Unfallkranke und eine Nervenheilanstalt. Wir haben früher einmal die von Kranken und vorgezogene Beschwerde wiedergegeben, daß es in diesem Hause unangenehm laut zugeht. Auf demselben Grundstück befinden sich nämlich noch Geschäfte und Werkstätten, die mancherlei störenden Lärm verursachen. Daß jetzt auch ein Sargmagazin hier sein heim hat und seine „Waren“ den Anfassern und Besuchern der auf dem Grundstück untergebrachten Heilanstalten nachsehend vor Augen rückt, sei nebenbei erwähnt. Das Sonderbarste ist, daß ein paar der Anstalten indirekt selber zur Minderung des Lärms beitragen. Es handelt sich um eine für arbeitende Werkstätte, die im Erdgeschoß des Quergebäudes eingerichtet ist und allerlei Apparate für Orthopädie herstellt. Ueber Störungen, die von diesem Betriebe ausgehen, wird jetzt von neuem geklagt. Ein Patient bezeichnet die Werkstätte kurzweg als Schmiede. Dafür hält er sie wegen der Stärke des Lärms, der aus ihr hervorbringt. Diese Werkstätte dient wohl hauptsächlich den Zwecken im Hause untergebrachten Institute, des Orthopädischen Instituts von Dr. Müller und der eingangs erwähnten Unfallkranke-Heilanstalt von Dr. Müller und Dr. Tandler. Es mag ja für die Anstalten wie für die Werkstätte bequemer sein, wenn sie alle miteinander auf demselben Grundstück wohnen. Aber im Interesse ruhebedürftiger Kranke kann man nur wünschen, daß die Werkstätte endlich einmal anderswo untergebracht wird.

Eine verhängnisvolle Verwechslung brachte einer Greisin aus der Maligner Straße zu Berlin-Neukölln den Tod. Die 80 Jahre alte Witwe Emilie Woeske, die bei ihrem Sohne wohnte, wollte am Sonnabendabend gegen 8 Uhr eine Röhre in der Reichsstr. 2 besuchen. Obwohl sie dort schon öfter gewesen war, irrte sie sich bei ihrer Unachtsamkeit doch in dem Hause und geriet so auf das Grundstück Nr. 1a. Auch hier liegen am Hofe des Seitenflügels zwei Treppen mit Lären nebeneinander. Die eine Tür führt nach oben, die andere nach dem Keller. Die Kellertür liegt nun auf dem verwechselten Grundstück an der Stelle, wo das andere Haus die Türtür hat. Unwissend öffnete die Greisin, stürzte die Kellerterrasse hinauf und blieb mit gedrohenem Schädel bestimmungslos liegen. Hausbewohner, die sie nach einer Weile auffanden, legten sie nach einer Klinik in der Momtener Straße bringen. Dort starb sie gestern.

Wer ist der Tote? Auf der Straße vom Tode überrascht wurde in der vergangenen Nacht ein Mann in den mittleren Jahren, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. Man fand ihn gegen Mitternacht vor dem Grundstück Dirksenstr. 133 regungslos auf dem Bürgersteig liegen. Ein Arzt konnte nur noch seinen Tod feststellen. Man vermutet, daß er einem Herzschlag erlegen ist. Der Tote ist etwa 55 Jahre alt, hat ein volles Gesicht, einen grauen Schnurrbart und trug einen dunklen, schmutzigen Jacketanzug, ein graues Hemd, einen schwarzen steifen Hut und schwarze Hülftische. Das rechte Auge fehlt ihm. Die Leiche wurde nach dem Schauplatz gebracht.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am Sonnabend, den 1. November 1913, erhielt eine Stoffhändlerin auf dem Privatwohnenmarkt in der Wilmersstraße von einer Frau beim Verkauf von Stoff stoff eines Zwanzigmarktscheines einen Fünzigmarktschein in Zahlung. Sie gab der Käuferin nur auf 20 M. heraus, bemerkte aber erst nach einigen Tagen den Irrtum. Die Händlerin ist bereit, der bisher unbekannten Käuferin die restlichen 30 M. zurückzugeben. Meldungen nimmt die hiesige Jgl. Polizei, IX. Arr. Bezirk, entgegen zu G: Nr. 4899 IV. 2713.

Zwei größere Brände beschäftigten die Berliner Feuerwehr in der vergangenen Nacht in der Ribersdorferstraße 17 und in der Müllerstraße 134a. An der ersten Stelle stand bei Anbruch der Dämmerung das Dachgebälk eines Holzgebäudes in Flammen. Das Feuer hatte auch einen Kasten Holz- und Sägemehl, das auf dem Boden lagerte, erfaßt, und es bedurfte kräftigen Wassereinsatzes, um die Gefahr zu beseitigen. In der Müllerstraße 134a brannte die Dachverkleidung des Quergebäudes. Auch hier nahmen die Wehretzeln längere Zeit in Anspruch. Die Ursache beider Brände ist nicht ermittelt.

Der Verkauf von Glas-Christbaumschmuck, der von der Glasbläsergenossenschaft des Weininger Oberlandes im Gewerkschaftshause und im Restaurant von Koch, Hedenstr. 32 (an der Braunsstraße), veranstaltet wird, findet nur noch bis Sonntag, den 22. Dezember, statt.

Feuer in einer Brauereifabrik. Gestern nachmittag kurz nach 5 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Reichberger Str. 4 gerufen,

wo in der Bronzefabrik und Kunstmetallgießerei von H. Friedrich ein größeres Feuer ausgebrochen war. Es brannte die Schleiferei der Firma im ersten Stock des Quergebäudes. Die Flammen fanden reichliche Nahrung und bedrohten die Dreherei, die rings um den Schleifraum liegt. Die Transmissionsriemen waren schon vom Feuer ergriffen. Durch kräftiges Wassergeben konnte schließlich auch der Brand auf die Schleiferei beschränkt werden, die aber vollständig zerstört worden ist. Von dem Arbeitspersonal ist niemand zu Schaden gekommen. Mit den vollständigen Abfischungs- und Aufräumungsarbeiten hatte die Wehr bis in die späten Abendstunden hinein zu tun. Eine Betriebsstörung tritt bei der Firma nicht ein.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Eine dem Gesetz widersprechende Praxis übt auch das hiesige Amtsgericht gegenüber denjenigen, die ihren Austritt aus der Landeskirche angezeigt haben. Wie man uns mitteilt, sollen Personen, die bereits am 30. November beim Amtsgericht Neukölln ihren Austritt aus der Landeskirche angezeigt, eine Aufforderung erhalten haben, in der Zeit vom 30. Dezember 1913 bis 12. Januar 1914, und zwar Montags und Donnerstags, zur Abgabe ihrer Austrittserklärung zu erscheinen. Da nun der 30. Dezember auf den Dienstag fällt und mit der kommenden Donnerstag Neujahrstag ist, so könnten die Betroffenen erst am Montag, den 5. Januar ihren Austritt vollziehen. Das hätte zur Folge, daß die Austrittenden noch bis zum Jahre 1915 Kirchensteuern bezahlen müßten. Wir nehmen an, daß hier ein Versehen auf dem Amtsgericht vorliegt und daß die in Frage kommenden Personen anders befriedigt werden.

Steglitz.

„Errichtung von Mittelschulen“ lautet ein Tagesordnungspunkt der am kommenden Freitag stattfindenden Gemeindevertreterversammlung. Dieses Schulprojekt des Gemeindevorstandes taucht mit jener Möglichkeit auf, wie sie in Preußen zuweilen üblich ist. Nirgends ist bisher der Wunsch nach einer Mittelschule laut geworden; weder die kommunalpolitischen Vereine noch die Lokalpresse haben sich mit der Frage beschäftigt oder sie auch nur angeregt. Man darf also einigermaßen auf die Begründung gespannt sein, die der Gemeindevorstand seinem Antrag geben wird.

Sichterfelde.

Aus der Gemeindevertretung. Der Gemeindevorordnete Engelmann hat sein Amt niedergelegt. Die Ersatzwahl findet auf Beschluß der Gemeindevertretung im März gelegentlich der ordentlichen Gemeindevorstandssitzung statt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts wurde für den Rest der Wahlzeit Rechtsanwalt Dr. Schayer gewählt. Beschlossen wurde die Errichtung einer Gemeindeparkasse; die Eröffnung soll gleichzeitig mit der Fertigstellung des Rathhausneubaus stattfinden. Sängungen und Geschäftsanweisungen fanden nach den Entwürfen Annahme. Die Verhandlungen über den einzigen wichtigen Punkt der Tagesordnung: „Kostendarstellungen“, brachten für die Arbeitslosen des Ortes eine Entlassung. Die Arbeitslosigkeit wurde von dem Referenten, Schöffens Lange, natürlich angegeben, doch glaubte er die Angabe des hiesigen Gewerkschaftsleiters über die Zahl der Arbeitslosen — circa 900 — bezweifeln zu müssen, da die Arbeitslosenversammlung verhältnismäßig schwach besucht gewesen sei. Nun ist es ja eine bekannte Tatsache, daß man von dem Besuch einer solchen Versammlung nicht mit Sicherheit auf den Grad der Arbeitslosigkeit im allgemeinen schließen kann. Die Arbeiterchaft des Ortes refraktiert sich hauptsächlich aus Angehörigen des Baugewerbes, und daß gerade in diesem die Arbeitslosigkeit schon seit vielen Monaten ganz besonders herrscht, ist allgemein bekannt. Die Maßnahmen, die von der Gemeindevertretung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Milderung des Notstandes beschlossenen worden sind, können — milde ausgedrückt — als recht minimal bezeichnet werden. Es soll lediglich das Gelände am Teltowkanal (an der Teltowstraße) als Spielplatz hergerichtet und die Arbeit jetzt schon in Angriff genommen werden. Die erforderlichen Mittel bis zu 10 000 M. wurden sofort in erster und zweiter Lesung genehmigt, um noch vor Weihnachten Arbeitslosen Beschäftigung und einiger Verdienst zuwenden. Der Stundenlohn ist auf 10 Pfennig festgesetzt worden; er muß als recht niedrig bezeichnet werden selbst dann, wenn man der Meinung ist, daß den oft lange Zeit Arbeitslosen auch ein geringer Verdienst willkommen sein muß. Wenn auch die Gemeinden nicht instand sind, die Arbeitslosen für eine kleine durchzuführen, so wäre es im vorliegenden Falle wohl möglich gewesen, Arbeits-gelegenheit in größerem Umfang zu schaffen, als dies durch die Errichtung des erwähnten Spielplatzes geschehen soll.

Tempelhof.

Wiederholte Klagen des bei Stadtdahn benutzenden Publikums werden über den hiesigen Bahnhof laut. So u. a. die, daß selbst bei starkem Verkehr von den vielen Schaltern nur einer geöffnet ist. In Fahrplanangelegenheiten sind die Tempelhofener glücklicherweise nicht verdoht, sie sind mit der Zeit zur Geduld erzogen worden. Außerdem wird Beschwerde darüber geführt, daß die Bahnhofsbeamten zuweilen in einer Zone mit dem Publikum verkehren, der an den sogenannten Kassenentorn erinnert. Erst am Sonnabend in der sechsten Stunde spielte sich ein Vorgang zwischen einem Fahrgast und einem Wahnwahnfahner ab, der in Anbetracht des besten Vorgehens des letzten eine große Anzahl Fahrgäste aufbrachte. Wenn man auch bestreitet, daß die Bahndienstleistungen unter einer langen und angestrengten Dienstzeit zu leiden haben, so dürfen dieselben dies doch dem Publikum gegenüber nicht in der besagten Weise zum Ausdruck bringen.

Röpenitz.

Über den Wert guter Jugendschriften für das Proletariat referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Reuter-Patenke. Mit der Aufforderung, unsere Verfassungen in immer weiteren Kreisen der Bevölkerung bekannt zu geben, dann werde auch der Erfolg nicht ausbleiben, schloß Redner seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Eine Diskussion fand nicht statt. — Die Agitation zwecks Gewinnung neuer Mitglieder und Abonnenten für unsere Presse hat 55 Renaissancen und 30 „Vorwärts“-Verer ergeben. Hierauf gab Genosse Kiehling den Vierteljahresbericht. Einer Einnahme von 2013,20 M. steht eine Ausgabe von 1828,42 M. gegenüber, sodah ein Kassensbestand von 386,78 M. verbleibt. Den Bericht von der Verbandsgeneralversammlung gab Genosse Heidrich, den von der Vorsitzendenkonferenz Genosse Bihler. Über die Anträge zur Kandidatensammlung sich eine lebhafte Debatte. Verschiedene Redner waren mit diesem Beschluß nicht einverstanden. Das Wahlvereinsfest hat ein Defizit von 38,95 M. ergeben. Einem Antrage, der Arbeiteramaterkolonne für Anschaffung von Geräten 75 M. zu bewilligen, wurde debatenlos zugestimmt. Freudige Zustimmung erweckte ein sinnvoll verfaßtes Gedicht für die Arbeitslosen von einem unbekanntem und Dendenschloß, dem noch zehn Mark für die Weihnachtsbescherung beigefügt waren. Genosse John teilte mit, daß für Röpenitz ein Sportartikel gegründet worden sei, dem sich schon verschiedene Vereine angeschlossen hätten. Eine lebhafte Debatte rief ein von den Genossen der Köllnischen Vorstadt entworfener Fragebogen hervor, der 16 verschiedene Fragen enthält und der der Aufnahme einer Statistik dienen soll. Derselbe wurde zur nochmaligen Beratung an die Jahrlabende zurückgewiesen. Zum Schluß gab noch Genosse Bold den Bericht von der letzten Stadtverordnetenversammlung. Die Berichte aus dem Stadtparlament sollen in Zukunft entweder auf den Jahrlabenden oder in der nächsten Wahlvereinsversammlung gegeben werden.

Den Erschlagstod hat vorgestern ein 4 Wochen altes uneheliches Kind im Hause Mägdelheimer Str. 38 gefunden. Während die Mutter abwesend war, lag das Kind in seinem Störbe in der Kiche. Am 5 Uhr wurde beobachtet, daß Qualm aus der Kiche drang;

mehrere Personen verschafften sich Zutritt und fanden den ganzen Raum mit Rauch angefüllt. Es stellte sich heraus, daß aus der Maschine Kohlen gefallen waren und den in der Kiche stehenden Kohlenkorb in Brand gesetzt hatten. Das Kind, an dem nur noch schwache Lebenszeichen wahrnehmbar waren, war nicht mehr zu retten; es starb bald darauf.

Der mit dem Jungdeutschlandbunde zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hand in Hand arbeitende Athletenverein „Jugendkraft“ Köpenitz hält am 1. Weihnachtsfeiertage im „Schweizergarten“ eine Feilichkeit ab, zu welcher auch unter der Arbeiterchaft Willkür im Umlauf sind.

Das Arbeiter-Sport-Kartell für Köpenitz ersucht, Einladungen zu diesem Vergnügen zurückzuweisen.

Wamssee.

Sonnabend, den 20. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, findet der vom Bildungsausschuß arrangierte Märchenabend mit Lichtbildern statt. Vortragende Fr. Wally Kussel. Eintritt für Kinder 10 Pf., für Erwachsene 25 Pf.

Nieder-Schöneweide.

In der letzten Gemeindevorstandssitzung wurde dem Gemeindevorstand die Ermächtigung zum Vertragsabluß der neuen Schulbau-Anleihe in Höhe von 300 000 M. mit der Kur- und Reumärktischen Mitterkassens-Darlehensklasse erteilt. Danach sind 8 Proz. Dammo, 4 Proz. Zinsen und 2 Proz. Amortisation zu zahlen; der Gemeinde bleibt die Kündigung jederzeit offen, wobygegen die Mitterkassensklasse sich gebunden hält. Der feinerzeit von den Gemeinde-Gasanstaltsarbeitern gestellte Antrag auf Regelung von Urlaub, Ausgleich zwischen Krankengeld und Lohn sowie Unterstützung bei militärischen Leistungen wurde einer Kommission überwiesen; der Kommissionsantrag, den Gen. Bengsch begründete, und der auch einstimmige Annahme fand, lautet: Die Gemeinde-, Gasanstalts- sowie alle übrigen Gemeindeglieder erhalten nach einjähriger Beschäftigung 3 Tage, nach 3 Jahren 4 Tage und nach 5 Jahren 6 Tage Urlaub. An Krankenunterstützungszuschuß erhalten alle Arbeiter 1/4 ihres Lohnes einschließlich des Krankengeldes und zwar Arbeiter nach einer Beschäftigungsdauer von 1/2 Jahr 4 Wochen, nach 1 Jahr 8 Wochen und nach 3 Jahren 13 Wochen lang Unterstützung. Bei militärischen Leistungen wird Arbeitern, die länger als 1 Jahr beschäftigt sind, bis zu 8 Wochen gezahlt; es erhalten die Verheirateten 1/4, die Unverheirateten 1/2 ihres Lohnes ohne Abzug der ihnen vom Gesetz zustehenden Reichsunterstützung. Den Gasanstaltspreis lehnte die Gemeindevorstand gegen 3 Stimmen ab, jedoch will man noch auf Anregung des Genossen Bengsch in eine recht eingehende Prüfung eintreten, um eine Verbilligung des Gaspreises im allgemeinen doch vornehmen zu können. Der Antrag auf Bewilligung von Mitteln für die Schulparlase als Sparprämien und Entschädigung des Rendanten wurde auf Antrag unserer Genossen abgelehnt. Der Antrag auf Uebernahme der Straßen D, E, F in die Verwaltung der Gemeinde wurde angenommen.

Königs-Wusterhausen.

In einer öffentlichen Versammlung im Alten Schützenhause referierte Reichstagsabgeordneter Kräßig über das Thema: „Militär-anarchie gegen Verfassungsgewalt“. Die Hübner-Vorlesung, so betonte der Redner, dokumentieren in geradezu unerhörter Weise den Verfassungsbruch und die Bräukerung der breiten Volksmassen. Mit Entrüstung nahm die Versammlung Kenntnis von der kläglichen Haltung der Regierung gegenüber solchen Vorlesungen. Nach kurzer Diskussion gelangte die abgelesene Resolution, in der gegen den militärischen Absolutismus Protest erhoben und die Ausdehnung der Volkrechte gefordert wird, einstimmig zur Annahme.

Spandau.

Was in Zahren passierte, kann auch in Spandau vorkommen. Dieser Tag, der auf Veranlassung der Polizei kürzlich von den Plakaten, die anlässlich der Protestversammlung auf die Anschlagssäulen geklebt wurden, entfernt werden mußte, ist nur zu berechtigt gewesen. Dieser Tage kauften vor der Kaserne des Train-Bataillons zwei Arbeiter von einigen Kindern drei Kommissbrote, welche letztere die Brote von Soldaten gegen Geld erstanden hatten. Ein hinzukommender Trainleutnant, ließ die beiden Arbeiter von der Kasernenwache verhaften und nach der Wachtstube bringen. Nachdem sie dort eine Weile festgehalten und ihre Personalia festgesetzt worden waren, ordnete der Leutnant ihre Entlassung an. Die beiden Arbeiter waren damit aber nicht zufrieden und verlangten für veräumte Zeit je 50 M., die ihnen ausbezahlt wurden. Hierauf konnten sie sich mit den gekauften Kommissbrotten ungehindert entfernen. Was wäre wohl mit den beiden Arbeitern geschehen, wenn sie sich geweigert hätten, mit auf die Wachtstube zu gehen?

Zegel.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst machte der Bürgermeister Stritte u. a. die Mitteilung, daß nennmehr der längst gewöhnliche Nachtverleher am Telephonamt eingeführt ist, dessen Fehlen zum Teil mit Schuld an dem mangelhaften Feuer-melddienst bisher gewesen ist. Zu dem vielfach in Zegel, natürlich nicht von unseren Genossen, geäußerten Wunsch, Militär hierher zu verlegen, äußerte Herr Stritte, daß der Gemeindevorstand sich damit beschäftigt habe und auch er selbst private Erkundigungen eingezogen hätte. Der Militärstand selbst besitzt hier kein Gelände, es mühte ihn also ein geeigneter Platz, etwa 30 Morgen, unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, was der Gemeinde 600 000 Mark Unkosten verursachen würde. — Wie alljährlich hatten auch diesmal eine Anzahl Vereine Weisheiten von Zegel erbeten; so der Verein zur Förderung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Blinden, die Berliner Arbeiterkolonie, der Verband „Deinatschuh“. Herr Stritte präziserte bei dieser Gelegenheit seine grundsätzliche Stellungnahme derartigen Gesuchen gegenüber dahin, daß die Gemeinde sich Grenzen ziehen müsse, da sie nicht in der Lage sei, alle derartigen Institutionen zu unterstützen. Dem schloß sich die Vertretung im Gegensaß zu früher an. Bisher waren meist nur unsere Genossen die alleinigen Gegner dieser Art Geldverwendung. — Hierauf empfahl der Gemeindevorstand die Errichtung einer Meldestelle für die Allgemeine Ortskrankenkasse Niederbarnim, und zwar auf Wunsch der Kassenverwaltung, um den Kassenmitgliedern den unpendlichen und weiten Weg nach dem Treisbau in Berlin am Friedrich-Karl-Allee zu ersparen. Gen. Vertr. Dr. Hennide wandte sich dagegen, da seiner ärztlichen Meinung nach in Zegel die Errichtung einer Tafelstelle zu erwarten sei, die mit der Meldestelle zusammengelegt werden könnte. Die Mehrheit stimmte ihm auch zu und lehnte die Meldestelle ab. — Eine längere Debatte zeitigten die Punkte: Feuerwehrrverhältnisse und Haftpflichtversicherung bei Löschlilfe durch die Berliner Feuerwehr. Den Beitritt zur Versicherung hatte die Vertretung schon einmal abgelehnt, da sie glaubte, die Berliner Löschlilfe nicht nötig zu haben. Die jüngste Gasexplosionskatastrophe, bei der drei Menschen getötet wurden, hat aber wohl eine andere Stimmung zeitigt. Herr Stritte beauftragte warm den Beitritt, der für Zegel bei fünf-jähriger Versicherung nur etwa 1000 M. kosten würde, ein Schaden ohne Versicherung, den ein Wehrmann erlitt, der Gemeinde aber sicher mehr kosten könnte. Er glaubt diese Auswendung doch machen zu müssen und ersucht, den früheren Beschluß aufzugeben und der Versicherung beizutreten, zumal doch etwa 20 andere Vorortgemeinden sich ebenfalls so geeigert hätten. Hier nur vereinzelt Widerspruch wurde denn auch der Vernehmung zugestimmt. In bezug auf die Feuerwehrrverhältnisse wurden eine Anzahl Anregungen gemacht, so in bezug auf die Verbesserung der Alarmierung der Wehr; ferner soll schleunigst die Bewehrung einer Automobilspitze betrieben werden; der für diesen Zweck bestehende Fonds enthält bereits 17 000 M. — Der Errichtung einer Partalle an der Endhaltestelle der Straßenbahn nach Schöneberg wurde zugestimmt. Die sämtlichen Unkosten und 100 M. trägt Weisheit. Die Halle beginnt auf der Nordseite am Osten zu stehen; an der

bester gelegenen Südseite mühte Privatbesitz beansprucht werden. — Die vorgelegte Abrechnung des von der Gemeinde unterhaltenen Präparandenkurses zeitigte gleichfalls eine längere Debatte, in der die Eigenmächtigkeit des Rektors Müller und seiner Freunde im früheren Gemeindevorstand abermals von verschiedenen Vertretern illustriert wurden. Besonders wurde die Doppelstellung des Leiters der Kurie als Gemeindefachleiter besprochen und die Frage aufgeworfen, ob sich die Gemeinde dies auf die Dauer gefallen lassen könne. Letztere habe kein Interesse an diesem vom Staate zu unterhaltenden Institut. — Die früher in Berlin befindliche Erziehungsanstalt „Grüne's Haus“ läßt sich hier an der Hertzsdorfer Straße neben der Industriehöhle einen Neubau auf-führen. Die Gemeinde muß hierzu für Kanalisation, elektrische Kabel und Gasleitung 22 000 M. aufwenden; die Anzahl selbst will man mit 10 000 M. heranzuziehen versuchen. Diese Ausgaben sollen aus einer Anleihe bestritten werden. — Als letzter Punkt wurde der sozialdemokratische Antrag auf Wiederverkauf russischer Fleisch behandelt. Bekanntlich war beschlossene worden, im Falle einer Verlängerung der Einfuhrvergünstigungen über den 1. Januar 1914 hinaus den Verkauf auch in Zegel wieder aufzunehmen. Der Bürgermeister trug seine Verhandlungen mit dem Berliner Magistrat vor, die ihn, Stritte, veranlaßt hätten, der Vertretung die Ablehnung des Verkaufs vorzuschlagen. Auch habe er mit Zegeler Schlächtermeistern verhandelt, die ihm nur ganz minimale Preisunterbiede vorgeschrieben hatten. Genosse Hoffe erwiderte dem Bürgermeister, daß seine Freunde sich diese abzulehnenden Ausführungen schon gedacht hätten; er müsse die angeführten Angaben und Zahlen als zu schwarz gezeichnet betrachten. Da ihm die Stimmung der Gemeindevertretung schon von den früheren Verhandlungen her genügend bekannt sei, wolle er sich weitere Ausführungen sparen. Diese Ausführungen wollten die Herren Vorfig und Schäfer nicht unwiderprochen über sich ergehen lassen, sie wehrten sich dagegen, daß die Ablehnung längst beschlossene Sache gewesen sei. Hoffe hätte kein Recht, nun die Verantwortung für die Ablehnung auf die Gemeindevertretung zu schieben, die nur nach triftigen Erwägungen des vorgelegten Materials sich schlüssig gemacht habe. Genosse Hoffe mußte die Herren auch noch beschreiben darüber, weshalb die Konsumgenossenschaft nicht den Verkauf des ausländischen Fleisches besorgen konnte. Sonderbar, daß keinem der Herren, die sich doch um so vieles in der Politik kumieren, die steuerrechtlichen Erschwernisse bekannt waren, die man im preussischen Landtage den emporstrebenden Konsumgenossenschaften bereitere. — Es folgte noch eine vertrauliche Sitzung.

Reinickendorf-St.

Die Ausgabe der in der Weihnachtsausstellung bestellten Bücher, Bilder und Spiele erfolgt morgen Freitag, abends von 5 bis 9 Uhr, im „Scebad“, Reibensstraße 49.

Potsdam.

Weil er Abonnent der Parteipresse ist. Der Arbeiterbauverein in Potsdam schreibt in seinem Statut seinen Mitgliedern vor, daß sie königstreuer Gesinnung sein müssen. Wer sich etwa erdreistet, öffentliche sozialdemokratische Versammlungen zu besuchen oder eine Parteipresse zu lesen, gehört nicht in den Bauverein. Der Arbeiterbauverein hat seine Leute, die ihre Aufgabe darin erblicken, solche unwürdige Elemente beim Vorstand zu denunzieren. Ist dies geschehen, dann tritt ein hochnotwendiges Gericht zusammen und über den armen Sünder wird der Stab gebrochen. Dies geschah auch am 11. Dezember mit einem Mitgliede des Arbeiterbauvereins, das noch etwas auf seine Arbeiterrechte hielt und nicht geneigt war, seine Gesinnung für die Mitgliedschaft beim Bauverein zu ver-lauten. Dieses Mitglied erhielt nämlich dieser Tage folgendes Schreiben:

An den Arbeiter Herrn Fritz V., Neue Luisenstr. 11. Sie sind — wie festgesetzt worden ist — seit längerer Zeit Abonnent der sozialdemokratischen „Brandenburger Zeitung“. Sie besuchen sozialdemokratische Versammlungen und haben zum Ausdruck gebracht, daß Sie den Bestrebungen dieser Partei nicht abgeneigt sind. Sie laßen dadurch erkennen, daß Sie der königstreuen Gesinnung, welche nach §§ 1 und 5 unserer Satzungen Voraussetzung für die Aufnahme in den Arbeiterbauverein Potsdam ist, untreu geworden sind. Vorstand und Aufsichtsrat haben daher durch einstimmigen Beschluß vom gestrigen Tage beschlossen: Sie auf Grund des § 9 der Satzungen zum 1. April 1914 aus dem Arbeiterbauverein Potsdam auszuschießen und Ihnen zu demselben Termin die in der Kolonie Sophie-Charlottenheim vermierte Wohnung aufzukündigen, was hiermit geschieht.

Stutrow.

In der letzten Gemeindevorstandssitzung wurde die Anschaffung von zwei Hehleleitern für die Feuerwehr beschlossen. Außerdem wurden an Entschädigung für Übungen und Instruktionsstunden der Feuerwehr 133,75 M. bewilligt. Ferner lag der Gemeindevorstand eine Interpellation der Arbeiterchaft vor, die auf den früheren Abgang des ersten Straßenbahnwagens um 1/2 Stunde, sowie andere Mängel Bezug nimmt. Der Gemeindevorsteher erklärte die Vergründung derselben an und versprach für Abhilfe zu sorgen. Die Genehmigung für die kürzlich erwähnte Verteilung der Jagd-entschädigung von 207,90 M. ist noch nicht erteilt, da in der Sitzung unser Gemeindevorsteher Habamell sich gegen einen darin zirkulierenden Antrag wanderte. Der Antrag dürfte daher in einer der nächsten Sitzungen zur Verhandlung kommen.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevortretungen.

Spandau. Heute Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des neuen Rathhauses.

Steglitz. Freitag, 19. Dezember, abends 6 Uhr, im Rathhaus.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewährige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Aus aller Welt.

Die lustige Witwe.

Dem ehrbaren Stande der Majore muß man manches abbitten. Früher urteilte man über einen Menschen, der bis über die Ohren in Schulden stredte, er habe Schulden wie ein Major. Jetzt muß es von solch einem Bruder Leidlich heißen: er hat Schulden wie eine Majorswitwe. Denn die Majorswitwe Griefinger in Stuttgart wird den meisten — in die Ausnahme Luise von Rouburg befristigt die Regel — ein unverheiratetes Vorbild bleiben. Die gnädige Frau hat es fertig gebracht, über zwei Millionen Mark Schulden anzuhäufen. In ihrem Bestreben, die Dammun zu rufen, wurde sie von ihrem hoffnungsvollen Spröbling, dem Ober-leutnant Walter Griefinger, nach besten Kräften unterstützt. Der der sonst so eklustiven Offizierlaste angehörige junge Mann und seine ebenso vornehme Mutter waren im Reinen durch-aus nicht wählerisch. Bald erfreuten sie einen Standesgenossen mit ihrem Vertrauen, bald ließen sie sich herab, Griefinger oder Volkshulleher dadurch glücklich zu machen, daß diese ihnen die saner erparten Groschen opferten. Das standesgemähe Leben kostete aber mehr, als ein ganzes Heer von Darlehnsagenten aufreiben konnte. So lam es, daß eines schönen Tages der sich hoher Protektion erfreuende kaiserliche Dragoner-offizier Walter Griefinger verdußete und damit der Schwindelbau zusammenbrach.

Doch der Respekt muß bleiben. Als der Majorswitwe das Un-gläück widerfuhr, beharrte sie zu werden, hat die gnädige Frau, daß man ihr gestatten möge, sich im Automobil allein auf die Polizeidirektion zu begeben. Das wurde — es war ja eine Majors-witwe — auch gestattet. Als aber die gnädige Frau im Automobil das Weite suchen wollte, wurde sie etwas weniger standes-

gemäß in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Um sie trauern jetzt all die Zahlreichen, die das Glück genossen, des Anpumpens für würdig erachtet zu werden.

Die Grubenkatastrophe in Nordamerika.

Die gestern unter Letzten Nachrichten gemeldete Explosion auf der Kullangrube in Newcastle im Staate Colorado hat mehr Menschenopfer gefordert, als man zuerst annehmen konnte. Bis Mittwoch morgen wurden 38 Leichen geborgen. Nur zwei Bergarbeiter konnten lebend aus Tageslicht befördert werden. Die meisten Leichen sind schrecklich verstümmelt und verkohlt. Wie viel Bergleute sich noch in der Unglücksgrube befinden, steht nicht fest. Die Ursache der Explosion soll Kohlenstaub sein.

Nach acht Tagen lebend geborgen.

Am Mittwoch morgen um 5 Uhr ist es der in die Kohlegrube Britov im Karstgebirge eingefahrenen Rettungsmannschaft gelungen, von den zwölf am 9. Dezember durch den Wassereintrich abgesehnten Bergleuten zwei lebend zu retten und einen Toten zu bergen; für die übrigen neun hat man keine Hoffnung.

Lachende Erben.

Vor dem Kassationsgericht zu Angers ist in einem Erbschaftsprozess, der wegen eines Objekts von 7 Millionen Frank angestrengt worden war, die Entscheidung gefallen. Die Erben des im Jahre 1910 verstorbenen Grafen Jules de Perrochel hatten eine Klage angestrengt, um die Ungültigkeitserklärung des Testaments des Grafen zu erwirken. Graf de Perrochel, der als sehr erzentratisch bekannt war, hatte sein gesamtes Vermögen unter Uebertragung seiner natürlichen Erben einem Drochsenkutscher und einem Stallknecht vermacht und zwar aus dem einzigen Grunde, weil sie beide den Namen Perrochel trugen. Obwohl die natürlichen Erben nachweisen konnten, daß der Verstorbene in seinen letzten Lebensjahren noch fünf andere Testamente gemacht hatte, die später wieder ungestoßen waren, kam das Gericht doch zu der Ansicht, daß der Erblasser bei Ausstellung des Testaments geistig gesund gewesen sei und erkannte die Gültigkeit des Testaments an. Mäucher und Stallknecht bleiben also rechtmäßige Besitzer des ihnen so unvermutet zugefallenen Riesenvermögens.

Kleine Notizen.

Hoffnungsvoller Nachwuchs. Von fünf Rechtsbesessenen, die sich am 14. Dezember in Köln der Referendarprüfung unterzogen, hat sie ein einziger bestanden. — Mit welchem Eifer müssen sich doch diese jungen Herren auf ihre späteren wichtigen Ämter vorbereiten!
Brand in einem Hause der Heilsarmee. In Cincinnati wurde am Dienstag das Haus der Heilsarmee durch Feuer zerstört. Acht Personen sind umgekommen, zwanzig wurden verletzt.
Ein Räuber, der nicht verrückt sein will. Unter großem Andrang des Publikums begann in New York am Dienstag in dem Nordprozess gegen den Priester Schmidt das Plaidoyer der Verteidigung, in dessen Verlauf der Angeklagte aufspringend gegen die Erklärung seines Verteidigers, daß er geisteskrank sei, protestierte.

Jugendveranstaltungen.

Bris. Heute Donnerstag findet im Heim der letzte Vortrag des Julius Wendepunkte der neueren deutschen Geschichte statt.

Eingegangene Druckschriften.

Der Arbeitskampf der englischen Eisenbahner im Jahre 1911. Von Dr. Charlotte Kenbush. Gek. 3 M. Dunder u. Dumblo, Leipzig.
Familienbriefe und Gedichte von H. Stauffer-Bern. 4,50 M., geb. 6 M. Insel-Verlag, Leipzig.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet 2 Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — 7 Uhr abends —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Wohnanschrift beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

P. G. 21. 1. Die Frist ist richtig angegeben. 2. Wenn Sie noch am 31. Dezember persönlich die Austrittserklärung beim Amtsgericht abgeben, bleiben Sie nur noch für das Kalenderjahr 1914 haftbar. Geschieht die Erklärung aber nach diesem Zeitpunkt, so haften Sie noch für ein weiteres Jahr. — **A. 2. 150.** Falls Ihre Frau zahlungsunfähig ist, haften Sie für die Kreditnehmer. — **G. 23. 3.** Nein, für den Fall der Pfändung könnte die Frau intervenieren. — **P. 2. 70.** Die Haushaltungsgegenstände ganz, den anderen Radfahr zur Hälfte. — **P. 2. 21.** 1. Ab 1. 1. sind die Beiträge zur Allgemeinen Ortskrankenkasse Stufe A 90 M., Stufe 1 1,20 M., Stufe 2 2,40 M., Stufe 3 3,60 M., Stufe 4 4,80 M., Stufe 5 6,— M., Stufe 6 7,20 M. 2. Die Landesversicherungsanstalt ist nicht verpflichtet, die Sachen zu beschaffen, das muß eventuell die Armenverwaltung tun. 3. Auf Antrag ja. 4. Hausgeld muß in Höhe von mindestens der Hälfte des Krankengeldes gewährt werden. Dieser Betrag wird in solchen Fällen, wie hier vorliegend, in der Regel erhöht. Es ist möglich, daß bis zur Höhe des vollen Krankengeldes Hausgeld gezahlt werden wird.

P. 2. 3. 60. Sie haben keine gesetzliche Verpflichtung, das Engagement vor Ablauf der vertraglichen Zeit aufzugeben. Unter Angerundlegung Ihrer Sachdarstellung können wir auch nicht einsehen, daß Sie eine moralische Verpflichtung dazu haben. — **P. 2. 99.** 1. bis 3. Befragen Sie einen Arzt. 4. Ja, wenn der Betreffende das Bewußtsein von der Uebertragbarkeit der Krankheit hatte bezw. nach den Umständen des Falles haben mußte. — **Eidbuchen.** 1. Der Antrag auf Abgabe der Ehegattin ist an das Amtsgericht Berlin-Tempelhof, Berlin, Dallesches Ufer 29/31 und auf Bestellung eines anderen Pflegers an das Amtsgericht Seelow unter Angabe der Gründe und etwaiger Beweismittel zu richten. Ein anderer Pfleger kann vorgeschlagen werden, Termine könnten stattfinden. 2. Sofern die Mutter das Kind unterhält, hat sie Anspruch auf die Rinsen, andernfalls werden die Rinsen dem Kapital zugeschlagen. — **23. 23. 52.** Für das Kind sind Kirchensteuer nicht zu zahlen, jedoch bleibt die Frau Kirchensteuerpflichtig. — **G. 23. 91.** Aus dem genannten Anlaß nicht. — **23. 6. 2000.** 1. bis 3. Ja. — **H. 55.** 1. Ja, nach § 113 Gewerbeordnung. 2. Gewerbeamt. — **Hermann 12.** Nein. — **H. 6. 79.** 1. Nur dann, wenn die von der Zeitung vorgeschriebenen Formalitäten erfüllt sind. 2. Nein. — **P. 100.** 1. Ihre Darstellung reicht nicht aus. Kommen Sie mit der Karte in die Sprechstunde. 2. Nach den gesetzlichen Vorschriften können Nachteile nicht entstehen. — **23. 11. 3. 9.** Nein. — **K. 3. 34.** 1. Der Antrag läßt sich innerhalb der 30-jährigen Verjährungsfrist immer noch stellen. 2. Zunächst die Sterbeurkunde des Erblassers. — **P. 6.** Ihr Sohn kann mit Eintritt der Großjährigkeit, also mit Vollendung des 21. Lebensjahres, Herausgabe des Sparbuches verlangen. Falls Sie Einkommen glaubhaft machen können, aus denen der bedauerte Leichnam sich ergibt, können Sie beim Vormundschaftsgericht die Bestellung eines Pflegers beantragen. Der Pfleger würde die Vermögensverwaltung erhalten. Nach der Großjährigkeit haften Sie für die Schulden Ihres Sohnes nur insoweit, als er öffentliche Unterstützung (Armenunterstützung, Krankenhauseinlege) erhält. — **H. 2. 25.** Ihre Angaben sind unverständlich, kommen Sie in die Sprechstunde. — **Paragraf 616.** Der zur Dienstleistung Verpflichtete wird des Anspruchs auf die Vergütung nicht dadurch verlustig, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird. Er muß sich jedoch den Betrag anrechnen lassen, welcher ihm für die Zeit der Verhinderung aus einer auf Grund gesetzlicher Verpflichtung bestehenden Kranken- oder Unfallversicherung zuzumutet.

Witterungsübersicht vom 17. Dezember 1913.

Stationen	Barometere Stand um Mittags	Wind- richtung	Windstärke	Temper. in Graden Celsius	Stationen	Barometere Stand um Mittags	Wind- richtung	Windstärke	Temper. in Graden Celsius
Wien	762,5	SW	3	4	Habaranda	765,5	SW	2	bedekt
Bamberg	762,5	SW	3	6	Petersburg	762,5	SW	3	Schnee
Berlin	762,5	SW	3	5	Scilly	770,5	SW	3	wolfig
Frankf. a. M.	762,5	SW	3	5	Aberdeen	774,5	SW	2	wolfig
München	766,5	SW	3	5	Paris	769,5	SW	2	bedekt
Wien	764,5	SW	3	4					

Wetterprognose für Donnerstag, den 18. Dezember 1913.
Kühler, zeitweise aufklarend, vorwiegend neblig oder wolfig bei ziemlich frischen nordöstlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 16.12.		am 15.12.		Wasserstand	am 16.12.		am 15.12.	
	cm	cm ¹⁾	cm	cm ¹⁾		cm	cm ¹⁾	cm	cm ¹⁾
Remel, Elbt	—	—	—	—	Saale, Großh.	200	+19	—	—
Bregel, Jüterburg	294	+34	—	—	Saale, Spandau ²⁾	84	+10	—	—
Reichel, Thon	234	+12	—	—	Naikow ²⁾	36	—	—	—
Dber., Ratibor	214	+3	—	—	Spree, Spremberg ³⁾	134	—	—	—
• Krosen	227	+19	—	—	• Weesow	101	+2	—	—
• Frankfurt	224	+1	—	—	• Ränden	327	-11	—	—
• Warte, Schrimm	204	+6	—	—	• Rinden	444	+18	—	—
• Landsberg	134	+8	—	—	• Rhein, Magdalenau	438	-12	—	—
Rege, Vordamm	51	+3	—	—	• Rand	278	-6	—	—
• Elbe, Zeitmeritz	130	-9	—	—	• Köln	324	0	—	—
• Preben	35	-4	—	—	• Redar, Heilbronn	127	-9	—	—
• Barba	312	+25	—	—	• Rain, Hamau	231	+11	—	—
• Magdeburg	245	+27	—	—	• Rojel, Arier	131	+2	—	—

¹⁾ + bedeutet Hoch, — Fall, — ²⁾ Unterpegel.
Die lautiger Reihe ist bei Gdrlich heute auf Ausuferungshöhe gestiegen. Nach telegraphischer Meldung der Landesanstalt für Gewässerkunde betrug dort der heutige Wasserstand 220 cm.

Erstklassige Briketts
Michel's
1000 Stück M. 8.—
Halbsteine M. 0,80, Gaskoks M. 1,75, Steinkohlen M. 1,75, Brennholz.
Michel-Brikett-Vertrieb
Neukölln, Telefon 1610
Kneesebeckstr. 148.

Beste Bezugsquelle
Auf Teilzahlung!
Herrn- und Damen-Uhren, Standuhren, Freischw., Kettan, Ringe, Broschen, Armbänder, Ohrringe, Uhrwerke.
Grammophone, Pathé-Apparate, Platten, Zithern, Spieldosen, Harmonikas, Mandolinen, Geigen, Christbaumtänder, Fahrräder usw.
Jahre & König
O. Warschauer Str. 68
N. Invaliden-Str. 7
50. Grünauer Str. 10

Spezialarzt
Dr. Homeyer
Friedrichstr. 81, gegenüber
Blut-untersuchung, Häm. i. Harnstoff, gegenüber
Epr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separated Damenzimmer.

JAEKEL's bequeme Ruhe- und Großvater-Stühle • Ruhe-Chaiselongue-Betten
Alles in besonders
R. JAEKEL's Patent-Möbel-Fabrik
BERLIN SW, Markgrafenerstraße 20, Ecke Kochstraße.
Liegestühle für Alt und Jung
Stühle • Bett-Stühle
Triumph-Stühle.
geschmackvollen Ausführungen.
Telephon: Centrum 9474.

JOSETTI
Cigaretten
Vera Gold
3 Pfg Cigaretten
KON LINON

„Hoffnung“
Berliner Schneiderei-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
gegründet von organisierten Schneidergehilfen
Berlin N.
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).
Großes Lager fertiger
Anzüge
Herbst- u. Winterpaletots
Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen
und Arbeiter-Berufskleidung.
Elegante Maßanfertigung.
Lieferant der Konsum-Genossenschaft
und des Arbeiter-Radfahrer-Bundes.
Sonntag von 12-8 geöffnet.
Tel. Amt Norden 1591. 102/1

Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern!

Denk an die Weihnachtsgeschenke der Arbeitlosen und ihrer Kinder.

Liefert so schnell als möglich die Listen ab. Schnelle Hilfe ist doppelt Hilfe.

Es gingen ferner ein:

- List of names and addresses: G. Weidmann, W. v. R. 5., Lehmann 9., 2. 4188/ST Weidmann, 105.25, Sparverein „Schweinfelder“ 20., 2. 75, Verband der...

- List of names and addresses: 2.25, 2. 1642 15.15, 2. 1643 Grau 12., 2. 1652 Salsum 15., 2. 1854 35., 2. 1856 Wintah 12.85, 2. 1860 19., 2. 1870...

Stargardt, Ankamer Str. 33 6.75, Hedwig Löffler, Pantom 5., 2. 9. R. 3., G. v. R. 6., Ein Berliner Umweltschutzbüro 11., Bergleide, Haus-Traum 20., Sechsfache Jahrlöhne Krüger, Spandauer...

Die Listen sind dort abzulesen, wo sie entnommen sind. Die Listen 3151, 3843, 6048, 6989, 7582, 7768 und 8278 sind verloren gegangen und sind beim Vorzeigen anzufordern.

Jugendbewegung.

Ein Sieg der Konfessionellen über Jungdeutschland. Die katholischen Jugendvereine haben sich bekanntlich nur unter bestimmten Bedingungen dem Jungdeutschlandbunde angeschlossen.

Der Verlag Friedrich Engelmann in Leipzig gibt angeblich im Einverständnis des Bundesvorsitzenden Dr. v. d. Goltz einen Jungdeutschland-Büchervertrag heraus. Band 9 der Sammlung hat es aber den katholischen Geistlichen angetan.

Zur vollständigen Vererbung der erregten kirchlichen Gemüter wird in derselben Nummer der Zeitschrift empfohlen, Übungen am Sonntag mit Vesichen des Gottesdienstes zu verbinden.

Demnach scheinen die Konfessionellen im Jungdeutschlandbunde die Oberhand zu gewinnen. Damit wäre aber auch der schöne Traum v. d. Goltz, die von den konfessionellen Vereinen nicht erfasste Jugend zu sammeln, ausgeträumt.

Arbeiter-Jugend.

Die soeben erschienene Nr. 26 des fünften Jahrgangs hat unter anderem folgenden Inhalt: Weihnacht. Von Jürgen Brand. — Gerechte und ungerechte Steuern. — Lehrer Reumann. (Schluß.)

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 26 des fünften Jahrgangs hat unter anderem folgenden Inhalt: Weihnacht. Von Jürgen Brand. — Gerechte und ungerechte Steuern. — Lehrer Reumann. (Schluß.)

Wartpresse von Berlin am 16. Dezember 1913, nach Ermittlungen des Igl. Polizeipräsidenten. Preis (mitrez), gute Sorte 17.00—17.20, mittel 00.00—00.00, geringe 00.00—00.00. Reis (runder), gute Sorte 14.80—15.20, Nichtreis 5.00, Hen 6.00—7.50.

Fahrradhaus „Frisch auf“

Offenbach a. Main
Filialen: Brunnenstr. 35 × Beusselstr. 19
Kottbuser Damm 22.

Als Weihnachtsgeschenke

empfehlen wir: 108/12*

„Frisch auf“ - Fahrräder
für Knaben M. 53.-, für Mädchen 60.-
mit und ohne Patent-Kapselgetriebe von 75 bis 145 M.

„Frisch auf“ - Nähmaschinen
für alle Gewerbe von 62 bis 120 M.

Wring- u. Waschmaschinen.
Sprechmaschinen u. Platten
Neue Aufnahmen, doppelseitig, pr. Stück 2 M.

Radfahrer - Kragen
aus Wachstuch 5 M., aus wasserdichtem gummierten Stoff
von 10.50 bis 14 M.

Sweater für Herren, Damen, Knaben u. Mädchen
von 2.50 bis 7.50 M.

Wintermützen Stück 2.80 M.

Reparaturen an Fahrrädern, Näh-
und Sprechmaschinen
werden in allen Filialen gut ausgeführt u. billigst berechnet.
Sonntag geöffnet von 12-6 Uhr.

Dr. med. Weil's Hafermark

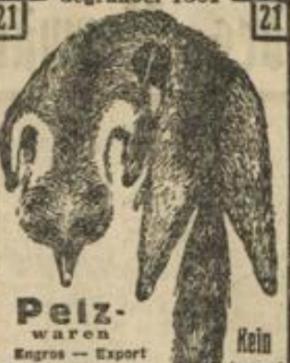
macht alle Kinder stark!

Natürliches Nähr- und Kräftigungsmittel für Säuglinge, stillende Mütter, Magenleidende, Schwächliche, Rekonvaleszenten und für den täglichen Familienbrauch. Originalpaket = 1 Pfd. 40 Pf.

Zu haben bei
D. Mader, Prinzenstr. 86.
Zu haben in den Filialen der
Konsumgenossenschaft
Berlin und Umgegend.

**Vorjährige
Ulster und Anzüge**
von 25 bis 60 M.
**Gehrock - Anzüge
Smokings auf Seide**
Billige Hosenwoche.
Versandhaus „Germania“
Unter den Linden 21.
Sonntag bis abends geöffnet.

Gegründet 1864



**Pelz-
waren**
En gros - Export
S. Schlesinger
Neue Kölnigstr. 21
(Ordnonnshaus)

Kein Laden!
II. Etage

Einzelverkauf
wie alljährlich zu billigen Preisen
Pelzstol - Muffen
Reparaturen prompt und sauber
Bitte genau auf 21 zu
Hausnummer 21 achten
sonst von 12-2 Uhr geöffnet

**Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek**
Jedes Heft 20 Pfg.

Ohne Anzahlung

erhält jeder Kunde
wegen Ueberfüllung des Lagers **beim Einkauf auf Kredit**

Herren-, Damen- u. Kinder-Garderobe

Pelzgarituren, Uhren, Leib- und Bettwäsche etc., kompl. u. einzelnen Möbelstücken bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemer Abzahlung.

S. DORN, Weinmeisterstr. 9
Ecke Alte Schönhauser Str.

Nur bis Weihnachten.
Die 9 Uhr abends geöffnet.

**Angst vor Husten, Heiserkeit,
Katharrh, brauchen Sie
nicht zu haben da Ihnen:
Wübertabletten**
Schutz bieten - vorrätig
in allen Apotheken und
Drogerien - Preis der
Originalschachtel M. 1

Theater.

Donnerstag, 18. Dezember 1913
Anfang 6 Uhr.

Eines Palast am Zoo. Variété.
Lichtspiele.
Anfang 6 1/2 Uhr.

Eines Nollendorfer Theater. Variété.
Lichtspiele.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Figaros Hochzeit.
Kgl. Schauspielhaus. Graf Ehrenfried.
Deutsches. Ein Sommernachts-
traum.

Vertrag. Beer Gant.
Walhalla. Volkspuppen.
Zirkus Busch. Galavorstellung.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Mit dem Imperator nach
New York.
Königgräber Straße. Die Kron-
braut.

Deutsches Künstler-Theater.
Schirin und Gertraude.
Kammerstücke. Bitterleuchten.
Theater am Nollendorferplatz. Der
Mikado.

Theater des Westens. Polenblut.
Berliner. Wie einst im Mai.
Deutsches Opernhaus. Lindne.
Deutsches Schauspielhaus. Die
heitere Revidenz.
Thalia. Die Langprinzessin.
Komödienhaus. Hinter Mauern.
Montis Operetten. Die ideale
Gattin.

Schiller O. Wilhelm Tell.
Schiller Charlottenburg. Jugend-
freunde.

Revidenz. Heiterer Abend.
Kofe. Fröhliche Weihnacht.
Metropol. Die Reise um die Welt
in 40 Tagen.
Kaffee. Erdmännchen der Jugend-
luste.

Kleines. Die Sippe.
Zirkus Busch. Die spanische Fliege.
Trianon. Seine Geliebte.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Die Kinetographen.
Sperrefeld. Was sagen Sie zu
Leibniz?

Hpollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Steintiner Sänger.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Luffen. Koppenrath Erben.
Polite. Caprice. Der Ruchd.
Wandervergnügen. Die Samuels.
Admiralpalast. Die lustige Puppe.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Der letzte
Sof.
Anfang 9 Uhr.

Berliner Gypsaren. Gypsaren.
Eines Nollendorfer Theater. Variété.
Lichtspiele.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-52

Deutsches Schauspielhaus

8 Uhr: Die heitere Revidenz.

Theater am Nollendorferplatz 5.

8 Uhr:
Mikado.

Residenz-Theater

8 Uhr:
Hoheit - der Franz!
Rustikalische Operette in 3 Akten von
Karl Landberger und Willi Wolff.
Musik von Robert Winterberg.
Abend 8 Uhr: Heiterer Abend - der Franz!

Lessing-Theater.

7 1/2 Uhr: **Peer Gynt.**
Von Björn. Musik von Grieg.

Deutsches Künstlertheater

Sozietät.
Nürnbergstraße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollendorferplatz 1383.
Donnerstag 8 Uhr:
Schirin und Gertraude.
Freitag 8 Uhr:
Schirin und Gertraude.

Theater des Westens.

8 Uhr: **Polenblut.**
Mittwoch u. Sonnabendnachm. 4 Uhr:
Das tapfere Schneiderlein.
Sonnt. Am. 3 1/2, 11: **Der liebe Augustin.**

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 122.
Fröhliche Weihnacht.
Weihnachts-Vollstück
in 5 Akten v. Ottomeyer.
Freit. u. S. L.: Fröhliche Weihnacht.
Sonnabend 4 Uhr:
Gieskönig und Goldprinzchen.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Das verzauberte Schloss.

WINTERGARTEN

Rita Sacchetto
Serene Nord | Robert Steill
D. Venus im Bade | und die von Publikum und
Presse
glänzend beurteilten
Dezember-Attraktionen!
Rauchen gestattet!

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkr.

Freitag, den 26. Dezember (2. Feiertag), in Kellers Festsälen,
Koppenstraße No. 20:

Heiterer Abend

Lachende Bilder - Heitere Vorträge.

Mitwirkende Künstler: Vokalquartett: Fri. Meta Zlotnicka (Sopran), Fri. Durra (Alt),
Herr Springer (Tenor), Herr Will Durra (Bariton),
Herr Albert Heinrich Burger (Rezitationen).

Im zweiten Teil: 210/1

Die sittliche Forderung.

Ein Einakter von Otto Erich Hartleben.
Personen: Rita Rovera, internat. Konzertsängerin, Friedrich Stierwald, Kaufmann,
Inhaber der Firma O. W. Stierwald Söhne, Berta, Ritas Kammermädchen.
Ort: Ein großes deutsches Modebad. - Leitung: Herr Albert Heinrich Burger.

Nach der Vorstellung: **TANZ.**

Eintritt 50 Pf. Saalöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.

URANIA

Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Mit dem „Imperator“
nach New York.

Zirkus Alb. Schumann.

Donnerstag, d. 18. Dezember,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Neu! U. a.: Neu!
Therese Renz
mit ihren dressiert. Elefanten
und Ponny's.
Neu! **Biben u. Bob** Neu!
Vokal-Imitatoren.
Neu! **Mac Sovereign** Neu!
Matador im Diabolospiel.
Alice Collin
die phänomenale Kreolin mit
ihren Partnern.
Akrob.-Reit-Akt (3 Damen)
Mit Pia, Adele u. Rosita u. die
übrigen neu eng. Attraktionen

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin

Sonnabend, den 27. Dezember (3. Feiertag), bei Obiglio (früher Keller), Koppenstraße 29:

Weihnachts-Vergnügen

Mitwirkende: Neues Tonkünstler-Orchester, Dirigent: Franz
Hollfelder - Betty Lang, Sängerin - Berliner Ulk-Trio.

Im kleinen Saal: **Kasperle-Theater**
Einlaß 4 Uhr. Anfang 5 Uhr.

Von 6 Uhr ab im oberen Saal: **Tanz.** Von 10 Uhr ab im großen Saal: **Ball** bei zwei Orchestern.
Eintritt 50 Pfennig. Kinder frei.

Eintrittskarten sind auf allen Zahlstellen, beim Gastwirt Kollegen Greive, Runge-
straße 30, und im Bureau zu haben. (90/8*)

Das Komitee.

Zirkus Busch.

Heute Donnerstag, 18. Dezember,
abends 7 1/2 Uhr:
Pompeji
Die bisher größte u. prachtvollste
Original-Ausstattungskontinente
des Zirkus-Busch in 5 glänzenden
Akten.
Vorher das große Gala-
Programm.
Kapt. Hüllig.
Eine Nordpolreise im Zirkus-Busch.
Mad. Smaragda mit ihrer
dressierten Katzen und Tauben.
La Dorando, Sängler-Alt.

Berliner Prater-Theater

Sakani-Allee 7-9.
Donnerstag, den 18. Dezember 1913:
Gastspiel des Belg. Theaters.
Heimg'funden.
Weihnachtskomödie
in 3 Akten von Ludwig Angenruder.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Schiller-Theater O.

(Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Wilhelm Tell.
Freitag, abends 8 Uhr:
Heimg'funden.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Gyges und sein Ring.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Jugendfreunde.
Freitag, abends 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.

Theater in der Königgräber Straße
8 Uhr:
Die Kronbraut.
Komödienhaus.
8 Uhr: **Hinter Mauern.**
Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.

APOLLO THEATER

Friedrichstraße 218
- Tel. Lätrow 3757 -

Costantino Bernardi
und das grosse
Variété - Programm!
Rauchen überall gestattet!
Beginn: 8 Uhr.
Ab 7 1/2 Uhr: **KONZERT**

Friedr.-Wilhelmstädt. Theater.
Operetten-Gastspiel
Zum 253. Male:
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten
von Georg Dionisotti u. Julius
Reizend. Musik von Jean Gilbert.
Stoffen von 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Sonntag 3 Uhr: **Dornröschen.**
Voranzeige: An beiden Feiertagen
nachmittags 3 Uhr:
Die keusche Susanne.

Berliner Ulk-Trio

Adr. Neukölln Lahnstr. 74L

Vereinigte Berliner Volksbühnen.

Luisen-Theater.
Koppenrath Erben. 7 1/2 Uhr: Gr. Rinder-Weihnachts-
Vollstück mit Bel. u. Tanz in 5 Akten
von Heinrich Bülow.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr: Gr. Rinder-Weihnachts-
Vollstück in 5 Akten v. S. Hennig.

Das rosa Pantoffelchen

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82. - Zimmerstraße 90/91.

Großes Doppel-Konzert!

Berliner Konzerthaus-Orchester mit seinem Vokal-
Quartett.
Leitung: Komponist Frz. v. Blon.
Musik. Kaiser-Alexander-Garde-Orn.-Regts. Dirig. Kgl. Musikdir. Brase.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem
Eintritt.

Metropol-Theater.

Abends prägte 7 Uhr 55:
**Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.**

Casino-Theater

Lothring. Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Das glänzende Dezember-Fest-
Gastspiel der Amerikanischen Senation
„Im Guldboga-Tingel-Tangel.“
Dazu seit Oktober total ausverkauft:
Ferdinand der Eugendhafte.
Sonntag 4 Uhr: Der Denunziant.

Passage-Panoptikum

**50 wilde
Kongoweiber**
Männer und Kinder.
Der Froschschluck.
Voranzeige!
Vom Sonntag, 21. Dezember:
Volkstage.

Folies Caprice.

Der Kuckuck.
Manövorschwindel.
Die Samuels.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger
Musikantenweihnachten
von W. H. J. J.
Anfang 8 Uhr.
Vor-
Wohltätigkeits-
veranstaltg. z. einer
Weihnachts-
bescherung.

CINES PALAST

Täglich Anfang 6 Uhr.
Sonntags 3 Uhr: **Matinée**
Kompl. Programm großer
Variété-Akte
sowie unsere renommierten
Lichtspiele.
Preise von 65 Pfennig an.

Admiralpalast.

Eis-Arena. - Allabendlich
das neue mit durchschlagendem
Erfolg aufgeführte Eisballett
Die lustige Puppe.
Beginn der Vorstellung 8 1/2 Uhr.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbo Kassenpreise.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Seine Geliebte.
Sonntagnachm. 3 Uhr: Die Liebe wacht